



Europäische Akademie Berlin

JAHRESBERICHT

2015

*EUROPA*  
verstehen

*EUROPA*  
gestalten

The cover features a minimalist design with two large, overlapping grey shapes. On the left, a large grey circle is partially visible. On the right, a grey diagonal band extends from the top right towards the bottom left. The text is positioned in the white space between these shapes.

JAHRESBERICHT

**2015**

## Impressum

**Herausgeber:**

Europäische Akademie Berlin  
Bismarckallee 46/48  
14193 Berlin  
[www.eab-berlin.eu](http://www.eab-berlin.eu)

**Redaktion und V.i.S.d.P.:**

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

**Dokumentation und Schlussredaktion:**

Carolin Krauss  
Marie Laville

**Englische Übersetzung:**

Jenny Johnson

**Gestaltung:**

[www.silvia-lorenz-design.de](http://www.silvia-lorenz-design.de)

**Druck:**

[www.druckerei-ruess.de](http://www.druckerei-ruess.de)

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem und FSC-zertifiziertem Papier

© 2016 Europäische Akademie Berlin

<b>I. Jahresbericht 2015 – Überblick</b>	<b>6</b>	<b>I</b>
1. Europa verstehen: Geschichte, Strukturen und Politikbereiche	8	
2. Werteunion Europa: Frieden, Solidarität und Begegnung	9	
3. Europa gestalten: Bürgerunion, Bürgerforen, Partizipation	11	
<b>II. Die Veranstaltungen der Europäischen Akademie Berlin 2015</b>	<b>14</b>	<b>II</b>
<b>III. Das Team der Europäischen Akademie</b>	<b>34</b>	<b>III</b>
<b>IV. Die Mitglieder des Trägervereins der Europäischen Akademie Berlin</b>	<b>44</b>	<b>IV</b>
<b>V. Danksagung</b>	<b>46</b>	<b>V</b>
<b>Annual Report 2015 – Overview</b>	<b>52</b>	<b>VI</b>
1. Understanding Europe: history, structures and policy fields	54	
2. Europe as a union of values: peace, solidarity and encounter	55	
3. Shaping Europe: the union of citizens, citizens' forums and public participation	57	
<b>VII. The team of the European Academy Berlin</b>	<b>60</b>	<b>VII</b>
<b>VIII. Members of the registered association (institutions and persons)</b>	<b>70</b>	<b>VIII</b>
<b>IX. Die Europäische Akademie Berlin im Spiegel der Presse</b>	<b>72</b>	<b>IX</b>

Wenn in dieser Veröffentlichung die männliche Form benutzt wird, sind grundsätzlich sowohl Männer als auch Frauen gemeint.



## Europa für Bürgerinnen und Bürger

Mit der Unterstützung des Programms  
Europa für Bürgerinnen und Bürger der  
Europäischen Union



## Europe for Citizens

With the support of the Europe  
for Citizens programme of the  
European Union

---

---

## I. Jahresbericht 2015 – Überblick

1. Europa verstehen: Geschichte, Strukturen und Politikbereiche
  2. Werteunion Europa: Frieden, Solidarität und Begegnung
  3. Europa gestalten: Bürgerunion, Bürgerforen, Partizipation
- 

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## I. Jahresbericht 2015 – Überblick

Europa verstehen. Europa gestalten: In diesem Motto vereinen sich Leitbild, Mission und Ziel der Europäischen Akademie Berlin (EAB). Auch der zweifache Anspruch des Hauses zeigt sich in diesem Leitspruch: Als Wissensvermittler erklärt die EAB Politik und vermittelt europapolitische Zusammenhänge. Indem sie die Urteils- und Kritikfähigkeit des Einzelnen stärkt, leistet sie einen Beitrag zu einer aktiven und lebendigen Zivilgesellschaft in Europa. Die EAB trägt damit auch ganz im Sinne ihres Gründungsauftrages zum Verständnis der Völker in Europa bei, und sie fördert das Verständnis der Völker für Europa.

Darüber hinaus fungiert die EAB als eine Art moderne Agora. Sie bietet Rahmen und Raum für die eigene politische Willensbildung, für exemplarisches und anwendungsbezogenes Lernen und fungiert als Plattform für Positionen und Diskurse aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, die in ihrer Vielfalt präsentiert und reflektiert werden. Sie erreicht ein internationales Publikum und ermöglicht es, länderübergreifende Diskurse auszufeuchten – immer mit Themen und Trends am Puls der Zeit und auf der Höhe der inhaltlichen, professionellen und pädagogisch-didaktischen Anforderungen.

Die Europäische Akademie Berlin konnte im Jahr 2015 drei Schwerpunkte erfolgreich in verschiedene zukunftsweisende und praxisorientierte Formate umsetzen und dadurch ihre Ziele erreichen:

1. Europa verstehen: Geschichte, Strukturen und Politikbereiche
2. Werteunion Europa: Frieden, Solidarität und Begegnung
3. Europa gestalten: Bürgerunion, Bürgerforen und Partizipation

Unter diesen Leitthemen hat die Akademie 2015 rund 120 Veranstaltungen konzipiert, geplant und durchgeführt.

**Ihre Arbeit folgte dabei vier übergeordneten Prinzipien:**

- Wissenstransfer – Reflexion
- Multiperspektivität – Pluralität
- Partizipation – Kompetenzorientierung / Empowerment und Aktivierung der Zivilgesellschaft
- Öffentlichkeit – Multiplikation

Nach den Grundsätzen gelungener politischer Bildungsarbeit bildet die EAB Pluralität in der Zivilgesellschaft und in der politischen Arena ab und kommuniziert Kontroversen, politische Zusammenhänge und Inhalte. Als Akteur der europapolitischen Erwachsenenbildung bewegt sie sich an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit.

Die Veranstaltungsteilnehmer sind keine beliebige „Zielgruppe“, die durch einseitige Informationsaktivitäten zu einer bestimmten Erkenntnis gebracht werden soll, sondern sie sind Partner, die man darin unterstützt, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese zu fundieren. Dies wiederum ist die Voraussetzung für eigenes Engagement.

Die Veranstaltungen der Akademie befürworten von daher nicht nur die Partizipation der Bürger. Die EAB macht diese vielmehr auch zur Grundlage ihrer Arbeit, indem sie in einer Vielzahl ihrer Veranstaltungen demokratische Gruppen- und Diskussionsprozesse in den Vordergrund rückt und diese fachkundig moderiert. Wichtig ist, dass die Teilnehmer sich in Debatten und Diskurse einbringen und diese mitgestalten können.

Die Formate und Veranstaltungen der Akademie sind auf die effektive Mobilisierung der Zivilgesellschaft und auf größtmögliche Öffentlichkeit angelegt. Diesem Ziel dienen eine aktive und informative **Internetseite**<sup>1)</sup>, eine interaktive **Facebookseite**<sup>2)</sup>, Buchpublikationen und die Zusammenarbeit mit **Inforadio**, die zu einer Serie gemeinsamer Sendungen geführt hat. Bis zum April 2015 führte die Akademie auch den wöchentlichen Fernsehtalk „Europazeit“ auf TV Berlin durch, der von und in der Akademie redaktionell betreut, gestaltet und verantwortet sowie aus der Akademie ausgestrahlt wurde.

Die EAB zeichnet sich durch ihr professionelles Team aus – sowohl im Bereich des Bildungs-, Seminar- und Projektmanagements, als auch in der Tagungs- und Konferenzorganisation. Die Mitarbeiter sind auch in anderen Zusammenhängen nachgefragt und multiplizieren ihre Expertise und Erfahrungen: Sie fungieren als Multiplikatoren, indem sie regelmäßig als Lehrbeauftragte an deutschen und ausländischen Universitäten und als Experten und Moderatoren in von anderen Bildungsträgern und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen organisierten Veranstaltungen eingesetzt werden. Sie wirken außerdem als Autoren von Artikeln und Büchern sowie als Interviewpartner für die nationale und internationale Presse.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

1) [www.eab-berlin.eu](http://www.eab-berlin.eu)

2) <https://www.facebook.com/pages/Europäische-Akademie-Berlin/158550170864069>

## 1. Europa verstehen: Geschichte, Strukturen und Politikbereiche

Bei der Vermittlung Europas spielen Journalisten eine besondere Rolle als Multiplikatoren. Sie sind daher eine wichtige Zielgruppe für die Arbeit der Europäischen Akademie Berlin.

Im Jahr 2015 hat die Akademie insgesamt vier Seminare für europäische Regionaljournalisten in Santander, Rom, Athen und in Berlin durchgeführt. Eine weitere Veranstaltung fand für Fachjournalisten der europäischen Presse, die in Brüssel akkreditiert sind, in Berlin statt. Zu den Gesprächspartnern im Rahmen dieses Seminars gehörten die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister. Anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit organisierte die Akademie einen einwöchigen Deutschlandbesuch für internationale Journalisten aus Afrika, Asien sowie Mittel- und Osteuropa, der den Gästen auch die Möglichkeit zu einem Austausch mit Zeitzeugen bot und mit dem Besuch der von der hessischen Staatskanzlei organisierten Feierlichkeiten in Frankfurt endete.

Auch die Berliner Medien waren Partner für die Arbeit der Europäischen Akademie Berlin. In Kooperation mit Inforadio, dem Nachrichtensender des Rundfunks Berlin-Brandenburg, wurden 2015 vier öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, die jeweils in einem einstündigen Zusammenschluss von Inforadio gesendet wurden. Die Themen waren die europäische Flüchtlingspolitik, die Politik gegenüber dem Kosovo, die Politikoptionen der EU gegenüber Belarus nach den Präsidentenwahlen sowie eine Bilanz von fünf Jahren „Arabischen Frühling“ in Verbindung mit der europäischen Politik gegenüber dem nordafrikanischen Raum.

Bis zum April 2015 haben wir auch eine wöchentliche 15-minütige Talkshow auf TV Berlin produziert, die jeweils aktuelle Themen der europäischen Tagesordnung zum Gegenstand hatte. Nach einem Eingriff der Geschäftsführung des Senders in unsere redaktionelle Freiheit mussten wir diese Zusammenarbeit jedoch beenden.

Die Europäische Akademie Berlin hat 2015 eine Reihe öffentlicher Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, in denen auch die Lage in der Ukraine, in Tunesien, in Marokko, in Montenegro und in der Türkei Gegenstand war. So war es möglich, anhand konkreter Beispiele die Nachbarschafts- sowie die Beitrittspolitik der EU zu thematisieren. Auch die polnischen und deutschen Vorstellungen von der Zukunft Europas waren Thema einer Podiumsdiskussion.

In Seminaren hat die Akademie sich mit der europäischen Agrarpolitik (Zielgruppe: junge Landwirte), mit der Entwicklung der Europäischen Union (Zielgruppe: Diplomaten aus aller Welt), mit der wirtschaftlichen Integration in Europa (Zielgruppe: Abiturienten und Auszubildende) und mit der digitalen Agenda der EU (Zielgruppe: allgemeine Öffentlichkeit) beschäftigt.

Die Akademie hat in den Jahren 2010-2014 in Berlin Bürgerforen durchgeführt, zu denen nach dem Zufallsprinzip Bürger Berlins eingeladen wurden. Nach Abschluss dieser Reihe (mit den Europawahlen 2014) organisiert die Akademie für diese Zielgruppe weiterhin Veranstaltungen, um sie über den europäischen Integrationsprozess zu informieren. Natürlich sind diese „Jours fixes“ auch für andere Teilnehmer öffentlich. 2015 wurde im Rahmen dieser Veranstaltungen die Rolle der EU für Berlin thematisiert. Sprecher war der Regierende Bürgermeister von Berlin. Eine weitere Veranstaltung fand in der Botschaft Luxemburgs statt, in der der Botschafter des Landes Auskunft über die Schwerpunkte und Aktivitäten der luxemburgischen Ratspräsidentschaft gab.

Weitere Seminare und Vorträge beschäftigten sich mit dem ersten Genozid des 20. Jahrhunderts an den Armeniern, mit der Entwicklung des Ostseeraums und der Geschichte des europäischen Judentums.

Darüber hinaus haben wir 2015 zwei Unterrichtsmodule zu den Themen „Migration in Europa“ und „Is it time to say bye-bye? Großbritanniens drohender Austritt aus der EU“ erstellt und Lehrer auf unserer Internetseite zur Verfügung gestellt. Beide Unterrichtsmodule werden 2016 auch Gegenstand von Lehrerfortbildungen in Berlin sein („Berliner Europaclub“).

## 2. Werteunion Europa: Frieden, Solidarität und Begegnung

Gerade 2015 ist deutlich geworden, wie wichtig es ist zu vermitteln, dass die Europäische Union nicht nur eine ökonomische Zweckgemeinschaft, sondern eine auf gemeinsamen Werten beruhende Union ist. Während die Wertegrundlagen und das alles überragende Ziel der Sicherung des Friedens der unmittelbaren Nachkriegsgeneration noch direkt einsichtig war, muss es jungen Menschen neu nahe gebracht werden.

Diesem Ziel dient ein Projekt, das sich mit der Europäischen Lehrerfortbildung in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. In Zusammenarbeit mit der TU Dortmund und dem Ministerium für Schule und Wissenschaft Nordrhein-Westfalens sowie mit einigen Lehrern haben wir vier Unterrichtsmodule zu Europa (mit den Themen: „Migration und Flucht“, „Binnenmarkt“, „EU als internationaler Akteur“ und „Warum Europa?“) für den Unterricht an verschiedenen Schulformen entwickelt. Im Jahr 2016 sollen diese nun über die Moderatoren für Fortbildung den Lehrkräften des Landes angeboten werden und damit in den Schulunterricht gelangen.

Die Attraktivität der Europäischen Union ist jenseits ihrer Grenzen weiterhin groß, was nicht nur damit zu tun hat, dass sie vergleichsweise eine Region des Wohlstands ist. Auch die europäischen Werte und Normen werden mit großem Interesse gesehen und dienen vielen Ländern als Maßstab. Der Normenexport als friedliches Angebot der Kooperation ist daher ein wichtiger Teil europäischer Außenpolitik.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Die Europäische Akademie Berlin hat diesen Prozess durch neun mehrwöchige Seminare mit Regierungsmitarbeitern aus der Ukraine, aber auch aus Georgien und der Republik Moldau unterstützt. Zum Thema „Gute Regierungsführung“ wurden nicht nur theoretische Ansätze, sondern vor allem die deutsche Praxis vorgestellt und die Möglichkeit für die ausländischen Gäste gegeben, sich mit ihren deutschen Partnern zu vernetzen und auszutauschen.

Ebenfalls zum Thema „Gute Regierungsführung“ wurde die Zusammenarbeit mit Tunesien fortgesetzt. In sechs mehrwöchigen Seminaren für tunesische und erstmals auch marokkanische Regierungsmitarbeiter fanden verschiedene Workshops und Begegnungen statt, um die demokratische Transformation in diesen Ländern weiter zu begleiten.

In einem Programm, das sich insgesamt über das gesamte Jahr erstreckt hat, führte die Akademie junge deutsche und tschechische Berufstätige zusammen, um sich mit dem Thema der Energieversorgung und -sicherheit in Europa zu befassen.

Ein ähnliches Programm („likeminds“) organisiert die Akademie mit deutschen und türkischen Juniorexperten, die sich ebenfalls mehrmals während des Jahres in Deutschland und in der Türkei trafen, um gemeinsam das Thema „Energie“ zu bearbeiten. Keineswegs zufällig haben sich beide Projekte intensiv mit der künftigen Energieversorgung in Europa befasst. Während einerseits der Pariser Klimagipfel Ende 2015 und die ihm vorangegangenen Diskussionen die Notwendigkeit der Energieeinsparung deutlich machten, ist der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise die Energieabhängigkeit von Russland zum Problem geworden.

Zum Ende des Jahres fand ein Besuchs- und Austauschprogramm hoher geistlicher Würdenträger aus Griechenland statt. Für die Delegation unter der Leitung von Erzbischof Hieronymos II von Athen und ganz Griechenland hatte die Akademie ein Programm organisiert, das zum Ziel hatte, die Vertreter der Griechisch-Orthodoxen Kirche sowie der jüdischen Gemeinden mit der kirchlichen Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland vertraut zu machen und zur Annäherung der Jugendlichen beider Länder beizutragen. Auch hier sind es die gemeinsamen Werte, die die Voraussetzung schaffen, um konstruktive Wege der Versöhnung und Erinnerung gehen zu können.

### 3. Europa gestalten: Bürgerunion, Bürgerforen, Partizipation

Ein bedeutendes Feld der Partizipation ist die Stadtentwicklung. Europäische und deutsche Modelle der Teilhabe wurden in einem vierwöchigen und zwei zweiwöchigen Workshops Stadtplanern aus Marokko, Tunesien und Ägypten vorgestellt. Damit wurde auch ein Beitrag zur demokratischen Transformation in diesen Ländern geleistet, die im Fokus der europäischen Politik in der südlichen Mittelmeerregion liegen.

Ein nicht unwichtiger Teil bürgerschaftlichen Engagements ist die Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter. Die Europäische Akademie Berlin betreut diese Zielgruppe seit einigen Jahren und hat maßgeblich zur Gründung der Europäischen Laienrichterorganisation beigetragen. Auch 2015 fanden mit dieser Zielgruppe zwei Seminare statt, die sich speziell mit landwirtschaftsrechtlichen Fragen beschäftigten.

Subsidiarität bedeutet, dass Entscheidungen so weit „unten“ wie möglich getroffen werden sollen. Das setzt allerdings die Befähigung der Entscheidungsträger auch auf der kommunalen Ebene voraus, sich einzubringen. Mit vier Workshops sowie einer Podiumsdiskussion in der Reihe „Kommunal aktiv – Frauen in der Politik“, die in Kooperation mit dem Deutschen Frauenring durchgeführt wurden, sollten speziell Frauen mit kommunalpolitischen Anforderungen vertraut gemacht werden.

In Kooperation mit den drei Berliner Bezirken Steglitz-Zehlendorf, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick wurden Bürgerveranstaltungen in der Reihe „Europa kontrovers“ veranstaltet, die einerseits den Separatismus in Europa, andererseits den europäischen Umgang mit der Flüchtlingsfrage zum Gegenstand hatten.

Eine gute Möglichkeit, Partizipation einzuüben, sind Planspiele. Die Europäische Akademie Berlin arbeitet mit diesem Instrument und hat ein Planspiel mit jungen Erwachsenen aus Deutschland, Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei zum Thema Visegrád-Kooperation durchgeführt.

Um Planspiele stärker in der Schule zu verankern, wurde auch ein Didaktik-Workshop veranstaltet, in dem Lehrer selbst Planspiele entwickeln und deren Anwendung geübt haben.

Eine Seminar-Reihe, die Teilnehmer, die sich normalerweise nicht mit europäischen Fragen beschäftigen, angesprochen hat, wurde in Zusammenarbeit mit den Berliner Verkehrsunternehmen durchgeführt. Die „Werkhallen-Talks“ richteten sich speziell an Straßenbahnfahrer in Berlin. Es ist geplant, diese Seminarreihe 2016 fortzusetzen und dabei auch die Busfahrer anzusprechen. Neben den vier Kurzzeit-Seminaren fand auch ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlamentes statt, in dem dieser die Grundzüge der europäischen Verkehrspolitik erläutert hat.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Die makroregionalen Strategien der Europäischen Union sind der Versuch, *local ownership* und europäische Strukturpolitik miteinander zu verbinden. Die wohl erfolgreichste makroregionale Strategie ist die für den Donaoraum. Die Europäische Akademie Berlin hat im Sommer 2015 eine „Floating Danube Conference“ organisiert, bei der sich Akteure aus dem Donaoraum in insgesamt sechs verschiedenen Veranstaltungen getroffen und vernetzt haben. Die Donau war Gegenstand und Tagungsort zugleich. Das Schiff, auf dem das alles stattfand, fuhr vom Donaudelta bis nach Wien. So wurden acht europäische Länder (die EU-Länder Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Slowakei und Österreich, der Kandidatenstaat Serbien sowie das Land der Östlichen Partnerschaft Republik Moldau) geografisch und inhaltlich in das Konferenzgeschehen eingebunden.

Die Donaukonferenz mag ein gutes Sinnbild für das gegenwärtige Europa sein: Miteinander kommen wir auch gegen die Strömung voran! Das wird uns auch 2016 der Auftrag sein.

DE

I

---

## II. Die Veranstaltungen der Europäischen Akademie Berlin 2015

---

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## II. Die Veranstaltungen der Europäischen Akademie Berlin 2015

### Januar 2015

14.01 – 17.01.2015	<b>Die neue Agrarpolitik: Produzenten und Politiker in hoher Verantwortung</b> Internationales Agrarseminar für Verwaltungsfachleute, Fachpublikum, Landwirte, Multiplikatoren, interessierte Bürger und Studierende
21.01.2015	<b>Grenzen zu und durch?</b> <b>Warum Europa eine neue Flüchtlingspolitik braucht</b> Aufzeichnung einer Rundfunkdiskussion in der Reihe „Forum - Die Debatte im Inforadio (rbb)“
29. - 30.01.2015	<b>Warum sind die Deutschen wie sie sind?</b> Deutschland aus deutscher und aus spanischer Sicht Seminar für spanische Regionaljournalisten in Santander in Kooperation mit dem Real Instituto Elcano (Madrid) und dem Auswärtigen Amt
30.01 – 01.02.2015	<b>Kommunal aktiv – Frauen in die Politik</b> <b>Wer entscheidet? Die Interessen von Wirtschaft und Politik</b> 2. Workshop in Kooperation mit dem Deutschen Frauenring e. V.

### Februar 2015

01.02. - 07.02.2015	<b>Deutsch-Tunesische Akademie für Gute Regierungsführung</b> Seminar für Angehörige der tunesischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
04.02. - 07.02.2015	<b>Europa im Planspiel</b> Didaktik-Workshop für Lehrer in Kooperation mit der Hochschule München
05.02. - 06.02.2015	<b>Europamodul für den Lehrgang „Internationale Diplomaten“ im Rahmen der Diplomatausbildung des Auswärtigen Amtes</b> in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

06.02. - 08.02.2015	<b>Vertiefung der Euro-Zone und Stärkung der Europäischen Union – Wie geht es weiter?</b> Seminar für Bürger in Kooperation mit der Europa-Union und der Union der Europäischen Föderalisten (UEF)	DE I
13.02. - 15.02.2015	<b>Kommunal aktiv - Frauen in die Politik</b> <b>Kommunal aktiv - wie geht das?</b> 3. Workshop in Kooperation mit dem Deutschen Frauenring e. V.	
15.02. - 21.03.	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)</b> 5-wöchiges Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	II III
16.02. - 18.02.2015	<b>Wirtschaftliche Integration in Europa: Chancen und Herausforderungen</b> Europapolitisches Seminar für Abiturienten und Auszubildende in Kooperation mit der Beruflichen Schule für Wirtschaft und Steuern in Hamburg	IV V VI

## März 2015

03.03. - 09.03.2015	<b>Model Visegrad 4+</b> Planspiel zu europapolitischen Themen für Studierende aus Deutschland, Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei in Zusammenarbeit mit der Association for International Affairs Prague, der Central European University - Center for EU Enlargement Studies, der Villa Decius Association und der Slovak Debate Association	VII VIII
08.03. - 11.04.2015	<b>Deutsch-Tunesische Akademie für Gute Regierungsführung</b> 5-wöchiges Seminar für Angehörige der tunesischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	IX
10.03.-13.03.2015	<b>Studienreise: Marketing/Werbung/Sales</b> Studienreise nach Berlin für Young Professionals aus dem Bereich Marketing/Sales/Werbung in Kooperation mit der HSO Wirtschaftsschule Schweiz	
13.03. - 15.03.2015	<b>Kommunal aktiv - Frauen in die Politik</b> <b>Kommunal aktiv mit Gleichgesinnten</b> 4. Workshop in Kooperation mit dem Deutschen Frauenring e. V.	

15.03. - 19.03.2015	<b>Winterakademie: Konflikt und Kooperation in Südosteuropa</b> in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung und der Diplomatischen Akademie Bulgarien
17.03.2015	<b>Croatia &amp; EU: The more we change the closer we should grow</b> Vortrag der kroatischen Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic in Kooperation mit der Botschaft von Kroatien
20.03. - 22.03.2015	<b>likeminds: german-turkish junior expert initiative</b> Einführungsworkshop in Deutschland und Istanbul in Kooperation mit dem Istanbul Policy Centre der Sabanci Universität
26.03.2015	<b>Tunesien im Aufbruch</b> Informationsabend mit S.E. Nejjib Mnif, Botschafter der Republik Tunesien und Dr. Michael Lüders, Publizist, Politik- und Wirtschaftsberater
30.03.2015	<b>Das gelähmte Land - Der Kosovo zwischen Aufbruch und Hoffnungslosigkeit</b> Aufzeichnung einer Rundfunkdiskussion in der Reihe „Forum - Die Debatte im Inforadio (rbb)“

## April 2015

09.04. - 12.04.2015	<b>Czech-German Young Professionals Program - Great Energy Challenge: In search for sustainability on personal, regional and global level</b> Workshop in Prag und Ostrava in Zusammenarbeit mit der Association for International Affairs (Prag)
10.04. - 12.04.2015	<b>Kommunal aktiv - Frauen in die Politik</b> <b>Projektmanagement für engagierte Bürgerinnen</b> 5. Workshop in Kooperation mit dem Deutschen Frauenring e. V.
10.04.2015	<b>Mehr Frauen in kommunalpolitische Führungspositionen</b> Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit dem Deutschen Frauenring
14.04. - 17.04.2015	<b>Tierwohl: Mythos und Wissen</b> Seminar für Landwirte, (ehrenamtliche) Richter und interessierte Bürger in Kooperation mit dem Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter und der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht

18.04. - 22.05.2015	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)</b> 5-wöchiges Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	DE I
20.04.2015	<b>Verfassungsreform in der Ukraine: Stand und Perspektiven</b> Öffentliche Podiumsdiskussion in der Vertretung des Landes Thüringen beim Bund in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde	II
26.04. - 30.05.2015	<b>Akademie für Gute Regierungsführung</b> 5-wöchiges Seminar für Angehörige der Öffentlichen Verwaltungen Marokkos und Tunesiens in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	III
27.04.2015	<b>Die Ursprünge der ethnischen Konflikte auf dem Balkan und des armenisch-türkischen Streits</b> Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Initiative der europäischen Türken in Berlin (B.A.T.I.)	IV V
29.04.2015	<b>Welche Rolle spielt die EU in und für Berlin?</b> Jour fixe im Rahmen der Europa-Foren mit Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin	VI

## Mai 2015

06.05.2015	<b>„Europa kontrovers“ zu Gast in Steglitz-Zehlendorf: Schottland, Katalonien, Flandern – Unabhängigkeitsbestrebungen und deren Auswirkungen</b> Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europa-Union Berlin und den Europa-Beauftragten von Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf	VII VIII
08.05. - 10.05.2015	<b>European Day of Lay Judges 2015</b> Symposium in Wien anlässlich des Europäischen Tages des ehrenamtlichen Richters in Zusammenarbeit mit dem European Network of Associations of Lay Judges und der Europäischen Vereinigung der Handelsrichter	IX

14.05.2015	<b>Polen, Deutschland und die Zukunft der Europäischen Union</b> Podiumsdiskussion im Rahmen der Debattenreihe „Begegnung an der Grenze“ in Kooperation mit der Staatlichen Fachhochschule in Landsberg an der Warthe und der Konrad-Adenauer-Stiftung
19.05.2015	<b>Nach der Wahl in Griechenland: Wie geht es weiter mit dem Euro?</b> Jour fixe im Rahmen der Europa-Foren mit Steffen Kampeter, MdB
22.05. - 25.05.2015	<b>Brücken in die Zukunft: Nachhaltigkeit als Grundprinzip</b> Seminar in Kooperation mit dem Verband liberaler Akademiker für Bürger
28.05.2015	<b>Wege des Maghreb – Erfahrungen aus Marokko und Tunesien</b> Abschlussabend
29.05. - 30.05.2015	<b>Binationale Gesellschaften in der Krise? Eine Ideenwerkstatt für Zukunftsstrategien</b> Workshop für Ehrenamtliche in Kooperation mit der Herbert-Quandt-Stiftung

## Juni 2015

02.06. - 07.06.2015	<b>likeminds: german-turkish junior expert initiative</b> <b>Energy – fuel for economies, states and societies</b> tour d’horizon Deutschland in Kooperation mit dem Istanbul Policy Centre der Sabanci Universität
03.06.2015	<b>Digitalisierung – eine Chance für die Demokratie?</b> Diskussionsveranstaltung anlässlich der Buchpremiere von Peter Schaars „Das digitale Wir. Unser Weg in die transparente Gesellschaft“ in Kooperation mit der „edition Körber Stiftung“
07.06. - 24.06.2015	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)</b> Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

15.06. - 25.06.2015	<b>Danube Floating Conference 2015 – Alles ist im Fluss</b> Konferenzplattform Donau: 14 Partnerländer arbeiten an der Stärkung der Kooperation im Donauroum in Zusammenarbeit mit dem Donaukompetenzzentrum (DCC) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Ruse-Wien	DE I
16.06. - 18.06.2015	<b>Internationale Sicherheit und Bundeswehr heute</b> Seminar zur politischen Bildung für Angehörige der Bundeswehr	II
21.06. - 26.06.2015	<b>Praxis der politischen und historischen Bildung</b> Seminar für zukünftige Kommandeure der Luftwaffe in Kooperation mit der Offizierschule der Luftwaffe	III
22.06.2015	<b>Enlargement policies in Montenegro: reinforcing the rule of law</b> Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Generaldirektion für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Kommission	IV V
22.06.2015	<b>Die Ukraine nach dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Riga</b> Öffentliche Abendveranstaltung im Rahmen der Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)	VI
23.06.2015	<b>Wie weiter mit Europa?</b> Ganztägiger Workshop der EU-Beauftragten der Berliner Bezirke zur Ideenfindung 2016	VII
24.06. - 28.06.2015	<b>Czech-German Young Professionals Program - Great Energy Challenge: In search for sustainability on personal, regional and global level</b> Workshop in Prag und Leipzig in Kooperation mit der Association for International Affairs (Prag)	VIII IX

## Juli 2015

01.07.15	<b>Im Schatten der Minsker Abkommen: Potentiale von Zivilgesellschaft in Belarus</b> Diskussionsveranstaltung in Kooperation mit der DGO und der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft
04.07. - 08.08.2015	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)</b> 5-wöchiges Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
21.07. - 22.08.2015	<b>Akademie für Gute Regierungsführung</b> 5-Wöchiges Seminar für Angehörige der Öffentlichen Verwaltungen Marokkos und Tunesiens in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
23.07.2015	<b>Dezentralisierung von oben, Demokratisierung von unten: Wie steht es um die Verfassungsreform in der Ukraine?</b> Öffentliche Abendveranstaltung im Rahmen der Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa
26.07. - 28.07.2015	<b>Lasst uns Europa in den Koffer packen! Perspektiven für die deutsch-polnische Kooperation mit der Ukraine</b> Seminar in Kooperation mit der Robert Schuman Stiftung Polen und der Konrad-Adenauer-Stiftung Kiew
27.07. - 28.07.2015	<b>Deutschlands Rolle in Europa</b> Seminar für italienische Journalisten in Rom in Kooperation mit dem Istituto Affari Internazionali Rom und dem Auswärtigen Amt

## August 2015

19.08.2015	<b>Tunesisch-Marokkanischer Abend: Wege des Maghreb – Erfahrungen aus Marokko und Tunesien</b> in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	I
23.08. - 19.09.2015	<b>Baladiya – neue Wege in der Stadtentwicklung</b> Fortbildung für Stadtplaner aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	II
24.08. - 25.08.2015	<b>Thementag für deutsch-türkische Studenten der islamischen Theologie</b> in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	III

## September 2015

06.09. - 23.09.2015	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)</b> Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	IV
10.09. - 12.09.2015	<b>Europas Süden – wohin steuert die Europäische Währungsunion?</b> Informationsbesuch für Journalisten aus Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Deutschland	V
14.09. - 18.09.2015	<b>Herausforderung Integration in Frankreich und Deutschland. Der Beitrag der Familiensozialarbeit in Hauptstadtregionen</b> Seminar für Multiplikatorinnen der Familiensozialarbeit aus Frankreich und Deutschland	VI
15.09.2015	<b>Neue Energie für die Ukraine? Energiepolitik als Schlüssel für Sicherheit und Wohlstand</b> Öffentliche Abendveranstaltung im Rahmen der Deutsch-Ukrainischen Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa	VII
		VIII
		IX

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

17.09.2015	<b>Smart Cities – ein Modell für den Maghreb?</b> Öffentliche Podiumsdiskussion im Rahmen des Seminars Baladiya - neue Wege in der Stadtentwicklung
17.09. - 20.09.2015	<b>Czech-German Young Professionals Program</b> <b>Switch-on! Czech-German incentives for a sustainable and energy-efficient Europe</b> Workshop 3 in Berlin in Kooperation mit der Association for International Affairs (Prag)
21.09.2015	<b>Nach der Wahl und vor der Wahl: Die Türkei heute</b> Vortrag und Diskussion in Kooperation mit der Initiative der europäischen Türken in Berlin – B.A.T.I.
21.09. - 25.09.2015	<b>Jüdisches Leben in Deutschland</b> Seminar in Kooperation mit der Volkshochschule Diepholz
26.09. - 30.10.2015	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)</b> 5-wöchiges Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
27.09. - 03.10.2015	<b>Europa im Koffer</b> Dialogreise in die Ukraine in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Kiew, der polnischen Robert Schuman Stiftung sowie dem Institute for Euro-Atlantic Cooperation
28.09. - 02.10.2015	<b>Berlin – von der geteilten Stadt zur europäischen Metropole. Bestandsaufnahme, Entwicklungen und Herausforderungen</b> Seminar für in Deutschland lebende Studierende aus Mittel- und Südosteuropa
28.09. - 04.10.2015	<b>Germany in Europe – Unity in peace and freedom</b> Informationsbesuch für internationale Journalisten anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

## Oktober 2015

DE

01.10.2015	<p><b>Europa kontrovers zu Gast in Treptow-Köpenick: Die EU-Flüchtlingspolitik – Ein sinkendes Schiff?! Standpunkte und Perspektiven</b></p> <p>Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europa-Union Berlin und den Europa-Beauftragten von Treptow-Köpenick, Steglitz- Zehlendorf und Marzahn-Hellersdorf</p>	I
04.10. - 17.10.2015	<p><b>Baladiya – neue Wege in der Stadtentwicklung</b></p> <p>Fortbildung für Stadtplaner aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH</p>	II
04.10. - 10.10.2015	<p><b>Europa im Koffer</b></p> <p>Dialogreise in die Ukraine in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Kiew, der polnischen Robert Schuman Stiftung sowie dem Institute for Euro-Atlantic Cooperation</p>	III
06.10. - 11.10.2015	<p><b>likeminds: german-turkish junior expert initiative</b></p> <p>tour d’horizon Türkei in Kooperation mit dem Istanbul Policy Centre der Sabanci Universität</p>	IV
12.10. - 17.10.2015	<p><b>team up! Initiative</b></p> <p>Capacity building program for NGOs in the good governance sector in co-operation with the Institute for Euro-Atlantic Cooperation Kiew, IDIS, Viitorul Chisinau and the Institute for Democracy and Euroatlantic Studies Tiflis</p>	V
14.10.2015	<p><b>Das unbekannte Land: Belarus nach der Präsidentschaftswahl</b></p> <p>Aufzeichnung einer Rundfunkdiskussion in der Reihe „Forum – Die Debatte im Inforadio (rbb)“</p>	VI
15.10.2015	<p><b>Civil Society Capital – a currency for Good Governance? Germany, Europe and the civil societies of the Eastern Partnership Countries</b></p> <p>Öffentliche Podiumsdiskussion im Rahmen der TeamUp! Initiative</p>	VII
19.10. - 20.10.2015	<p><b>Perspectives in German European Union Policies</b></p> <p>Informationsreise für Brüsseler Korrespondenten in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>	VIII
		IX

19.10.2015	<b>Bericht aus dem europäischen Maschinenraum – Schwerpunkte und Aktivitäten der luxemburgischen Ratspräsidentschaft</b> Jour fixe im Rahmen der Europa-Foren in der Botschaft des Großherzogtums Luxemburg
25.10. - 31.10.2015	<b>Teaching history in the class room</b> Informationsreise für Geschichtslehrer aus Großbritannien und Nordirland in Kooperation mit der Deutschen Botschaft London und dem Auswärtigen Amt
25.10. - 14.11.2015	<b>Akademie für Gute Regierungsführung</b> Seminar für Angehörige der Öffentlichen Verwaltungen Marokkos und Tunesiens in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

## November 2015

03.11. - 6.11.2015	<b>100 Jahre Genozid an den Armeniern</b> Seminar in Kooperation mit der Volkshochschule Landkreis Diepholz
03.11.2015	<b>Europa, Eurokrise, Flüchtlingspolitik</b> Werkhallentalk im Straßenbahndepot Weißensee in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG)
06.11.2015	<b>Aktuelle Probleme des Grundstückverkehrsrechts</b> Seminar in Bad Kreuznach für ehrenamtliche Richter in Landwirtschaftsverfahren in Kooperation mit dem Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter und der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht
06.11. - 10.11.2015	<b>One.Network.Europe. 25 Jahre deutsche und europäische Einigung</b> Eine deutsch-polnische Jugendbegegnung und Seminar in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung
09.11. - 10.11.2015	<b>Akademie für Gute Regierungsführung</b> Alumnitreffen in Tunis

11.11.2015	<b>Wege des Maghreb - Tunesien und Marokko im Visier der Terroristen</b> Tunesisch-Marokkanischer Abend	DE I
15.11. - 20.11.2015	<b>Praxis der politischen und historischen Bildung</b> Seminar für zukünftige Kommandeure der Luftwaffe in Kooperation mit der Offizierschule der Luftwaffe	
15.11. - 28.11.2015	<b>Baladiya - neue Wege in der Stadtentwicklung</b> Fortbildung für Stadtplaner aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	II III
15.11. - 28.11.2015	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE), Vertiefungsmodul: Korruption bekämpfen - Aktion, Prävention, Sanktion</b> Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	IV V
17.11.2015	<b>Europa, Eurokrise, Flüchtlingspolitik</b> Werkhallentalk im Straßenbahndepot Lichtenberg in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG)	VI
18.11.2015	<b>Europa, Eurokrise, Flüchtlingspolitik</b> Werkhallentalk im Straßenbahndepot Köpenick in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG)	VII
18.11.2015	<b>Debattieren über Europa</b> Projekttag am Leonardo da Vinci Gymnasium in Nauen	VIII IX
19.11.2015	<b>Kooperationsraum Ostsee - Erfolge, Chancen, Herausforderungen</b> Vortrag und Diskussion mit Jan Lundin, Generaldirektor des Sekretariats des Ostseerats	
19.11. - 21.11.2015	<b>Berlin.Kreativwirtschaft.Startups.</b> Berlin-Studienreise für Studierende der HSO Wirtschaftsschule Schweiz	

20.11. - 21.11.2015	<b>Außenpolitik sozialdemokratisch gedacht. Gibt es außen- und europapolitisches Handeln mit parteipolitischer Prägung?</b> Symposium für Multiplikatoren in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
22.11. - 27.11.2015	<b>Wege der Annäherung durch Jugendaustausch und kirchliche Träger</b> Informationsreise für geistliche Würdenträger aus Griechenland unter Leitung von Erzbischof Hieronymos in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
24.11.2015	<b>Agrarrechtsprechung in Ostdeutschland: Das Grundstücksverkehrs-gesetz</b> Seminar für ehrenamtliche Richter im Verwaltungsrecht sowie in Landwirtschaftssachen in Kooperation mit dem Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e. V. und der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht
24.11.2015	<b>Europa, Eurokrise, Flüchtlingspolitik</b> Werkhallentalk im Straßenbahndepot Marzahn in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG)
24.11.2015	<b>Der schwere Weg zur Demokratie – Die Maghreb-Staaten fünf Jahre nach dem „Arabischen Frühling“</b> Aufzeichnung einer Rundfunkdiskussion in der Reihe „Forum – Die Debatte im Inforadio (rbb)“
25.11. - 27.11.2015	<b>Die Ukraine verstehen. Hintergründe, Brennpunkte und Perspektiven</b> Seminar für Multiplikatoren, Lehrkräfte sowie interessierte Bürger in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
25.11.2015	<b>Zwei Jahre nach der Revolution der Würde – Die Ukraine vor dem Neuanfang</b> Öffentliche Podiumsdiskussion im Rahmen des Seminars „Die Ukraine verstehen“
27.11.2015	<b>Die Türkei nach der Wahl: Politik, Gesellschaft und Wirtschaft vor neuen Herausforderungen</b> Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Initiative der europäischen Türken in Berlin (B.A.T.I.)

28.11. - 09.12.2015	<b>Deutsch-Tunesische Akademie für Gute Regierungsführung</b> Seminar für Angehörige der tunesischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
29.11. - 05.12.2015	<b>Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa, gute Regierungsführung für Führungskräfte &amp; Change Agents</b> Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

## Dezember 2015

01.12.2015	<b>Aktuelle Probleme des Landpachtrechts</b> Seminar in Oldenburg für ehrenamtliche Richter in Landwirtschaftsverfahren in Kooperation mit dem Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e. V. und der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht
07.12. - 08.12.2015	<b>Deutschlands Rolle in Europa</b> Seminar für griechische Regionaljournalisten in Vouliagmeni / Athen in Kooperation mit dem Center for Democracy and Reconciliation in South Eastern Europe (Thessaloniki) und mit dem Auswärtigen Amt
07.12. - 11.12.2015	<b>25 Jahre Deutsche Einheit</b> Seminar in Kooperation mit der Volkshochschule Landkreis Diepholz
09.12. - 10.12.2015	<b>Die Entwicklung eines europäischen Strafrechtsraums</b> Expertenworkshop in Kooperation mit dem Institut für Migrations- und Sicherheitsstudien
12.12. - 19.12.2015	<b>Deutsch-Ukrainische Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)</b> Seminar für Angehörige der ukrainischen, georgischen und moldawischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
18.12.2015	<b>Verkehrspolitische Herausforderungen in Europa - ein Werkstattbericht aus dem Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments</b> Werkhallentalk mit dem Ausschussvorsitzenden Michael Cramer, MdEP, in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG)

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## Weitere Veranstaltungen unter Mitwirkung des Teams der Europäischen Akademie Berlin

04.03.2015	<p><b>Kosovo's population drain: How can the governments of Kosovo and Germany respond to people's demands for a better future?</b></p> <p>Expertendiskussion moderiert von Dr. Andrea Despot organisiert vom Aspen Institute Deutschland</p>
05.03.2015	<p><b>Die duale Bildung im Donaauraum – Beitrag zum nachhaltigen Wachstum und zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Donauregion</b></p> <p>Podiumsdiskussion mit Teilnahme von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte im Rahmen des Donausalons in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Kooperation mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, der Botschaft von Rumänien und der Landesvertretung von Baden-Württemberg</p>
20.03.2015	<p><b>Die Osterweiterung der Europäischen Union – Eine Erfolgsgeschichte auch für die brandenburgisch-polnischen Beziehungen</b></p> <p>Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Mechthild Baumann organisiert von der Europa-Union Havelland</p>
21.03.2015	<p><b>Russland und Europa – Fällt der Vorhang wieder?</b></p> <p>Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Andrea Despot anlässlich des 19. Wirtschaftsforums organisiert von der FH Reutlingen</p>
23.03.2015	<p><b>Die Europäische Union in der Integrationskonkurrenz?</b></p> <p>Vortrag mit anschließender Diskussion von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz vor Studenten und Doktoranden der Hertie School of Governance</p>
30.03.2015	<p><b>What kind of alternatives do we have for the „Minsk agreement“?</b></p> <p>Expertendiskussion mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz auf dem Podium im Rahmen des EASI-Hurford Next Generation Programms organisiert von der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit</p>

17.04.2015	<b>Die Aufgaben einer Bildungseinrichtung am Beispiel der EAB</b> Vortrag von Dr. Andrea Despot für Gäste der Konrad-Adenauer-Stiftung
17.04.2015	<b>Complexity of decision-making processes in the EU's CFSP: institutions, procedures</b> Vortrag von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung in Zagreb über die künftige Außenpolitik der Europäischen Union organisiert vom kroatischen Institute for Development and International Relations und der Hanns-Seidel-Stiftung
20.04.2015	<b>How to use a European Network?</b> Veranstaltung in Alpbach, Österreich moderiert von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte organisiert vom Forum Alpbach Network für Teilnehmer der Danube Floating Conference
21.04.2015	<b>Kommunal aktiv – Frauen in die Politik</b> Vorstellung der Seminarreihe „Kommunal Aktiv“ von Dr. Elisabeth Botsch im Rahmen des Parlamentarischen Abends der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
23.04.2015	<b>Deutschlandseminar für Leiter von Politischen Akademien und Parteienvertretern aus Bosnien und Herzegowina</b> Expertengespräch mit Dr. Andrea Despot im Rahmen des Seminars organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung
04.05.2015	<b>Zuckerbrot für einige, die Peitsche für die anderen?</b> Fachdiskussion moderiert von Dr. Andrea Despot im Rahmen des Europafestes des Landes Berlin organisiert von der Senatskanzlei Berlin
09.05.2015	<b>Europafest des Landes Berlin</b> Veranstaltung eines Speed-Datings zu Europa und Start eines Staffellaufes für Bürger im Rahmen des Europafestes des Landes Berlin in Marzahn-Hellersdorf
18.05.2015	<b>Europapolitische Bildung in der Schule</b> Vortrag von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte in der Europaschule Storkow

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

27.05.2015	<p><b>„Polski potencjal w Berlinie. Możliwości wsparcia rozwoju polskich kompetencji przez polskie i niemieckie instytucje“</b>  Eröffnungskonferenz des polnischen Kompetenzzentrums in Berlin mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz organisiert von der Polnisch-Deutschen Gesellschaft Krakau und dem Polnischen Sozialrat Berlin</p>
27.05. - 01.06.2015	<p><b>Europäische Integration</b>  Vortrag von Dr. Andrea Despot im Rahmen der FES Spring School organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung Kosovo</p>
10.06.2015	<p><b>NRW im Gespräch: Ein soziales Europa ist möglich!</b>  Geschlossener Workshop mit Teilnahme von Dr. Elisabeth Botsch organisiert von der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin</p>
12.06.2015	<p><b>The Geopolitical situation and security challenges in Eastern Europe and the Caucasus. The role of Poland and Germany</b>  Workshop geleitet von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz in Krakau organisiert von der Jagiellonian Univesität Krakow und der Europa Universität Viadrina</p>
02.07.2015	<p><b>Staffellauf</b>  Staffellauf auf dem deutsch-französischen Volksfest in Reinickendorf betreut von Dr. des. Martin Ebeling</p>
13.07.2015	<p><b>Stand und Perspektiven Internationaler Organisationen (Europarat, EU, NATO und die OSZE)</b>  Vortrag von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Rahmen des 29. Durchgangs des Programms „Journalisten International“ organisiert vom Internationalen Journalisten-Kolleg an der FU Berlin</p>
13.07.2015	<p><b>Alles ist im Fluss</b>  Bericht von Prof. Dr. Eckart Stratenschulte über die Danube Floating Conference vom 15.-25. Juni 2015 und Finissage der Ausstellung „Liquid Descent“ von Michaela Seliger</p>
20.07.2015	<p><b>Staffellauf</b>  Staffellauf auf dem Ramadanfest in Neukölln betreut von Dr. des. Martin Ebeling</p>

09.09.2015	<b>Collective Memory. How does the Past Shape the Present?</b> Podiumsdiskussion im Rahmen des Economic Forum in Krynica mit Teilnahme von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte organisiert vom Center for Democracy and Reconciliation in Southeastern Europe
28.09.2015	<b>Stadt der Zukunft: europäisch, nachhaltig, weltoffen und vernetzt, bürgernah</b> Podiumsdiskussion der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament in Falkensee moderiert von Dr. Mechthild Baumann
01.10.2015	<b>Is solidarity in Europe fading?</b> Internationale Podiumsdiskussion des Freiblickinstituts mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz auf dem Podium organisiert vom internationalen Debattennetzwerk Time To Talk
13.10.2015	<b>Der Konflikt in der Ukraine: Rolle, Einfluss und Handlungsoptionen der Europäischen Union</b> Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Andrea Despot organisiert vom Europe Direct Informationszentrum Brandenburg a. d. Havel und Potsdam
16.10.2015	<b>Wie funktioniert die Europäische Union?</b> Vortrag von Dr. Andrea Despot vor amerikanischen Hochschuladministratoren organisiert von der Fulbright-Kommission (USA)
26.10. - 30.10.2015	<b>Konflikt und Kooperation in Südosteuropa für junge Diplomaten</b> Herbstakademie in Dubrovnik moderiert von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte organisiert von der Hanns-Seidel-Stiftung Kroatien und der Diplomatischen Akademie Kroatien
04.11.2015	<b>Kommunalpolitik – wie geht das? Verstehen, diskutieren, gestalten</b> Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Mechthild Baumann für Bürger der Gemeinde Morschen organisiert von der SPD Morschen und der SGK Hessen
26.11.2015	<b>Taksim, Tahrir, Occupy &amp; Co. – Visuality and Urban Space</b> Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Andrea Despot organisiert von Aedes Network Campus Berlin

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

06.12.2015	<b>Wissenschaft für Demokratie</b> Eröffnungsworkshop mit Wissenschaftlern aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft moderiert von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz organisiert vom Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien (ZIP) der Stiftung Europa-Universität Viadrina
09.12.2015	<b>Austausch zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und des Deutschen Bundestages</b> Frühstück des armenischen Außenministers Edward Nalbandjan in Kooperation mit dem Deutsch-Armenischen Forum in der Europäischen Akademie Berlin
09.12.2015	<b>Europe and the World in 2025</b> Scenario Workshop on EU-Russia mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz organisiert vom Dahrendorf Forum der Hertie School of Governance

DE

I

II

**III. Das Team der Europäischen Akademie**

**III**

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## III. Das Team der Europäischen Akademie

### **Dr. Mechthild Baumann**

Dr. Mechthild Baumann ist Studienleiterin und arbeitet zu Migration, Sicherheit, Justiz, Partizipation und Frauenförderung. Im Jahr 2007 gründete sie das Institut für Migrations- und Sicherheitsstudien e. V., welches Analyse, Bildung und Beratung zu Fragen der inneren Sicherheit und Migration anbietet. Daneben arbeitet sie als Dozentin an der Universität Potsdam, der Hertie School of Governance und der Ecole Nationale d'Administration (ENA), Paris. Sie ist Mitglied des „Team Europe“ der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments und Mitbegründerin des Netzwerks „Europäerinnen in Berlin“. Mechthild Baumann schloss ihr Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und dem Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences Po) jeweils mit einem Diplom ab. In 2005 promovierte sie an der Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin Graduate School of Social Sciences BGSS), gefördert von der Studienstiftung des deutschen Volkes über die Europäisierung von Grenzsicherung.

### **Eva Blasczyk**

Eva Blasczyk ist ausgebildete Restaurantfachfrau und seit August 2007 in der Europäischen Akademie Berlin im Bereich Service beschäftigt. Nach erfolgreichem Abschluss ihrer gastronomischen Ausbildung 1988 arbeitete sie in verschiedenen Restaurants im Service-, Tresen-, sowie im Verkaufsbereich. Seit Dezember 2009 ist sie als Koordinatorin Hausservice in der Europäischen Akademie Berlin beschäftigt und verantwortlich für die Koordination der für die Tagungsarbeit und Sonderveranstaltungen unerläßlichen hauswirtschaftlichen Bereiche der Akademie: Unterbringung und Verpflegung der Gäste.

### **Beate Blasum**

Beate Blasum ist seit Dezember 2014 an der Rezeption der Europäischen Akademie beschäftigt. Nach Abschluss ihrer Ausbildung zur Hotelfachfrau hat sie seit 1992 in verschiedenen Ferien- und Stadthotels in Deutschland, Österreich und der Schweiz Erfahrungen gesammelt. Bevor sie 2008 nach Berlin kam, war sie in München, Mainz und Limburg an der Lahn tätig. In der Europäischen Akademie ist Frau Blasum für die Reservierung der Hotelzimmer und Veranstaltungsräume verantwortlich und steht als Ansprechpartnerin für alle Fragen der Gäste rund um ihren Aufenthalt zur Verfügung.

 **Ute Böhr**

Als Projektleiterin ist Ute Böhr seit Mai 2008 in der Europäischen Akademie Berlin zuständig für die Koordination und Organisation von Seminaren und Konferenzen, insbesondere der Deutsch-Tunesischen Akademie für gute Regierungsführung im Rahmen der Transformationspartnerschaft der Bundesregierung mit der Republik Tunesien. Außerdem bereitet sie das binationale Begegnungsprogramm „likeminds - german-turkish junior expert initiative“ vor und organisiert das TV-Format „Europazeit“. Davor arbeitete sie als freie Projekt- & PR-Managerin für internationale Einrichtungen, Verlage und Agenturen in den Bereichen Projektmanagement, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Sponsoring und Strategisches Networking. Sie studierte Germanistik, Romanistik und Politikwissenschaften in Köln und Berlin.

 **Dr. Elisabeth Botsch**

Dr. Elisabeth Botsch ist Studienleiterin und für die Konzeption und Planung von Seminaren und Diskussionsveranstaltungen in der Europäischen Akademie Berlin verantwortlich. Sie befasst sich mit den Schwerpunkten Erweiterung der EU, Governance, Zivilgesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung. Sie ist zugleich Expertin im Antidiskriminierungsnetzwerk SEN der EU-Kommission. Daneben arbeitet sie als Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sie war bis 2012 Leiterin der Bundesgeschäftsstelle Deutscher Frauenring e. V.. Dr. Elisabeth Botsch studierte Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Freiburg, Freie Universität Berlin und Paris I – Panthéon-Sorbonne. Neun Jahre lang arbeitete sie als Referentin im Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und als Dozentin an Sciences Po Paris. In Berlin war sie u.a. an der Botschaft des Königreichs Marokko als Referentin für Pressearbeit tätig und leitete Forschungsprojekte bei FIA Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt.

 **Oksana Cheban**

Oksana Cheban war von September 2014 bis Dezember 2015 als Projektassistentin der Europäischen Akademie Berlin insbesondere für das Projekt AGREE (Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa) tätig. Davor war sie Stipendiatin im Deutschen Bundestag und arbeitete dort zu den Themen Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Gesundheit. In der Ukraine war Oksana Cheban im Rahmen von Projekten der Bundesregierung und der Europäischen Union zur Entwicklungszusammenarbeit tätig. Oksana Cheban studierte Internationale Beziehungen an der Universität Tscherniwzi (Ukraine) und erwarb 2010 erfolgreich ihren Masterabschluss. Danach studierte sie als DAAD/OSI-Stipendiatin Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und schloss 2011 erfolgreich ihren zweiten Master ab.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Dr. Andrea Despot**

Dr. Andrea Despot ist stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist verantwortlich für die Konzeption, Planung und Durchführung von Seminaren und Tagungen sowie mit internationalen Forschungs- und Bildungsprojekten betraut. Ihre thematischen Schwerpunkte bilden die EU-Außenbeziehungen, Transatlantische Beziehungen sowie die Transformations- und Europäisierungsprozesse Ost- und Südosteuropas. Davor war sie seit 2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Zwischen 2001 und 2003 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für vergleichende Regierungslehre an der Universität Erfurt. Sie schloss ihr Studium der Politikwissenschaft, Geschichte Ost- und Südosteuropas und Slawistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Grad der Magistra Artium ab. Ihre Regionalexpertise erwarb sie an der Harvard University, Graduate School of Arts and Sciences, wo sie außerdem den Grad eines Master of Arts erlangte. Dr. Despot war 2007 Gastdozentin an der Universität Helsinki, Finnland; seit dem Sommersemester 2009 ist sie Lehrbeauftragte am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin, wo sie außen- und sicherheitspolitische Themen sowie internationale Zeitgeschichte unterrichtet. In den Jahren 2012 und 2013 war sie stellv. Vorsitzende des Netzwerks Women in International Security Deutschland (WIIS.de). Sie hält regelmäßig Fachvorträge und ist als Moderatorin von Podiumsdiskussionen und Konferenzen tätig.

 **Verena Dortschy**

Als Projektleiterin ist Verena Dortschy für die Organisation von thematischen Informationsreisen und Konferenzen zuständig. In dieser Eigenschaft betreute sie die „Danube Floating Conference“ – ein neues Konzept in der EU-Donauraumstrategie (EUSDR). Sie studierte Arabistik, Islamwissenschaft und Iranistik an der Freien Universität Berlin, in Damaskus (2005) und in Teheran (2007). Zuvor verantwortete sie als Programmkoordinatorin die Fortbildungsprogramme für Transformationspartnerschaftsländer in der arabischen Welt, die von der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes in Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin von 2012 bis 2014 angeboten wurden. Sie war außerdem für die Betreuung von Ehemaligen im In- und Ausland und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Zwischen 2008 und 2011 organisierte sie für das Auswärtige Amt verschiedene Diplomatenlehrgänge, unter anderem das International Diplomats Programme (IDP), eine Initiative, die in Kooperation mit der BMW Stiftung Herbert Quandt und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. durchgeführt wird.

## **Dr. des. Martin Ebeling**

Dr. des. Martin Ebeling befasst sich thematisch vorrangig mit der Europäischen Integration und der Demokratieförderung. Als Seminarleiter der EAB war er 2015 schwerpunktmäßig für die Planung und Leitung von Seminaren über Prinzipien der Guten Regierungsführung zuständig. Diese finden im Rahmen der vom Auswärtigen Amt geförderten „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa“ (AGREE) und der „Deutsch-Tunesischen Akademie für Gute Regierungsführung“ statt. Martin Ebeling hat an der Freien Universität Berlin, der Universität Potsdam und der New York University studiert und an der Goethe Universität Frankfurt im Fach Philosophie promoviert. Sein Forschungsschwerpunkt bildet die Fähigkeit demokratischer Institutionen, politische Konflikte in rationale und moralisch angemessene Politikergebnisse zu übersetzen. Vor seinem Einsatz in der EAB war Martin Ebeling für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), als Gutachter für das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und im Büro eines Mitglieds des Europäischen Parlaments in Brüssel tätig.

## **Stefanie Grothe**

Stefanie Grothe leitet die Verwaltung der Europäischen Akademie Berlin und ist für alle darunter fallenden Aufgaben und Bereiche verantwortlich. Zusammen mit Tina Lißner bildet sie das Team „Koordination Hausmanagement“. Nach Abschluss ihrer kaufmännischen Ausbildung verbrachte sie zwei Jahre in den USA als AuPair bei Gastfamilien um Land, Leute und Kultur kennenzulernen. Nach ihrer Rückkehr absolvierte sie in Berlin ihr Studium und schloss dieses erfolgreich mit dem Bachelor of Arts in Business Administration ab. Seit November 2009 ist Stefanie Roemer in der Europäischen Akademie in den Bereichen Verwaltung sowie der Personalbuchhaltung tätig. Im Jahr 2015 befand sich Stefanie Grothe (geb. Römer) im Mutterschutz.

## **Petra Günzer**

Petra Günzer ist seit 2011 am Empfang in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie ist verantwortlich für die Reservierung der Hotelzimmer sowie der Veranstaltungsräume und -technik. Den Aufenthalt der Gäste betreut Frau Günzer mit Rat und Tat und steht für Informationen als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Nach ihrer beruflichen Tätigkeit in der Modegestaltung und im Vertrieb hat sie 2005 an einer Fortbildung zur Fachkraft für Hotel und Tourismus teilgenommen und ist seitdem in der Hotelbranche tätig.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

### **Ina Hoppe**

Ina Hoppe ist seit März 2015 als Projektassistentin im Team der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie arbeitet unter anderem bei der Organisation des Projekts „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa“ (AGREE) mit. Ina Hoppe studierte von 2012 bis Anfang 2015 im Master „European Studies“ an der Europa-Universität Viadrina. Zuvor hat sie nach einem Auslandsaufenthalt in Südafrika ihr Bachelorstudium „Kulturwissenschaft“ an der Universität Koblenz erfolgreich abgeschlossen.

### **Carolin Krauss**

Carolin Krauss ist seit 1996 zuständig für das Veranstaltungsmanagement von Seminaren und Präsentationen, die den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch in Europa fördern sollen. Ein Teil dieser Veranstaltungen wird vor Ort in den jeweiligen Gastländern durchgeführt und betreut. Im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesregierung plant und organisiert sie thematische Informationsreisen für Multiplikatoren aus dem Ausland. Sie steht als Ansprechpartnerin für Pressevertreter und Medienpartnerschaften zur Verfügung. Carolin Krauss ist ausgebildete Übersetzerin und Dolmetscherin mit Fachgebiet Technik.

### **Sina Lebert**

Sina Lebert betreut als Projektleiterin in der Europäischen Akademie Berlin insbesondere die Projekte Baladiya - neue Wege in der Stadtentwicklung und Europa in der Schule - Lehrerfortbildungen in NRW. Sie studierte Romanistik, Orientalistik und Islamwissenschaften in Bochum und Tours und anschließend als Stipendiatin eines DAAD-geförderten deutsch-türkischen Doppeldiplomstudienganges „European Studies“ an der Europa-Universität Viadrina und der Istanbul Bilgi Üniversitesi. Zuvor arbeitete sie unter anderem für das Goethe-Institut Brüssel und war als freie Mitarbeiterin für die Internationale Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes tätig.

### **Cathleen Lessnau**

Cathleen Lessnau ist seit 2010 in der Finanzabteilung beschäftigt und in erster Linie für die Betriebs-, Projekt- und die Personalbuchhaltung zuständig. Sie ist Handelsfachwirtin und war als kaufmännische Angestellte, Assistentin der Geschäftsleitung und Leiterin kaufmännischer Abteilung in kleinen und mittleren Unternehmen tätig.

### **Gerhard Liepe**

Gerhard Liepe ist seit 1994 in der Europäischen Akademie Berlin als Haustechniker und -meister beschäftigt. Er wartet und betreut die Tagungstechnik (Saalbeschallung, Dolmetschanlage, Medientechnik: Videoschnittplatz, Aufnahmetechnik, LCD-Beamer, PC-Arbeitsplätze) und gestaltet die Vortragsräume. Desweiteren nimmt er Reparatur- und Wartungsarbeiten im Gebäude sowie an den Außenanlagen vor. Vor seiner Beschäftigung bei der Europäischen Akademie war er als Hausverwalter und -techniker beim Verlag der Nation tätig. Gerhard Liepe ist ausgebildeter Instandhaltungsmechaniker und studierte Maschinenbau.

 **Tina Lißner**

Tina Lißner leitet die Rezeption der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist gelernte Restaurant- und Hotelfachfrau und Hotelbetriebswirtin. Nach Abschluss ihrer Ausbildung 1999 im Radisson SAS Hotel Berlin ging sie für 5 Jahre in die Schweiz. Dort arbeitete sie als Rezeptionistin für Häuser der Gruppe „Leading Hotels of the World“ in Luzern, St. Moritz und Ascona. Um die Welt kennen zu lernen, zog sie ein halbes Jahr auf dem Schiff durch Europa, bevor sie dann eine Auszeit nahm und 10 Monate durch Australien reiste. Zurück in Berlin, absolvierte sie ihr Studium zur Hotelbetriebswirtin und ist seit 2007 als Front Office Manager in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Tina Lißner nimmt Reservierungen entgegen, führt Verhandlungen mit potentiellen Veranstaltungspartnern und belegt die Gästezimmer sowie die Veranstaltungsräume des Hauses. Zudem betreut sie die Gäste während ihres Aufenthaltes.

 **Margarete Neckerauer**

Margarete Neckerauer ist seit 1999 bei der Europäischen Akademie Berlin. Als Finanzreferentin leitet sie die Finanzabteilung mit den Bereichen Rechnungswesen, Betriebs- und Projektbuchhaltung, Projektabrechnung, Controlling sowie die Personalbuchhaltung. Sie ist Bilanzbuchhalterin, war für nationale und internationale Unternehmen sowie für mit öffentlichen Mitteln geförderte Projekte tätig und schloss das Grundstudium Mathematik, Geschichte und Englisch an der Freien Universität Berlin ab.

 **Ruth Nießen**

Als Projektassistentin ist Ruth Nießen seit Dezember 2014 in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie assistiert u.a. bei der Organisation der Deutsch-Tunesischen Akademie für gute Regierungsführung, die im Rahmen der Transformationspartnerschaft mit Tunesien mehrmals jährlich stattfindet. Ruth Nießen studierte von 2008 bis 2012 den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Alice-Salomon Hochschule Berlin. Anschließend erwarb sie im Kooperationsstudiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ der Hochschule für Wirtschaft Berlin und Recht und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin 2014 ihren Masterabschluss. Zuvor absolvierte sie unter anderem ein Praktikum beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), wo sie eine Ministerreise nach Westafrika mitorganisierte und ihre Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit, die sie in einem Auslandsjahr in Burundi bereits sammelte, vertiefte.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz**

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz ist seit 2009 Studienleiterin an der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist verantwortlich für die Konzeption, Planung und Durchführung von Seminaren, Tagungen und Diskussionsveranstaltungen. Ihren Schwerpunkt bilden Europäisierungs-, Demokratisierungs- und Transformationsprozesse mittel- und osteuropäischer Länder, deutsche und europäische Politik in Richtung Osten sowie deutsch-polnische Beziehungen. Sie hat das Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Wrocław (Polen) und Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin abgeschlossen, wo sie auch 2010 zu Dr. phil. promoviert wurde. Seit 2008 ist sie Lehrbeauftragte am Ost-europa-Institut der Freien Universität Berlin, wo sie aktuelle europäische und integrationspolitische Themen unterrichtet. Sie hält regelmäßig Vorträge, begleitet Prozesse interaktiver Wissensvermittlung und ist als Moderatorin von Podiumsdiskussionen tätig.

 **Aleksandra Przewoska**

Aleksandra Przewoska ist seit 2015 bei der Europäischen Akademie Berlin in der Finanzabteilung beschäftigt und hauptsächlich mit der finanziellen Abwicklung der Projekte betraut. Im Frühjahr 2015 schloss sie ihre Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau an der Industrie- und Handelskammer Berlin ab.

 **Ilona Rathert**

Ilona Rathert arbeitet als Projektleiterin in der Europäischen Akademie Berlin und organisiert Seminare, Workshops, Begegnungen und andere Formate. Sie betreut insbesondere das im Jahr 2013 ins Leben gerufene Projekt „Baladiya – neue Wege in der Stadtentwicklung“ für nordafrikanische Stadtplaner. Darüber hinaus koordiniert und beantragt sie die Finanzierungen der Tagungen bei öffentlichen Zuwendungsgebern (z. B. dem Auswärtigen Amt, der Bundeszentrale für politische Bildung oder der Europäischen Kommission) wie auch bei Stiftungen und anderen Institutionen. Sie organisiert Konferenzen, die dem Austausch und der Begegnung unterschiedlicher nationaler und internationaler Gruppen dienen. Ilona Rathert studierte Romanistik und Lateinamerikanistik in Marburg, Nantes (Frankreich) und Berlin. Sie ist Fremdsprachenkorrespondentin und arbeitet seit 1995 in der Europäischen Akademie Berlin.

 **Claudia Rehrs**

Als Projektleiterin ist Claudia Rehrs seit September 2010 an der Europäischen Akademie Berlin zuständig für die Organisation von Seminaren, Lehrgängen und Konferenzen. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)“, die vom Auswärtigen Amt zur Unterstützung der demokratischen Transformation der Ukraine initiiert wurde. Weiterhin bereitet Claudia Rehrs verschiedene Veranstaltungsformate für ehrenamtliche Richter aus Europa, Seminare zur politischen Bildung für Angehörige der Bundeswehr sowie diverse Seminare und Workshops für junge Teilnehmende aus ganz Europa vor. Claudia Rehrs studierte von 2004 bis 2007 Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina. Im Mai 2010 schloss sie ihr Studium an den Universitäten Göttingen, Olomouc (Tschechien) und Pune (Indien) mit einem M.A. in „Euroculture“ ab. Vor dem Studium arbeitete sie ein Jahr in Genf, nach dem Bachelorabschluss ein Jahr in Irland.

 **Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte ist seit 1993 Leiter der Europäischen Akademie Berlin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Trägervereins „Europäische Akademie Berlin e. V.“. Prof. Stratenschulte vertritt die Akademie nach außen und gegenüber den Gremien des Vereins. Als Akademieleiter ist er verantwortlich für die Koordination und die wissenschaftliche, pädagogische und administrative Leitung der verschiedenen Arbeitsbereiche der Europäischen Akademie Berlin. Ebenso führt er Sonderveranstaltungen sowie eigene Seminare durch. Er verantwortet in der Akademie das Projekt „Europäische Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen“ (ELIN). Prof. Stratenschulte publiziert regelmäßig Artikel und Bücher zu europäischen und gesellschaftspolitischen Fragen. Er lehrt an der Freien Universität Berlin im Fach Politische Wissenschaft. Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Soziologie und schloss diese Studien mit dem Diplom in Soziologie, dem Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien sowie mit einer Promotion ab.

 **Victoria Szeib**

Victoria Szeib absolvierte im Jahr 2011 ein studienbegleitendes Praktikum in der EAB. Seit 2013 ist sie in der Finanzabteilung beschäftigt und hauptsächlich mit der finanziellen Abwicklung der Projekte betraut. Im November 2012 schloss sie ihr Studium an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin mit einem Bachelor of Arts in Betriebswirtschaftslehre ab.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## Das Team der EAB

### **Akademieleitung**

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

Dr. Andrea Despot

### **Studententeam**

Dr. Mechthild Baumann

Dr. Elisabeth Botsch

Oksana Cheban

Ute Böhr

Verena Dortschy

Dr. des. Martin Ebeling

Ina Hoppe

Carolin Krauss

Sina Lebert

Ruth Nießen

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz

Ilona Rathert

Claudia Rehrs

### **Rezeption und Verwaltung**

Beate Blasum

Stefanie Grothe

Petra Günzer

Tina Lißner

### **Finanzen**

Cathleen Lessnau

Margarete Neckerauer

Aleksandra Przewoska

Victoria Szeib

### **Hauswirtschaft und Technik**

Beate Ahrens

Natalie Allenberg

Eva Blasczyk

Hannah Gathimba

Stefanie Lewandowski

Gerhard Liepe

Andrea Liepe-Hoops

Ines Mann

Ute Scheutzow

Dennis Schubert

Lydia Zgodda

DE

I

II

III

---

**IV. Die Mitglieder des Trägervereins der Europäischen Akademie Berlin**

---

**IV**

V

VI

VII

VIII

IX

## IV. Die Mitglieder des Trägervereins der Europäischen Akademie Berlin

Rechtsträger der Europäischen Akademie Berlin ist der eingetragene Verein Europäische Akademie Berlin e. V.\*) dem folgende Institutionen und Persönlichkeiten angehören:

### Natürliche Personen:

**Bettermann, Dr. h.c. Erik**, Intendant der Deutschen Welle a. D.  
**Diepgen, Eberhard**, Rechtsanwalt, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.  
**Ernst, Dieter**, Staatssekretär a. D., ehem. Vorstandssprecher Berlinwasser International  
**Klein, Dr. Peter-Jörg**, Rechtsanwalt  
**Löning, Markus**, Inhaber, Human Rights und Responsible Business  
**Merkel, Petra**, Präsidentin des Internationalen Bundes  
**Moser, Hubertus**, Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender der Landesbank Berlin a. D.  
**Pfennig, Dr. Gero**, Rechtsanwalt und Notar, Berlin  
**Rasch, Walter**, geschäftsführender Gesellschafter der HPE Development GmbH;  
Vorsitzender des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V.;  
Senator a. D., Berlin  
**Roth-Behrendt, Dagmar**, Juristin, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments a. D.  
**Sabathil, Prof. Dr. Gerhard**, Europäischer Auswärtiger Dienst, Direktor der Abteilung  
Ostasien, Australien, Pazifik, Brüssel  
**Schmidt, Christian**, Mitglied des Deutschen Bundestages,  
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft  
**Schmitz, André**, Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Schwarzkopf-Stiftung  
**Stratenschulte, Prof. Dr. Eckart D.**, Akademieleiter, Berlin  
**Wowereit, Klaus**, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.

### Juristische Personen:

**Berliner Volksbank eG**  
vertreten durch ihren Vorstandsvorsitzenden Dr. Holger Hatje  
**Deutsche Telekom AG**  
vertreten durch Fritz Uwe Hofmann, Leiter der politischen Interessenvertretung

### Vorstand:

**Dr. Peter-Jörg Klein**, Vorsitzender  
**Petra Merkel**, stellv. Vorsitzende  
**Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**, stellv. Vorsitzender, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

### Kassenprüfer:

**Markus Löning**  
**Walter Rasch**

DE

I

II

III

IV

V. Danksagung

V

VI

VII

VIII

IX

## V. Danksagung

Das Profil der Kooperationspartner prägt das Bild der Europäischen Akademie Berlin und führt zu einer dichten Vernetzung inhaltlicher Arbeit, die in einer breiten Palette europäischer Themen ihren Ausdruck findet.

Zum einen möchten wir die Kontinuität dieser Arbeit beibehalten und dabei zum anderen einen Schwerpunkt auch auf die Wahrung der Vielfalt legen, die durch die Suche und Begegnung mit neuen Partnern gewährleistet werden kann.

### **Wir danken folgenden Institutionen, die die laufende Arbeit der Europäischen Akademie Berlin finanziell unterstützt haben:**

- Auswärtiges Amt
- Bundeszentrale für politische Bildung
- Education, Audiovisual & Culture Executive Agency
- Europäische Kommission, Brüssel
- European Citizen Action Service (ECAS)
- Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

### **Nicht möglich wäre die Arbeit der Akademie auch ohne die Kooperation mit zahlreichen Partnerorganisationen, denen an dieser Stelle ebenfalls gedankt sei:**

- Agapedia gGmbH
- Andrassy Universität, Budapest
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
- Arbeitskreis europäische Integration (AEI)
- Asociace pro mezinárodní otázky (Association for International Affairs, Prague)
- Association Nationale de Juges de Proximité
- B.A.T.I. - Initiative der europäischen Türken in Berlin e. V.
- berlin-communication
- Berliner Netzwerk für junge Osteuropa-Expert/innen (JOE)
- Berliner Stadtreinigungsbetriebe
- Berufliche Schule für Wirtschaft und Steuern Hamburg
- BMW Stiftung Herbert Quandt
- Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Algerien
- Botschaft der Republik Georgien
- Botschaft der Republik Kroatien
- Botschaft der Republik Moldau

- Botschaft der Republik Polen
- Botschaft der Republik Türkei
- Botschaft der Tschechischen Republik
- Botschaft der Tunesischen Republik
- Botschaft der Ukraine
- Botschaft des Großherzogtums Luxemburg
- Botschaft des Königreichs Marokko
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesrat
- Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter
- Bundesverband landwirtschaftliche Fachbildung, Bonn (vlf)
- Bundesverwaltungsamt
- Bundeswehr
- BVG Berlin
- Centre for Democracy and Reconciliation in Southeastern Europe, Thessaloniki
- complan Kommunalberatung
- CoMun – kommunale Lernnetzwerke
- Danube Competence Center
- Danube Region Strategy Culture & Tourism
- Deutsch-Armenisches Forum e. V.
- Deutsch-Belarussische Gesellschaft
- Deutsch-Französisches Jugendwerk
- Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)
- Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds
- Deutsche Botschaft Belgrad
- Deutsche Botschaft London
- Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht (DGAR)
- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)
- Deutsche Zentrale für Tourismus e. V.
- Deutscher Frauenring e. V.
- Diplomatisches Institut Bulgarien
- Diplomatisches Institut Kroatien
- edition Körber-Stiftung
- EurActiv-Netzwerk
- Europabeauftragte des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg
- Europabeauftragte des Bezirks Marzahn-Hellersdorf

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

- Europabeauftragte des Bezirks Mitte
- Europabeauftragte des Bezirks Steglitz-Zehlendorf
- Europabeauftragte des Bezirks Tempelhof-Schöneberg
- Europabeauftragte des Bezirks Treptow-Köpenick
- Europabeauftragte des Bezirks Pankow
- Europa-Union Havelland
- Europa-Union Hessen
- Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz
- Europäische Akademie Sankelmark
- Europa-Union Berlin
- Europa-Union Deutschland
- European Network for Education and Training (EUNET)
- European Union of Judges in Commercial Matters (UEMC)
- Federacion estatal de Asociaciones de Justicia de Paz y Proximidad
- Federazione Magistrati Onorari di Tribunali
- Forum Alpbach Network
- Forum Serbien Deutschland
- Freie Universität Berlin
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
- Fulbright Kommission, Berlin
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin
- Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)
- Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit Belgrad
- Hanns-Seidel-Stiftung
- Hochschule für angewandte Wissenschaften, München
- HSO Wirtschaftsschule Schweiz
- IDIS Viitorul Chisinau
- Inforadio (rbb)
- Institut für Migrations- und Sicherheitsstudien (imss)
- Institute for Democracy and Euroatlantic Studies, Tiflis
- Institute of International Politics and Economics, Belgrad
- Institute Euro-Atlantic Cooperation, Kiew
- Internationale Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amts
- Internationales Gymnasium Pierre Trudeau, Magdeburg
- Istanbul Policy Center der Sabanci Universitesi
- Istituto Affari Internazionali, Rom

- 
- KomPost
  - Konrad-Adenauer-Stiftung
  - Landesvertretung von Baden-Württemberg
  - Landwirtschaftliche Rentenbank
  - Landwirtschaftskammer Niedersachsen
  - Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
  - Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
  - Lepsiushaus Potsdam
  - Media Consulta
  - Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
  - Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
  - Ministry of Tourism of the Republic of Bulgaria
  - Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam
  - Nea.Global – Netzwerk sozialdemokratische Europa- und Außenpolitik
  - Nomos Verlag
  - Northern Ireland Lay Magistrate's Association
  - Offizierschule der Luftwaffe Fürstenfeldbruck
  - Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin
  - Polska Fundacja imienia Roberta Schumana (Polnische Robert Schuman Stiftung)
  - Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
  - Real Instituto Elcano, Madrid
  - Republic of Serbia National Assembly
  - Robert Bosch Stiftung
  - Rochus und Beatrice Mummert-Stiftung
  - Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin
  - Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin
  - Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
  - Staatsministerium Baden-Württemberg
  - Stadt Leipzig; Abteilung Organisation und Dienste
  - Stadt Sindelfingen
  - Stadtreinigung Hamburg
  - Steuerungsdienst des Bezirksamtes Neukölln
  - Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Warschau
  - Stiftung Mercator
  - Technische Universität Dortmund
  - TV Berlin
  - Unie de Rechters in Handelszaken in België (URHB)

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

- Universität Passau
- University of Birmingham
- Verband Landwirtschaftlicher Fachschulabsolventen in Schleswig-Holstein
- Verband liberaler Akademiker
- Vereinigung der fachmännischen Laienrichter Österreichs
- Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
- Vertretung des Europäischen Parlaments in Deutschland
- Volkshochschule Diepholz
- Zeitschrift Osteuropa

---

**Annual Report 2015 - Overview**

1. Understanding Europe: history, structures and policy fields
  2. Europe as a union of values: peace, solidarity and encounter
  3. Shaping Europe: the union of citizens, citizens' forums and public participation
-

## Annual Report 2015 – Overview

Understanding Europe. Shaping Europe: within this maxim three elements are combined – the guiding principles, mission and goal of the European Academy Berlin (EAB). The dual aspiration of the Academy is shown in this motto: in its role as transmitter of knowledge the Academy explains politics and communicates European political contexts. Whilst strengthening the ability of a person to make judgements and critique, EAB is making a contribution towards an active and lively civil society in Europe. Entirely in keeping with its founding task, the Academy is thus also contributing towards international understanding between peoples in Europe, and it is furthering understanding by these nations for Europe.

Over and above this, the Academy is functioning as a sort of modern agora. It provides a setting and space for one's own political intention to be formed, for exemplary and applied learning and operates as a platform for positions and discourse emerging from the fields of academia, politics and civil society which are presented and mirrored in their diversity. The Academy reaches an international public and makes it possible to engage in cross-nation debates – always in terms of topics and trends which are currently at issue and at the pinnacle of subject matter, professional and didactic specifications.

During the year of 2015, the European Academy Berlin was successful in putting into practice three main points of emphasis in a variety of forward-looking and praxis-oriented formats and was thus able to achieve the objectives set:

1. Understanding Europe: history, structures and policy fields
2. Europe as a union of values: peace, solidarity and encounter
3. Shaping Europe: the union of citizens, citizens' forums and public participation

Within the context of these central themes, in 2015 the Academy designed, planned and carried out around 120 events.

**The work was aligned with four overriding principles:**

- knowledge transfer – reflection
- multi-perspectives – plurality
- participation – competence-orientation / empowerment and activating civil society
- the public – multiplicative effects

In accordance with the principles of successful civic pedagogy, the Academy mirrors plurality in civil society and in the political arena, communicating controversies, political backgrounds and substance. As a player in continuing education for European affairs, the Academy positions itself at the interface between knowledge, politics and the public domain.

Those taking part at EAB events are not an arbitrary 'target group', who by means of one-sided public information work are to be taken to reach a specific insight or knowledge item; on the contrary, they are partners who are being supported in processes of forming and underpinning opinions. This in turn is the pre-requisite for EAB's own involvement.

Academy events or meetings therefore not only propagate public participation. Rather, EAB makes this idea the basis of its work by bringing in the course of numerous EAB events democratic groups and discussion processes to the forefront and expertly moderating them. What is important is that participants can engage in debate and discourse and can be involved in steering these.

Academy formats and events are oriented to effective mobilisation of civil society and maximum public resonance. An active and informative **website**<sup>1)</sup>, an interactive **Facebook**<sup>2)</sup> page, book publications and cooperation with **Inforadio**, which has led to a series of joint broadcasts, serve this goal. Up to April 2015, the Academy also carried out weekly television talk broadcasts called 'Europe time' on TV Berlin, which the Academy in-house editorially managed, designed and assumed responsibility for and also was broadcast from the Academy premises.

The EAB is characterised by its professional team – both in educational, seminar and project management, as well as in meeting and conference organisation fields. Personnel are also in demand in other contexts, and disseminate their expertise and lessons learnt: they act as multipliers, in that they are regularly deployed as lecturers at German and foreign universities and as experts and chair persons at events organised by other educational bodies and civil society institutions. They also work as authors of articles and books and function as interview partners for national and international media.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

1) [www.eab-berlin.eu](http://www.eab-berlin.eu)

2) <https://www.facebook.com/pages/Europäische-Akademie-Berlin/158550170864069>

## 1. Understanding Europe: history, structures and policy fields

Journalists have a special role to play as multipliers in communicating Europe. They are therefore an important target group for the work of the European Academy Berlin.

During 2015, the Academy has, in all, conducted four seminars for European regional journalists, in Santander, Rome, Athens and Berlin. Another seminar meeting held in Berlin is for the European press, i.e. journalists accredited in Brussels. The Federal Chancellor and the German Finance Minister are among those acting as interlocutors in this seminar. On the occasion of the 25th anniversary of German unity, the Academy organised a one-week visit to Germany for international journalists from Africa, Asia, and central and eastern Europe, which also offered participants opportunities to have discussions with contemporary witnesses and culminated in visiting the official celebrations in Frankfurt on Main organised by the Chancellery of the Federal State of Hesse.

Berlin media organisations were also partners in the work of the European Academy Berlin. In cooperation with Inforadio, the news broadcast station in Rundfunk Berlin-Brandenburg, the regional public broadcasting company, four evening meetings open to the public were held during 2015, which each case were broadcast in a one-hour long compilation on Inforadio. Topics covered were European refugee policy, policy towards Kosovo, policy options for the EU vis-à-vis Belarus following presidential elections, as well as a survey of five years of the 'Arab spring' in connection with European policy towards Northern Africa.

Up to April 2015, EAB produced a weekly 15-minute talk show on TV Berlin, each of which had as subject current issues on the European agenda. However, this cooperation had to be curtailed following intervention by the CEO of the media company in EAB's editorial independence.

The European Academy Berlin carried out in 2015 a series of public lectures and discussions, during which the situations in Ukraine, Tunisia, Morocco, Montenegro, and Turkey were in focus. In this way it was also possible to thematise EU neighbourhood and accession policies on the basis of concrete examples. Also, Polish and German ideas concerning the future of Europe were the subject of a panel discussion.

In seminars the Academy addressed European agricultural policy (target group: young farmers); development in the European Union (target group: diplomats from all over the world); economic integration in Europe (target group: high-school graduates and young trainees) and the EU digital agenda (target group: general public).

Between 2010 and 2014, the Academy conducted citizens' forums in Berlin, to which Berlin citizens were invited at random. After the conclusion of this series (the European Parliament elections in 2014) the Academy continues to organise events for this target group, in order to inform them of the process of European integration. Of course, these 'jours fixes' are also open for other visitors. During 2015, the role of the EU for Berlin was discussed in the context of these meetings. The Governing Mayor of Berlin was a speaker here. Another event was held in the Embassy of Luxembourg in which the Ambassador of this country provided information about priorities and activities during the Luxembourg Presidency of the Council.

Further seminars and lectures focused on the first genocide in the 20th century, the Armenian genocide, on development of the Baltic Sea region, and on the history of Jews in Europe.

In addition, in 2015 the Academy has compiled two teaching modules on the topics of "Migration in Europe" and "Is it time to say good-bye? Britain's imminent exit from the EU" and made them available to teachers on the EAB website. Both training modules will also be subjects for teacher further training in Berlin in 2016 ("Berlin Europe Club").

## 2. Europe as a union of values: peace, solidarity and encounter

It was the year of 2015 during which it became clear how important it is to convey that the European Union is not only an economic partnership of convenience, but on the contrary a union or community based on common values. Whereas the fundamental value basis and the absolutely predominant aim of ensuring peace continued to be perfectly comprehensible to the immediate post-war generation, this needs once more to be made clear to young people. This objective is followed in a project dealing with the further training of teachers on Europe in North Rhine-Westphalia. In cooperation with Dortmund Technical University, the North Rhine-Westphalia Ministry for Education and Science and with some teachers, we have developed four teaching modules on Europe (covering topics of migration and refugees, the internal market, the EU as an international player and why Europe?) for use in lessons at various types of schools. In 2016 they will be made available to NRW teachers via their continuing education representatives and thus be able to be implemented in lessons in schools.

The attractiveness of the European Union continues sizeable beyond its borders, not only due to the fact that it is - comparatively speaking - a prosperous area. European values and standards as well are noted with great interest and for many countries act as benchmarks. Exporting standards in the sense of peaceful interaction is therefore an important part of European foreign policy.

The European Academy in Berlin has supported this process by holding nine seminars lasting several weeks for government employees from Ukraine and also from Georgia and Moldova. On the topic of 'good governance', not only theoretical approaches, but above all cases of day to day practice in Germany were presented, and foreign guests were provided with opportunities to network and share with their German counterparts.

Also on the topic of 'good governance', EAB cooperation with Tunisia was continued. In six seminars, held over several weeks, Tunisian government staff, joined for the first time by Moroccan personnel, participated in various workshops and exchange meetings in order to continue to support democratic transformation in these countries.

In a programme project which extended throughout the whole year, the Academy brought together young German and Czech professionals, in order to address issues of energy supply and energy security in Europe.

A comparable programme (known as 'likeminds'), was organised by the Academy for German and Turkish junior experts who also met several times during the year in Germany and Turkey, to collaborate on the topic of energy. It is not at all a coincidence that both projects dealt intensively with future energy supplies in Europe. Whilst on the one hand the Paris climate summit conference at the end of 2015, and discussions preceding this, made clear the need for energy conservation, in the context of the Ukraine crisis, energy dependence on Russia became a problem for the European Union.

A visit and exchange programme for senior religious dignitaries from Greece took place at the end of the year. The Academy organized a programme for a delegation headed by Ieronymos II, Archbishop of Athens and All Greece, aimed to familiarise representatives of the Greek Orthodox Church and the Jewish communities in Greece with church social and educational work in Germany and to contribute towards rapprochement between young people of the two countries. Also in this instance, common values are the substance forming the basis enabling people to take constructive pathways of reconciliation and remembrance.

### 3. Shaping Europe: the union of citizens, citizens' forums and public participation

A major field of public participation is urban development. German and European models for participation were presented to urban planners from Morocco, Tunisia and Egypt in one workshop lasting four or two workshops for two weeks. In this way, a contribution towards democratic transformation in these countries was being made, countries which are in the focus of European policy in the southern Mediterranean region.

An important part of public commitment to citizenship is serving as an honorary or lay judge. The European Academy Berlin has been supporting this target group for several years and has contributed significantly to establishing the European organisation of lay judges and magistrates. In 2015 as well, two seminars were held with this target group dealing specifically with agricultural law questions.

Subsidiarity means that decisions should be taken as far 'down' as possible. But this pre-supposes the ability of decision makers at municipal level as well to play an active part. By means of four workshops and a panel discussion in the series entitled 'Kommunal aktiv - Frauen in der Politik', (Locally active - women in politics), held in cooperation with Deutscher Frauenring (German Women's Union), the objective was to familiarise women in particular with local level challenges.

Public events were held in cooperation with three Berlin urban districts, Steglitz-Zehlendorf, Marzahn-Hellersdorf and Treptow-Köpenick, in the series entitled 'Europa kontrovers' (Europe controversial), which addressed on the one hand the question of separatism in Europe and on the other hand European approaches to dealing with the refugee crisis.

Simulation exercises are a good way to practise public participation. The European Academy Berlin uses this tool, and has carried out simulation work with young adults from Germany, the Czech Republic, Hungary, Poland and the Slovak Republic on the subject of Visegrad cooperation.

To anchor the use of simulation games more in schools, in addition, a didactic workshop was held in which teachers developed simulations themselves and practised putting them into effect.

A series of seminars, addressing participants who are not usually involved in European issues, was conducted in cooperation with BVG, the Berlin public transport company. These 'factory shop floor' talks were aimed specifically at tram drivers in Berlin. It is planned to continue this series of seminars in 2016 and to address bus drivers as well. In addition to the four compact seminars a discussion took place with the chairman of the European Parliament Transport Committee, in which he outlined the main points of European transport policy.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

The European Union macro-regional strategies are attempts to correlate local ownership and European structural policy. Probably the most successful macro-regional strategy is the strategy for the Danube region. In Summer 2015, the European Academy Berlin organised a 'floating' Danube Conference, during which players from the Danube region came together and networked in six different events. The Danube was at one and the same time topic and venue. The ship on which the conference took place travelled from the Danube delta right up to Vienna. Thus, eight European countries (EU member states of Romania, Bulgaria, Croatia, Hungary, Slovakia and Austria, candidate country of Serbia, as well as the Republic of Moldova, an Eastern partnership country) were, both geographically and substantially, integrated into the conference proceedings.

This Danube Conference may well be a good symbol for Europe at the present time: together we are getting there, even against the current! This will also be our mandate for 2016.

EN

I

II

III

IV

V

VI

---

**VII. The team of the European Academy Berlin**

---

**VII**

VIII

IX

## VII. The team of the European Academy Berlin

### **Dr. Mechthild Baumann**

Dr. Mechthild Baumann is a seminar director, working on issues in migration, security, justice, participation and advancement of women. In 2007, she set up imss registered association (institute for migration and security studies) for analysis, education and consultation on homeland security and migration questions. Furthermore, she is on the academic staff at the University of Potsdam, Hertie School of Governance and the French Ecole Nationale d'administration (ENA), Paris. She is a member of the German group Team Europe, supported by the European Commission and the European Parliament, and is co-founder of the 'European women in Berlin' network. Mechthild Baumann completed her studies in political science at the Free University of Berlin and the Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po) with two degrees (M.A. equivalent). In 2005 she received a doctorate from the Humboldt University of Berlin (Berlin Graduate School of social sciences BGSS), with a scholarship from the German national academic foundation (Studienstiftung des deutschen Volkes), about Europeanisation of border security.

### **Eva Blasczyk**

Eva Blasczyk is qualified in restaurant management and catering fields. She has worked at the European Academy Berlin in the hotel and domestic staff division since 2007. After successfully completing restaurant training in 1988, she worked in a number of restaurants, serving at table, counter and in retail management fields. Since December 2009, she has coordinated activities in the hotel and domestic staff division and as such is responsible for coordinating many and varied areas of domestic tasks which are indispensable for the smooth running of seminars, conferences and special events in the Academy, including lodging and full board services for residential guests.

### **Beate Blasum**

Beate Blasum has been working in the reception desk office at the European Academy since December 2014. After concluding her professional training in hotel management she has gained experience by working in numerous resort and city hotels in Germany, Austria and Switzerland. Prior to moving to Berlin in 2008, she had worked in Munich, Mainz and Limburg on the Lahn in Germany. Ms. Blasum is responsible for hotel and room reservations and is for hotel and seminar room reservation and is a point of contact for any questions arising during your stay at the Academy.

 **Ute Böhr**

In her capacity as project manager, Ute Böhr has worked at the European Academy Berlin since May 2008 and is responsible for coordinating and organising seminars and conferences, in particular the Academy for good governance operated in conjunction with the Republic of Tunisia and the Kingdom of Morocco. Furthermore, she organises the bi-national exchange programme entitled ‚likeminds – a german-turkish junior expert initiative‘ and is in charge of the weekly television talk ‚Europe time‘. Previously she was a freelance project and PR manager for international organisations, publishing houses and agencies in the fields of project management, press and PR activities, marketing, sponsoring and strategic networking. She took her degree in German studies, French studies and Politics at the universities of Cologne and Berlin.

 **Dr. Elisabeth Botsch**

Dr. Elisabeth Botsch is a seminar director at the Academy, and as such is responsible for initiating and planning seminars and other meetings held at the Academy. Her points of main emphasis include EU enlargement, governance, civil society, gender equality and non-discrimination. She works also as expert in the SEN anti-discrimination network advising the European Commission. In addition, she lectures at the Berlin School of Economics and Law (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin). She headed the Federal Office in the Deutscher Frauenring e. V. DFR (Association of German Women) until 2012. Dr. Botsch read History and Politics at Freiburg University, at the Free University of Berlin and at the Paris I - Panthéon-Sorbonne University. For nine years she was desk officer in the Paris branch office of the German Friedrich Ebert Foundation, and lectured at the School for Political Sciences in Paris (‚Sciences Po‘). In Berlin she was, amongst other positions, responsible for press and public affairs at the Embassy of Morocco and directed research projects at FIA, a research group concerning the international labour market.

 **Oksana Cheban**

From September 2014 until December 2015 Oksana Cheban was working as a project assistant, particularly for the AGREE project - Academy for Good Governance and Empowerment in Europe. Before this, she was an international scholarship holder in the German Parliament, supporting the MP's office staff in the fields of economic cooperation and development as well as health. Previously she worked in Ukraine on development policy projects funded by the German government and the European Union. Oksana Cheban studied International Relations at the Yuriy Fedkovych Chernivtsi National University in Ukraine and successfully achieved a master's degree in 2010. Then, in 2011, she achieved a further master's degree as DAAD/OSI scholarship beneficiary at Eichstätt-Ingolstadt Catholic University in Germany.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Dr. Andrea Despot**

Dr. Andrea Despot is Deputy Director of the European Academy Berlin. She is responsible for designing, planning and implementing seminars and conferences, as well as for international research and education projects. Her points of main emphasis concern European Union external relations, transatlantic relations, transformation and Europeanisation processes in Eastern and South-Eastern Europe. Prior to joining the academic study team at the European Academy, Andrea Despot was, from 2004 onwards, a researcher in the Institute for East European Studies at the Free University of Berlin, gaining her doctorate. Between 2001 and 2003, she was a research assistant in the Chair of Comparative Politics at the University of Erfurt. She completed her studies in political science, history of Eastern and South-Eastern Europe and Slavic Studies at the Ludwig-Maximilian University in Munich with a Magistra Artium degree. Andrea Despot acquired her regional expertise at Harvard University, Graduate School of Arts and Sciences, where she also earned a master of arts degree. In 2007, Dr. Despot was visiting lecturer at the University of Helsinki, Finland; since Summer Semester, 2009, she has been a lecturer at the John F. Kennedy Institute for North American Studies at the Free University of Berlin, where she teaches foreign policy and security issues as well as international contemporary history. She regularly gives lectures and acts as chairperson in panel discussions and conferences.

 **Verena Dortschy**

In her capacity as project manager at the European Academy Berlin, Verena Dortschy is responsible for organising fact-finding visits and conferences. In this context she was in charge of this year's Danube Floating Conference, a new concept in the EU Danube region strategy (EUSDR). Ms. Dortschy studied Arabic, Islamic and Iranian studies at the Free University of Berlin, in Damascus (2005) and in Teheran (2007). Prior to this, from 2012 until 2014, as programme coordinator, she managed Transformation Partnership Programmes provided for reforming countries in the Arab world, operated by the Federal Foreign Office Training for International Diplomats unit, in cooperation with the European Academy Berlin and was responsible for the programme alumni network and press and public relations. From 2008 to 2011, she organised various further training seminars for international diplomats at the Federal Foreign Office, such as the International Diplomats Programme (IDP), an initiative implemented in cooperation with the BMW Stiftung Herbert Quandt and The German Council on Foreign Relations (DGAP).

 **Dr. des. Martin Ebeling**

Dr. des. Martin Ebeling's fields of expertise are European integration and democracy promotion. In 2015 he was a seminar director at European Academy Berlin and was responsible for designing and conducting seminars on the principles of good governance. The seminars are constitutive elements in the Academy for Good Governance and Empowerment in Europe (AGREE) and the Academy for Good Governance programmes, which receive the kind support of the Federal Foreign Office. These projects also incorporate Georgia, Morocco and the Republic of Moldova, as participants in bi-national and tri-national seminars at the Academy. Before working for a PhD in philosophy from the Goethe University of Frankfurt on Main, Martin Ebeling studied at the Free University of Berlin, the University of Potsdam and New York University. His research explores the ability of democratic systems to transform political disagreement into rationally and morally acceptable outcomes. Before joining the European Academy Berlin, Martin Ebeling worked for the United Nations Development Programme (UNDP), as appraiser for the Federal Ministry of Economic Development and Cooperation of Germany (BMZ), and in the Brussels office of a Member of the European Parliament.

 **Stefanie Grothe**

Stefanie Grothe is back office manager at the European Academy Berlin and as such is responsible for all administrative tasks and fields. In conjunction with Tina Lißner, she forms the conference centre management coordination team. After completing a commercial vocational qualification she lived in the US for two years as an au pair, getting to know the country, the people and their culture. After returning to Germany she continued her studies in Berlin and successfully obtained a bachelor's degree in Business Administration. Stefanie Roemer has been working at the Academy since November 2009 in the areas of administration and payroll/personnel accounting. During 2015 Stefanie Grothe (née Römer) was on maternity leave.

 **Petra Günzer**

Petra Günzer has been working in the reception desk office at the European Academy Berlin since 2011. She is responsible for making reservations for hotel guest rooms, as well as for EAB meeting and event venues together with associated equipment. Whenever you are staying at the Academy, Ms. Günzer is on hand with help and advice; she is also available as a point of contact for information. After having worked professionally in the fashion design field and in sales and marketing, she undertook retraining in 2005 and gained qualifications as hotel and tourism specialist; since then she has been working in the hotel business.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Ina Hoppe**

Since March 2015, Ina Hoppe has been working as project assistant in the team of the European Academy Berlin. As part of this work, she contributes to organising the Academy for Good Governance and Empowerment in Europe (AGREE) project. From 2012 to early 2015, Ms. Hoppe completed a masters' degree in European Studies at the European University Viadrina in Frankfurt on Oder. Previously, she successfully completed a bachelor degree in Culture Studies at the University of Coblence, after having spent time abroad in South Africa.

 **Carolin Krauss**

Since 1996, Carolin Krauss has been responsible for managing events, including seminars and representational events for the purpose of political, economic and cultural exchange within Europe. A number of these events are held and managed on the spot, in the respective host country. She regularly organises specialised information visits for multiplier figures from abroad within the framework of the Federal Republic Visitors' Programme. Carolin Krauss serves as point of contact for representatives of the press and media partners. She has professional qualifications in translation and interpreting with a specialisation in technology.

 **Sina Lebert**

Sina Lebert works as project manager at the European Academy Berlin, in particular as part of the 'Baladiya - new paths in urban development' project, and in a project entitled "Europa in der Schule" - Lehrerfortbildungen in NRW ("Europe in schools" - teacher continued education and training in the federal state of North Rhine-Westphalia). She completed a B.A. degree in French, Oriental and Islamic Studies at the universities of Bochum in Germany and Tours in France. She then received funding from the German Academic Exchange Service (DAAD) for a joint German-Turkish Master's degree in European Studies at the European Viadrina University in Frankfurt on Oder and Bilgi Üniversitesi in Istanbul. Before joining the Academy, she had been working, amongst other positions, for the Goethe Institute in Brussels and as contract staff at the Federal Foreign Office, organising continuous education seminars for international diplomats.

 **Cathleen Lessnau**

Cathleen Lessnau has worked at the European Academy Berlin since 2010 in the finances department and is responsible primarily for company and project accounting, as well as salaries / wages and personnel accounting. She holds a bachelor qualification in trade and commerce, having worked amongst other positions as commercial clerk, executive management assistant and as head of accounting departments in small and medium-sized enterprises.

 **Gerhard Liepe**

Gerhard Liepe has been employed at the European Academy Berlin since 1994 as building supervisor and caretaker. He maintains and repairs conference and office equipment (public address systems, conference interpreting equipment, media equipment: video editing, recording, LCD projectors, computer work stations) and lays out conference and seminar venues. In addition, he carries out repair and maintenance work in the buildings and in the Academy grounds. Prior to being employed at the Academy, Gerhard Liepe worked as a building supervisor and technician at a Berlin publishing house. He is a qualified maintenance technician and studied mechanical engineering.

 **Tina Lißner**

Tina Lißner manages the reception desk office at the European Academy Berlin. She has graduate qualifications in hotel management / hotel administration and catering fields. After having qualified at the Radisson SAS Hotel in Berlin up to 1999, she spent five years in Switzerland working as receptionist for Leading Hotels of the World Group in Lucerne, St. Moritz and Ascona. Later, in order to increase her familiarity with the world, she worked on a cruise ship throughout Europe for six months before, in 2004, taking leave of absence and spending 10 months exploring Australia. Returning to Berlin, Tina Lißner graduated in hotel management and administration, and has been reception desk office manager in the European Academy since June 2007. Tina Lißner accepts hotel reservations, negotiates with potential conference and seminar organisers and manages bookings for hotel rooms and conference centre locations. In addition, she supports hotel guests during their stay at EAB.

 **Margarete Neckerauer**

Margarete Neckerauer has worked at the European Academy Berlin since 1999. In her function as finance officer she heads the finance department, with the areas of accounting, company and project accounting, project cost accounting, control management, as well as human resources and accounting. She is a certified management accountant, having worked for national and international companies as well as in project accounting subsidised by public funding. She completed a general studies course at the Free University of Berlin in mathematics, history and English.

 **Ruth Nießen**

Ruth Nießen has been working as a project assistant at the European Academy Berlin since December 2014. She assists in, amongst other things, organising the Academy for Good Governance which holds seminars several times each year as part of the German transformation partnership with the Republic of Tunisia. From 2008 to 2012 Ruth Nießen was studying for a bachelor degree in social work at Alice Salomon University of Applied Sciences in Berlin. Following on from this, she took a course of studies entitled Nonprofit-Management and Public Governance, jointly run by the Berlin School of Economics and Law and the Berlin University of Applied Sciences ITW, where she was awarded an M.A.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Before gaining her degree, Ms. Nielsen completed placements in several organisations, including the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ), during which she was involved in organising a ministerial visit to Western Africa, thus adding to lessons she had first learnt in international cooperation during a year abroad in Burundi.

### **Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz**

Since 2009, Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz has been a seminar director at the European Academy Berlin and in this capacity she designs, plans and carries out seminars, conferences and discussion events. Her focus of interest lies in particular on processes of Europeanisation, democratisation and transformation in central and eastern European countries, German and European policy towards eastern countries as well as on German-Polish relations. She studied International Relations at the University of Wrocław in Poland and Political Sciences at Otto-Suhr-Institut in the Free University of Berlin, where she also gained her doctorate in 2010. Since 2008, she has been lecturing in the Institute for East European Studies at the Free University of Berlin, addressing current European and integration policy topics. Weronika Priesmeyer-Tkocz regularly gives presentations, supports interactive knowledge dissemination processes and chairs panel discussions.

### **Aleksandra Przewoska**

Aleksandra Przewoska has been employed in the finance department at the European Academy Berlin since 2015 and is primarily involved in project accounting matters. In spring 2015 she successfully completed her professional training, qualifying as management assistant in event organisation at the Berlin Chamber of Commerce and Industry.

### **Ilona Rathert**

As project manager at the European Academy Berlin, Ilona Rathert organises seminars, workshops, face-to-face and other meeting formats. In particular, she also organises 'Baldiya – new paths in urban development', a project for North African urban planners which was launched in 2013. In addition, she coordinates and applies for funding through public institutions for seminar activities at the European Academy Berlin (for example, to the Federal Foreign Office, the Federal Agency for Civic Education or the European Commission), as well as to charitable foundations and other bodies. She organises conferences involving exchange and face-to-face meeting amongst a wide variety of national and international participants. Ilona Rathert studied Romance and Latin American studies at the universities of Marburg in Germany, Nantes in France and Berlin. She trained as a tri-lingual secretary and has been employed by the Academy since 1995.

 **Claudia Rehrs**

Claudia Rehrs has been working at the EAB since 2010 as project manager. Her tasks include organizing seminars, continuing education courses and conferences. The main focus of her work is on the Academy for Good Governance and Empowerment in Europe (AGREE) project, which was established by the Federal Foreign Office with the aim of supporting democratic transformation in Ukraine. Claudia Rehrs continues also to organise a variety of conference-type meetings for European lay judges and justices, civic education seminars for members of the Federal Armed Forces as well as varying seminars and workshops for young people from all over Europe. From 2004 to 2007, Claudia Rehrs read Cultural Studies at the Europa University Viadrina in Frankfurt on Oder. In May 2010, she completed her academic studies at the universities of Göttingen in Germany, Olomouc in the Czech Republic and Pune in India and received an M.A. in Euroculture. Prior to university, Ms. Rehrs worked for one year in Geneva, after her first degree she worked in Ireland for one year.

 **Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte has been Director of the European Academy Berlin since 1993; he is also the managing member on the executive board of the body maintaining the EAB, the Verein (association) known as „Europäische Akademie Berlin e. V.“ He represents the Academy in external affairs and to the various organs of the association. In his capacity as director of the Academy, he is responsible for coordinating and directing theoretical, educational and administrative matters in all the various fields at the Academy. In addition, he organises personally his own seminars. At the European Academy Berlin, Professor Stratenschulte is responsible for a project entitled ‚Europäische Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen (ELIN)‘, Continuing Education for Teachers on Europe in North-Rhine Westphalia. Professor Stratenschulte regularly publishes articles and books on European and social policy issues. He is a lecturer in Political Sciences at the Free University of Berlin. Prof. Stratenschulte read Politics, German Studies and Sociology and on conclusion of his studies received an M.A. degree in sociology, State qualification for teachers at secondary schools, and a doctorate.

 **Victoria Szeib**

In 2011, Victoria Szeib completed a period of practical training in the European Academy Berlin as part of her degree studies. Since 2013 she has been working in the finance department and is primarily involved with project accounts. In November 2012, she completed her studies at the Berlin Hochschule für Technik und Wirtschaft (University of Applied Sciences) and received a Bachelor of Arts degree in business administration.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## The team of the EAB

### Heads

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte  
Dr. Andrea Despot

### Seminar team

Dr. Mechthild Baumann  
Dr. Elisabeth Botsch  
Oksana Cheban  
Ute Böhr  
Verena Dortschy  
Dr. des. Martin Ebeling  
Ina Hoppe  
Carolin Krauss  
Sina Lebert  
Ruth Nießen  
Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz  
Ilona Rathert  
Claudia Rehrs

### Reception and administration

Beate Blasum  
Stefanie Grothe  
Petra Günzer  
Tina Lißner

### Finances

Cathleen Lessnau  
Margarete Neckerauer  
Aleksandra Przewoska  
Victoria Szeib

### Catering, housekeeping and technician

Beate Ahrens  
Natalie Allenberg  
Eva Blasczyk  
Hannah Gathimba  
Stefanie Lewandowski  
Gerhard Liepe  
Andrea Liepe-Hoops  
Ines Mann  
Ute Scheutzow  
Dennis Schubert  
Lydia Zgodda

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

---

**VIII. Members of the registered association (institutions and persons)**

---

**VIII**

IX

---

## VIII. Members of the registered association (institutions and persons)

The European Academy Berlin derives its legal identity from the Europäische Akademie Berlin e. V., a registered association\* (e. V.), which includes the following institutions and persons:

### Natural persons:

**Dr. h. c. Erik Betterman**, former Director of Deutsche Welle  
**Eberhard Diepgen**, Lawyer, former Governing Mayor of Berlin  
**Dieter Ernst**, former State Secretary, former spokesperson for the Board of Berlinwasser International  
**Dr. Peter-Jörg Klein**, Lawyer  
**Markus Löning**, owner, Human Rights und Responsible Business  
**Petra Merkel**, President of the Internationaler Bund IB, former Chairwoman of the Budget Committee of the Federal Parliament  
**Hubertus Moser**, former Chairman of the Managing Board and Board of Directors of Landesbank Berlin  
**Dr. Gero Pfennig**, Lawyer and Notary public, Berlin  
**Walter Rasch**, Managing partner of HPE Development GmbH, Chairman of the Federal Association of Private Housing and Real Estate Companies e. V. (BFW); former Minister in Berlin  
**Dagmar Roth-Behrendt**, Lawyer, former Vice President of the European Parliament  
**Prof. Dr. Gerhard Sabathil**, European External Action Service, Director, Directorate I B East Asia, Australia and the Pacific, Brussels  
**Christian Schmidt**, Minister, Federal Ministry of Food and Agriculture, Member of the German Parliament  
**André Schmitz**, former Secretary for Cultural Matters of Berlin, Chairman of the Schwarzkopf Foundation  
**Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**, Director of the European Academy Berlin  
**Klaus Wowereit**, former Governing Mayor of Berlin

### Corporate entities:

**Berliner Volksbank eG**  
represented by Dr. Holger Hatje, Chairman of the Board  
**Deutsche Telekom AG**  
represented by Fritz Uwe Hofmann, Head, political representation of interests division

### Managing Committee:

**Dr. Peter-Jörg Klein**, Committee Chair  
**Petra Merkel**, Committee Deputy Chair  
**Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**, Committee Deputy Chair, Managing Committee Member

### Cash auditors:

**Markus Löning**  
**Alexander Longolius**

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

**IX. Die Europäische Akademie Berlin im Spiegel der Presse**

**IX**

## IX. Die Europäische Akademie Berlin im Spiegel der Presse

### Außerschulische Bildung 1/2015, Buchrezension von Eckart D. Stratenschulte

#### Siegfried Frech/Olaf Groh-Samberg (Hrsg.): Armut in Wohlstandsgesellschaften



Schwalbach/Ts. 2014,  
Wochenschau Verlag, 221 Seiten

VON ECKART D. STRATENSCHULTE In seinem Buch über den Deutschen Bundestag bewahrt Roger Willemsen den Satz des damaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Martin Lindner auf, es gebe eine Armutsdefinition, die dafür Sorge, dass es niemals keine Armut gebe. Mit dieser Aussage wollte Lindner keinen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte leisten, sondern gegen die Behauptung polemisieren, es gebe überhaupt nennenswerte Armut in Deutschland. Hierzu passt dann auch sein Satz: „Es gibt in Deutschland eine Zunahme an Armutsberichten, aber keine Zunahme an Armut.“

Ein positiver Effekt des Ausscheidens der FDP aus dem Deutschen Bundestag könnte sein, dass Martin Lindner jetzt Zeit hat, den von Siegfried Frech und Olaf Groh-Samberg herausgegebenen Sammelband zur Armut in Wohlstandsgesellschaften zu lesen.

Dieses Büchlein, 220 Seiten im kleinen Format, gibt einen guten Überblick über den Armutsdiskurs in Deutschland und die Ausprägungen von Armut in Wohlstandsgesellschaften. Das Buch ist der Reihe „Basisthemen Politik“ des Wochenschau-Verlags erschienen, einer äußerst verdienstvollen Reihe, die dem Leser Gelegenheit gibt, sich in überschaubarer Zeit seriös mit einem Thema zu beschäftigen. Gerade für Menschen in der Weiterbildung, die notorisch wenig Zeit haben und sich oftmals schnell in ein Thema einarbeiten müssen, sind die Reihe und dieses Buch gut geeignet.

Schon in der Einführung der Herausgeber sowie im ersten Beitrag von Stefan Hradil wird man auf den Unterschied zwischen absoluter Armut, die es nicht ermöglicht, die physischen Grundbedürfnisse zu befriedigen, und relativer Armut, die nicht zum Hungern zwingt, aber von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt, hingewiesen. Relative Armut beginnt, wo Menschen über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. Insofern hat Lindner sogar recht: Relative Armut wird es auch in einer reichen Gesellschaft so lange geben, wie eine große Einkommens- und Vermögensungleichheit besteht.

Also alles nicht so schlimm? Die Erkenntnisse der Autoren, die sich mit der Entwicklung von Armut und Reichtum seit 1945 (Ernst-Ulrich Hauser), mit dem diskriminierenden Prekariat (Klaus Dörre), mit dem Zusammenhang von Armut und Gesundheit (Martin Karlsson/Sarah Oko-ampah), mit der Armut von Kindern (Christoph Butterwegge), mit der Armut im Alter (Claudia Vogel/Harald Künemund), mit der Verfestigung von Armut (Olaf Groh-Samberg), mit der Armut in Europa (Roland Verwiebe) sowie mit Strategien der von Armut Betroffenen (Anna Eckert/Andreas Willisch) und der Zukunft der Sozialpolitik (Roland Verwiebe) beschäftigen, sprechen eine andere Sprache.

Nicht jeder, der wenig Geld hat, ist „arm“, da es auch Menschen gibt, die auf Materielles freiwillig verzichten, ihre persönlichen Prioritäten anders setzen und am gesellschaftlichen Diskurs durchaus partizipieren. Man spricht in der Wissenschaft daher auch nicht von „Armut“, sondern vom „Armutsrisko“. Aber es gilt: Vom Armutsrisko betroffene Menschen sind weniger gesund und sterben früher, Armut vererbt sich von Generation zu Generation und es gibt mittlerweile eine Schicht von der gesellschaftlichen Entwicklung Abgekoppelter, die in ihrer eigenen Welt leben.

Die Beiträge des Buches sind engagiert geschrieben, aber sie verlassen nicht den Boden wissenschaftlicher Solidität, sie skandalisieren die soziale Entwicklung in Deutschland nicht, aber sie sezieren sie.

Der politischen Bildung können die Befunde des Sammelbandes nicht gleichgültig sein. Zum einen werden hier die Werte des Grundgesetzes spätestens dann nachhaltig verletzt, wenn Armut und Perspektivlosigkeit von der einen auf die nächste Generation weitergegeben werden, weil allerspätestens dann nicht eingewandt werden kann, jeder sei seines Glückes Schmied. Zum anderen ist hier eine soziale Schicht entstanden, die politisch abstinent ist, dieses aber nicht für immer bleiben muss, und deren Hoffnungslosigkeit von talentierten Demagogen ausgebeutet werden könnte.

Es gibt also gute Gründe, dieses Buch zu lesen. Der Stil und die Länge der Beiträge machen das auch nicht schwer.

**EL DIARIO**  
MONTANÉS

▶ 30 Enero, 2015

PAÍS: España  
PÁGINAS: 12  
TARIFA: 5503 €  
ÁREA: 705 CM<sup>2</sup> - 60%

FRECUENCIA: Diario  
O.J.D.: 27390  
E.G.M.: 147000  
SECCIÓN: CANTABRIA



Joachim Bleicker, alto funcionario alemán, el embajador Peter Tempel, el alcalde Íñigo de la Serna y Charles Powell, del R.I. Elcano. :: CELEDONIO

## «España está creciendo y también la confianza de los ciudadanos»

El embajador de Alemania, Peter Tempel, cree que Grecia se avendrá a cumplir sus compromisos con Europa

:: JESÚS SERRERA

SANTANDER. «Hay que dar tiempo al nuevo Gobierno griego para que conozca la realidad del país y también la necesidad de las reformas estructurales que deben acometerse en toda Europa. Ya se han iniciado conversaciones del Parlamento y del Consejo de Europa con Grecia y el próximo 12 de febrero habrá una cumbre de jefes de Estado y de Gobierno que abordará es-

tas cuestiones», dijo ayer el nuevo embajador de Alemania en España, Peter Tempel, presente en el Palacio de la Magdalena para inaugurar un seminario del Real Instituto Elcano centrado en el país germano.

Con la tradicional cautela diplomática y en el incipiente español que ha aprendido desde que tomó posesión del cargo, en septiembre pasado, Tempel mostró un cierto optimismo sobre el futuro del país heleno en el seno de la Unión Europea. «Grecia ha recibido de Europa dos paquetes de ayudas muy importantes, 240.000 millones de euros. El 30% de esa cantidad la prestó Alemania y España también ha contribuido de forma importante, de modo que Grecia debe estar dispuesta a

asumir sus compromisos y responsabilidades y eso es lo que se verá en las negociaciones con la UE», explicó el embajador, que ha ostentado la máxima representación de Alemania en Bruselas durante los últimos cuatro años.

Peter Tempel declinó pronunciarse acerca de «cuestiones internas de España», por ejemplo sobre las expectativas electorales de Podemos tras la rotunda victoria de Syriza en Grecia. Pero su análisis fue elocuente: «España no tiene nada que ver con Grecia. En España se constata una tendencia positiva de crecimiento, en el Producto Interior Bruto y en el empleo, como consecuencia de las reformas que se han llevado a cabo estos últimos años, y eso hace

crecer también la confianza de los ciudadanos. Veremos cómo evoluciona esa tendencia a lo largo del año hasta las elecciones generales».

Una de las difíciles obligaciones de los diplomáticos alemanes es defender a su país y a su canciller, Angela Merkel, de las críticas sobrevenidas por la capacidad de presión en la toma de decisiones europeas que le otorga su poderío económico. «No, no es fácil -admite Tempel- pero lo que debemos comprender es que todos los países de Europa nos enfrentamos al mismo desafío: sostener la Seguridad Social y los servicios públicos, contener la deuda, crear empleo... También Alemania ha tenido que acometer reformas estructurales para los próximos diez años».

¿Por qué los alemanes son como son? Todo un debate

:: J. S.

SANTANDER. ¿Por qué los alemanes son como son? Alemania desde dentro y vista desde España es el sugerente epígrafe del seminario que el Real Instituto Elcano desarrolla, ayer y hoy, en el Palacio de la Magdalena. Unos 40 participantes: altos cargos de la Administración y de las instituciones alemanas, profesores universitarios, analistas e investigadores del Instituto, comandados por su director, Charles Powell, y profesionales de la comunicación de ambos países.

Las perspectivas económicas, el presente y futuro de la unión monetaria, el funcionamiento de las instituciones, los modelos de Estado o las relaciones políticas en el seno de la Unión Europea centran buena parte de las ponencias. Pero también se someten a debate algunos tópicos de asuntos más livianos: «Alemanes admirados, pero rígidos; españoles atractivos, pero peligrosos. Cómo nos ven y cómo los vemos».

El alcalde de Santander, Íñigo de la Serna, dio la bienvenida a los participantes en el seminario con una exposición sobre los valores sociales, económicos y turísticos de la capital cántabra. «Y desde luego quiero decirles que en Santander no somos peligrosos y que les vamos a recibir con los brazos abiertos. El único peligro que hay para ustedes es que no quieran volverse a casa».

El alcalde habló sobre los ejes de progreso que Santander se propone impulsar a partir de la cultura y la innovación tecnológica, y en este capítulo subrayó el hecho de que en seis de los 18 proyectos de última tecnología que alienta el Ayuntamiento de Santander hay participación de empresas alemanas.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Medienvertreter in Santander am 29. und 30. Januar 2015

CANTABRIA El Mundo, 30.01.2015

**CANTABRIA**  
EL@MUNDO

▶ 30 Enero, 2015

PAÍS: España  
PÁGINAS: 4  
TARIFA: 426 €  
ÁREA: 237 CM<sup>2</sup> - 20%

FRECUENCIA: Diario  
O.J.D.: 3629  
E.G.M.: 15000  
SECCIÓN: CANTABRIA



## Foro sobre las relaciones con Alemania, en La Magdalena

SANTANDER

*¿Por qué los alemanes son como son?* es el sugerente título de unas jornadas que, patrocinadas por el Real Instituto Elcano, se desarrollan en el Palacio de la Magdalena. *Alemania desde dentro y vista desde España* es el concepto sobre el que han girado unos debates en los que han participado expertos tanto germanos como hispanos. El alcalde de Santander, Iñigo de la Serna, participó ayer en el cónclave.



Participantes en el foro que sobre la Justicia en la UE se celebró en el Palacio de La Magdalena de Santander. RAÚL LUCIO

# Berlín no afloja con Atenas

Alemania niega que esté dictando la política europea, pero emplaza a Grecia a que acate los compromisos que adquirió como contrapartida a las ayudas

**Santander.** Javier CUARTAS "Alemania no quiere ser el director gerente" del euro ni de la Unión Europea, dijo en Santander Joachim Bleicker, subdirector de la sección Europa en el Ministerio de Asuntos Exteriores de Alemania, durante un seminario organizado en la capital cántabra por el Real Instituto Elcano y la Europäische Akademie Berlín (Academia Europea de Berlín). Pero Alemania, dijeron todos los representantes del Gobierno, del parlamento, de la legación diplomática y del Bundesbank (el banco central del país) asistentes a la reunión, sí quiere ejercer el papel de "ayudar a la reflexión" de cuál es el camino correcto para salir de la crisis, la fortaleza de la eurozona, la continuidad del euro y el futuro de Europa.

En esta formación de voluntades consensuadas por los socios cabe, dijeron, el contraste de pareceres, las discrepancias y el debate —"también lo hay en Alemania", precisó Helmut Heiderich, miembro del Comité Presupuestario del Parlamento alemán y de la formación CDU, que preside la canciller, Angela Merkel— pero para las autoridades y la sociedad germanas no son admisibles los incumplimientos de los pactos y los compromisos ya asumidos ni las decisiones unilaterales. El aviso a Grecia fue constante. La portavoz del Bundesbank, Annette Grütner, sintetizó cuál es el talante alemán y el que también recae de sus socios del euro: "El Bundesbank no ve necesaria la expansión monetaria que acaba de aprobar el Banco Central Europeo (BCE) y mantenemos una posición crítica, pero acatamos la decisión".

La crítica a la próxima fabricación de 1,14 billones de euros fue recurrente pero aún más las advertencias a Grecia, el socio discoloro cuyo nuevo Gobierno no reconoce a la "Troika" (FMI, BCE y UE) como interlocutor y desafia el pago de la deuda del país. "Grecia ha recibido dos paquetes de ayudas muy importantes" de sus socios (240.000 millones, de los que Alemania aportó el 30%) "y la devolución de estos recursos no está en cuestión", sentenció el embajador alemán en España,

Peter Tempel. "La contrapartida a las ayudas europeas a Grecia es que el país ejerza su responsabilidad y asuma la continuidad de los compromisos", añadió.

Alemania invoca que los pactos hay que cumplirlos: "Los acuerdos son vinculantes cuando se deciden entre todos. Es fundamental para que el proyecto sea pilotable", sostuvo Tempel. "En el euro la política monetaria se decide en el ámbito europeo mientras que las políticas social y presupuestaria se hacen en cada país. Por lo tanto, es imprescindible que se cumplan las reglas comunes que decidamos entre todos para coordinar las políticas nacionales", argumentó el diplomático.

Bleicker (Asuntos Exteriores) también fue taxativo: "El Gobierno griego tiene que actuar de forma responsable. La UE quiere ser solidaria con Grecia pero la UE necesita que al otro lado haya un socio que asuma su responsabilidad". Para Bleicker, "no será bueno que alguien pretenda permanecer de forma sistemática al margen del consenso". "Siempre habrá un ten con ten para buscar decisiones compartidas". Pero, una vez decididas, sugirió, no deben ser eludibles de forma unilateral.

El parlamentario Heiderich desveló que en 1998 era evidente que "Grecia no cumplía los cuatro requisitos impuestos para entrar en el euro" y que "misteriosamente", y de repente, los cumplió. El parlamento alemán no fue tenido en cuenta entonces y esta es la razón, alegó, por la que, tras descubrirse en 2009 el engaño estadístico de Atenas, la cámara legislativa germana reclama "tener la última palabra" en cualquier decisión que sobre el euro pueda pactar el Gobierno alemán y que afecte a la política presupuestaria nacional, competencia indisociable, reclamó, del parlamento del país.

La percepción en muchos países de que en Europa manda Merkel es, para las autoridades alemanas, un reduccionismo inexacto. "No sólo es Alemania. Otros países (Finlandia, Austria, Holanda...) defienden políticas económicas análogas para la eurozona", indicó Martin Langer, agregado de la embajada alemana en España. Y ni tan siquiera en Alemania Merkel tiene plenos poderes. No sólo porque el parlamento se reserva la "última palabra" en asuntos que afecten a las cuentas públicas y porque la canciller es "una moderadora entre los 16 estados federales" del país, como apuntó María Luise Löper, directora-general del departamento para los Asuntos Federales y Europeos en la Cancillería del Senado de Berlín, sino también —indicaron varios representantes germanos— porque la ciudadanía alemana ve con extrema preocupación las decisiones que afectan al

Representantes de las más importantes instituciones germanas defienden el euro y la Unión Europea • "La devolución del dinero que ha recibido Grecia no está en cuestión", señalan



La canciller alemana, Angela Merkel, y el primer ministro griego, Alexis Tsipras.

euro y que puedan estar cuestionando sus ahorros y sus pensiones públicas y privadas.

Con todo, Alemania quiere el euro y una Europa unida. Y lo desea por interés propio: "Somos importantes en Europa pero en solitario somos muy pequeños en el mundo", dijo Bleicker. En similares términos Heiderich proclamó: "Todos queremos seguir con el euro común. Lo necesitamos para el futuro y los europeos debemos estar juntos". La visión alemana no es la imposición sino concebir el euro "como una tarea en común", afirmó el embajador Tempel. Y Bernd Odörfer, portavoz del Tribunal Constitucional alemán, corroboró: "Queremos una Europa unida".

Desde esta remarcada vocación europeísta, la apelación alemana a que Grecia acate las mayorías y los compromisos asumidos por sus Gobiernos precedentes fue reiterada. Heiderich tampoco dio margen al nuevo primer ministro heleno, Alexis Tsipras, líder de Syriza: "Hemos llevado un gran volumen de dinero a Grecia y las deudas ya se le redujeron a la mitad. También hemos perdonado intereses. No tiene sentido otra quita cuando hemos dado muchos años para que devuelvan el dinero. Pero cada Gobierno puede decidir si sigue o no".

Alemania está persuadida no sólo de la necesidad de cumplir los compromisos asumidos. También lo está de que la receta apli-

cada en Grecia hasta ahora es la correcta y la mejor para los griegos: "Es muy importante que Grecia continúe su camino de reformas. Su economía ya crece y empieza a tener superávit en su balanza", indicó el embajador alemán en España. "Grecia tiene que decidir ser competitivo", señaló el parlamentario Heiderich. "Tenemos una moneda común que nos protege, pero es condición que reduzcamos la deuda porque, en caso contrario, buena parte de nuestros impuestos los tendremos que destinar a pagar intereses y no a otros fines", sostuvo Tempel. Aún más, Europa, a causa del envejecimiento de su población "va a tener que hacer más esfuerzos para garantizar la Seguridad Social". Y además precisa ganar competitividad respecto al resto del mundo "para que podamos mantener e incluso mejorar el nivel de vida de nuestros pueblos", indicó Heiderich.

Bleicker alegó "los retos de la globalización": "El mundo no espera a que Europa tome decisiones, que a veces hacemos de forma lenta. Tenemos que hacer ajustes fiscales. Las deudas deben ser sostenibles". El ajuste de la deuda, precisó, "es buena para crear oportunidades y que no haya una generación perdida. Es condición previa para el crecimiento".

España, dijo Bleicker, "es un ejemplo" de que la terapia que defiende Alemania y sus aliados "da resultado". Aludía así a los seis trimestres consecutivos de crecimiento del PIB español. Pero para Alemania las tareas pendientes para España aún son importantes. El peso de la industria en el PIB español es del 15%, dijo Tempel. "Es interesante pero no es suficiente. Sólo con innovación de nuevos productos podremos hacer un salto cualitativo", diagnosticó.

Hay otras asignaturas pendientes: la deuda pública en Alemania, señaló, es el 75% del PIB del país y en España, de casi del 100%, y el déficit fiscal español (en torno al 5,5% en 2014) sigue siendo superior al aumento del PIB (1,4%).

El rechazo alemán a la próxima "fabricación" de euros por el BCE fue persistente: "La expansión monetaria es política fiscal. Es un bono sin interés", sentenció Benjamin Weigert, secretario general del Consejo Asesor de Sabios Economistas, un grupo de especialistas que son independientes del Gobierno. "La expansión monetaria es tiempo comprado y no evitará que tengamos que crear estructuras sólidas de forma estable", abundó Tempel. Y el Bundesbank no ve ni la necesidad ni la oportunidad ni el acierto de la inminente expansión cuantitativa del BCE. El Bundesbank, dijo su portavoz, Annette Grütner, no ve riesgo de espiral deflacionaria ("es muy poco probable"), la actual desinflación la juzga pasajera, la "eficacia de la expansión monetaria" es en su opinión "cuestionable", percibe el riesgo de que genere "burbujas" de activos y de que facilite a los países "postergar las reformas" y no aprecia tampoco la justificación de "falta de liquidez" porque la "situación actual" es, afirmó, "la contraria".

Polígono Industrial de Olloniego  
Oviedo - Asturias

**VENTA DE NAVE INDUSTRIAL en perfecto estado**

Parcela 877 m<sup>2</sup>  
Nave adosada compuesta por planta baja y primera planta  
Superficie total construida 658,50 m<sup>2</sup>  
Planta baja se destina a almacén, aseos y vestuarios. Planta primera se destina oficinas.

(Concurso 44/2012 JM nº 2 de Oviedo)

Más información en  
concurso.garcialobo@lener.es  
Tfno. 985 20 70 00  
y web de la AC [www.lener.es](http://www.lener.es)

I  
II  
III  
IV  
V  
VI  
VII  
VIII  
IX

## Iberdrola invertirá más de 40 millones en alargar la vida de su térmica en Asturias

La compañía aplicará un sistema de reducción de emisiones para evitar el cierre de la central de Lada en 2023, al igual que EDP en Aboño y Soto

**Oviedo, Pablo CASTAÑO**  
Asturias seguirá siendo una potencia en producción eléctrica con carbón. El pasado noviembre EDP-HC anunció una inversión de 100 millones de euros para prolongar la vida útil de sus centrales térmicas de Aboño y Soto de Ribera y ahora es Iberdrola la que llevará a cabo una "importante" inversión —que superará los 40 millones de euros según las primeras estimaciones— para que su central de carbón de Lada supere los nuevos requerimientos medioambientales que fija la Unión Europea (UE).

La continuidad de las centrales de carbón es muy importante para Asturias ya que las grandes industrias instaladas en la región (Arcelor-Mittal, Alcoa, Asturiana de Zinc...) son intensivas en consumo de electricidad. Por eso saltaron las alarmas cuando desde la UE se exigieron nuevos requisitos medioambientales a las térmicas. Las centrales de carbón están obligadas a realizar mejoras antes 2016 para reducir sus emisiones contaminantes de óxido de nitrógeno (NOx) si no quieren que su producción sea restringida y se programe su cierre definitivo antes de 2023. Tras un periodo de incertidumbre, los temores se están disipando. EDP-HC construirá plantas de desnitrificación en las centrales de Aboño y Soto de Ribera e Iberdrola se ha decantado ahora por una solución alternativa para que las emisiones de NOx a la atmósfera en su central de Lada, en Langreo, sean inferiores a 200 microgramos/metro cúbico, como fija la transposición de la normativa de la UE.

Fuentes de la compañía vasca explicaron que en grupo IV de la central de carbón de Lada se lle-



La central térmica de Lada, en Langreo. | J. R. SILVEIRA

vará a cabo "una intervención técnica" consistente en la flexibilización y estratificación de la combustión, y en la aplicación de sistemas de inyección de aire OFA (overfire air) y, lo más importante, de inyección de amoníaco y urea para eliminar el

NOx, una técnica de reducción selectiva no catalítica denominada con el acrónimo inglés SNRC. Está basada en la reducción química de la molécula de NOx a nitrógeno molecular (N<sub>2</sub>) y vapor de agua (H<sub>2</sub>O). Se logra con un agente reductor (reactivo), como

el amoníaco o la urea, que se inyecta en el gas después de la combustión del carbón. Es un proceso químico selectivo que precisa, como obra principal, la instalación de inyectores dentro de la caldera de la central.

Fuentes de Iberdrola señalaron que con esa "intervención técnica" que se iniciará este año se logrará "reducir las emisiones por debajo de los 200 microgramos sin necesidad de construir una planta de desnitrificación". La cuantía de la inversión está sin cerrar pero los estudios previos llevados a cabo desde la central de Lada estimaban una inversión de entre 40 y 50 millones de euros.

### La desulfuradora

En la última década Iberdrola ha invertido más de 100 millones de euros en el grupo IV de central de Lada, en único que permanece activo. Más de 60 millones de euros se gastaron en una planta desulfuradora para reducir las emisiones de dióxido de azufre (SO<sub>2</sub>) y otros 40 se destinaron a mejorar la eficiencia operativa de la instalación. Se renovaron las torres de refrigeración, los motores de la turbina principal y de las auxiliares y se sustituyó el condensador de la central. También se llevaron a cabo trabajos para mitigar el impacto sonoro de la central en Langreo, con la colocación de pantallas acústicas a la altura de la caldera.

Además, Iberdrola tiene en marcha actualmente las obras de derribo del viejo grupo termoelectrico III de Lada, que fue clausurado al no cumplir con la anterior normativa medioambiental que fijaba reducciones de emisiones de SO<sub>2</sub> a la atmósfera.

## Los asturianos se ahorrarán 187 millones con la rebaja del IRPF, según el Gobierno

Oviedo, P. C.

La rebaja del Impuesto sobre la Renta de las Personas Físicas (IRPF) incluida en la reforma fiscal del Gobierno de España, que ha entrado en vigor en enero, supondrá un ahorro de 187 millones de euros para los 535.606 declarantes que hay en Asturias durante los dos próximos años.

El ahorro para los asturianos ascenderá en 2015 a 146 millones de euros, aunque el impacto de la reforma sumará el año que viene otros 41 millones adicionales por una nueva reducción de los tipos de gravamen, según informó ayer la Delegación del Gobierno en Asturias.

El Gobierno apunta que la rebaja media en el IRPF se sitúa en el 12,5 por ciento, aunque el 72 por ciento de los contribuyentes, los de rentas bajas y medias, tendrá una reducción del 23,5 por ciento gracias al "fuerte carácter progresivo" de la reforma.

Asimismo, destaca los nuevos incentivos fiscales incluidos en el nuevo IRPF para las familias numerosas y los contribuyentes con personas con discapacidad a su cargo, ya sean ascendientes o descendientes, por el que podrán deducir 1.200 euros anuales por cada circunstancia. Esta deducción puede pedirse que sea aplicable por anticipado mensualmente. A partir de ayer el cobro anticipado de estas deducciones podrán solicitarse no solo por vía telemática (posible desde el pasado 7 de enero) sino también desde la propia oficina de la Agencia Tributaria. Hacienda calcula que el colectivo potencialmente beneficiado alcanza los 750.000 contribuyentes en todo el país.

### ANÁLISIS

## La discrepancia alemana

La emisión de euros del BCE no tiene justificación para Berlín, que cree que sólo servirá para poner la política monetaria al servicio de la fiscal

Javier CUARTAS

La expansión monetaria que lanzará el Banco Central Europeo (BCE) es una medida de política monetaria. Pero es tan extraordinaria que cuando se recurre a ella es porque la política monetaria ordinaria (reducción del tipo oficial de interés a casi cero, facilidades de crédito y subastas de liquidez) ha fracasado.

Cuando Alemania y su banco central (Bundesbank) dicen que fabricar euros no es política monetaria sino fiscal no se están refiriendo a la naturaleza de la me-

didada (que es monetaria) sino a la finalidad subrepticia que desde su óptica intuyen en la decisión.

Para el Bundesbank el fracaso de las medidas monetarias ordinarias ejemplifica que tampoco serán eficaces las extraordinarias porque, a su entender, no es el momento de las políticas de demanda sino de las de oferta, con reformas y ajustes para volver al crecimiento virtuoso. Para Alemania, la desinflación es pasajera, el riesgo de deflación es bajo y no hay escasez sino abundancia de liquidez. Y, si tales condiciones no se dan, y además el euro se

está depreciando por el rearme del dólar, la lógica de Berlín conduce a la conclusión de que se está recurriendo a la política monetaria para hacer a hurtadillas política fiscal desde el BCE.

Según su tesis, se recurre a la fabricación de dinero (un receta aparentemente indolora) para abaratar la financiación de los estados con la compra de su deuda y para que los Gobiernos eludan y pueda orillar las medidas desagradas para contener los déficit presupuestarios, restablecer el equilibrio, reducir la deuda pública y replantear el crecimiento del

PIB sobre bases más sólidas y saneadas que competen a su política fiscal. Se parte de la concepción de que la expansión monetaria es una medida narcotizante de la economía y que genera los mismos efectos eufóricos temporales que los estupefacientes y el alcohol y que, como éstos, tiene efectos secundarios y propicia comportamientos de riesgo.

La visión ortodoxa alemana ve en tales estímulos una suplantación de la política fiscal porque la inyección de dinero genera ilusión de riqueza, la fabricación de inflación reduce el peso de las

deudas, y la revalorización de activos acrecienta los ingresos fiscales nominales, todo lo cual permite postergar las reformas y eludir los problemas —que en realidad sólo se aplazan— mientras se generan otros nuevos: erosión del valor del dinero, depreciación del ahorro, gestación de fuerzas inflacionarias que acabarán destruyendo empleo, vulneración de la independencia del BCE y perversión de la autonomía monetaria (cuyo fin es el control de la inflación) poniéndola al servicio de fines presupuestarios.

El temor alemán nace de que no hay compartimentos estancos y de que todos los factores y variables están interrelacionados, de modo que las políticas fiscal, monetaria y cambiaria, siendo distintas, interactúan y sus resultados también, por lo que es factible recurrir a una de ellas para influir en cualquiera de las otras.

EL FUTURO DE EUROPA



# Mamá Merkel o el márketing de la competitividad

**Alemania vive inquieta**, con sentimiento de culpa y en permanente justificación, su papel de timonel de la UE ≡ **Un seminario** retrata el espíritu germano de poder y su relación con España



NICOLÁS Espada

«La sensación de muchos alemanes es que si mamá Merkel está, nada malo pasará». La frase de Walter von Plettenberg, director gerente de la Cámara de Comercio alemana en España, puede resumir buena parte del sentir germano en unos momentos en que la maquinaria europea sigue flojeando y Alemania intenta (y quiere) llevar el timón. Pero más allá de los sentimientos, los alemanes saben que son el país más importante de la UE y tienen una mayor responsabilidad, lo cual es sinónimo de fuerza y poder. Les obliga a estar ante una permanente justificación de su rol y lo venden como un espíritu por la competitividad y la estabilidad presupuestaria europea.

Estas sensaciones se transmitieron en Santander en un seminario organizado por el Real Instituto Elcano junto a la Academia Europea de Berlín bajo el título *¿Por qué los alemanes son como son?* Políticos, investigadores, profesores, periodistas y técnicos fueron desgranando cómo es Alemania desde dentro y cómo se ve desde aquí.

Para España, el país más importante en la UE es Alemania. Para los alemanes, España es el segundo, después de Francia. Tradicionalmente, ambos países han ligado su éxito al proyecto comunitario. Para España es fundamental cómo Alemania conciba su papel en el euro. También lo es para Alemania. Según Carmen González, investigadora de Elcano, ambos países se valoran mucho aunque, eso sí, «son di-



PALACIO DE LA MAGDALENA

►► **En Santander**► Mesa del seminario sobre las visiones de Alemania celebrado en el Palacio de la Magdalena.



PALACIO DE LA MAGDALENA

►► **Peter Tempel**► Embajador alemán en España.

ferentes pero complementarios». Alemania es el país más admirado en España, pese a que los entrevistados en una reciente encuesta hecha por González dicen que es un país «rígido» y «se equi-

so la reestructuración del sistema financiero, el 52%, la reforma laboral, y el 44%, los recortes de los servicios públicos. Se asegura que Merkel es buena para Alemania y mala para España y

que ella frena la recuperación económica española.

## Trabajadores pero pobres

Alemania tiene buena imagen de España, no habla de desgobierno ni de corrupción sino que lo que ocurre es culpa de «los bancos, de las autonomías y de la población». Ven a nuestro país «serio y responsable», y a los españoles «confiables, democráticos, trabajadores, pacíficos, solidarios y tolerantes» pero «adicionales, pobres y religiosos».

En el seminario, los alemanes pusieron de manifiesto un sentimiento de culpa por liderar el euro, de ahí que todos ellos, incluido el embajador en España, Peter Tempel, mostraran una permanente justificación. Eso sí, de sus labios salieron frases elo-

cuentes. Benjamin Weigert, del Consejo Asesor de Sabios Economistas del Gobierno alemán hizo estas tres afirmaciones: «En el mercado laboral alemán, los empleos marginales (*mini-jobs*) no han sido la clave de la mejora en el desempleo»; «La inmigración en Alemania es económicamente rentable. Sin ella, no se lograría pagar la jubilación»; «No se puede decir hoy que Alemania gaste poquísimo dinero, sino todo lo contrario».

Frente a los que acusan a Alemania de no ser generosa con los débiles, los germanos lanzan una campaña por la competitividad para que la UE aumente el crecimiento. El diputado de la CDU Helmut Heiderich lo resumía: «No es correcto decir que Alemania obliga a ahorrar. Quiere que todos los países sean competitivos y por eso ayudamos con programas a los más débiles». Annette Grüttner, del Bundesbank, remachaba: «La creación del euro

**Embajador Tempel: «El euro nos pretege, pero las políticas deben diseñarse de forma más estrecha»**

no era solo sobre estabilidad, sino sobre prosperidad».

Lo que parece evidente es que «Alemania se ve (o quiere transmitir esa imagen) como una economía pequeña y abierta pero es grande y lidera la unión monetaria», como dijo Federico Steinberg, de economía internacional de Elcano, pero «no puede haber sistemáticamente centro y periferia en el ámbito político dentro de la UE» (Ignacio Molina, investigador de Elcano).

«El plan Juncker es un buen inicio pero la inversión pública sigue siendo insuficiente» (Miguel Otero-Iglesias, de Elcano), una reflexión que quedó en el seminario porque todos los europeos creen que Europa debe invertir más para que le vaya mejor a la gente. No en vano, dijo Molina que, según el eurobarómetro, «los únicos europeos que sienten que no han perdido poder son los alemanes». Por algo será. ≡

I  
II  
III  
IV  
V  
VI  
VII  
VIII  
IX

# Por qué los alemanes son tan inflexibles

La victoria de Syriza hace crecer en Alemania el miedo a que la eurozona se descontrola

LEONCIO GONZÁLEZ  
REDACCIÓN / LA VOZ

A diferencia de España, donde es frecuente que jubilados y profesionales o trabajadores en la frontera de la jubilación tengan vivienda en propiedad, lo corriente en Alemania es que las personas en esa situación vivan de alquiler. Eso las empuja a ahorrar, en ocasiones de forma compulsiva, para que la salida del mercado laboral no entrañe a la vez la pérdida del hogar.

Un hecho en apariencia tan insignificante ayuda, sin embargo, a entender mejor que muchas teorías lo que para no pocos socios europeos es un inmovilismo insoportablemente rígido y doctrinario de la República Federal. El creciente declive demográfico ha convertido al colectivo de los mayores de 50 años en una fuerza social de primera magnitud, con la capacidad de fabricar y fulminar mayorías electorales. El ahorro que generan tiene consecuencias macroeconómicas negativas en el plano doméstico ya que debilita el consumo y menoscaba la inversión. Pero, además, tiene una notable resonancia política. Las franjas de edad más avanzadas se han convertido

en un grupo de presión que condiciona al Gobierno y limita su margen de maniobra en Europa.

Un ejemplo reciente lo ilustra. La inyección de liquidez decretada por el BCE para aligerar el peso de la deuda, prevenir una espiral deflacionaria y estimular el crecimiento ha creado tantos sarpullidos entre los alemanes porque temen que traiga consigo un aumento de la inflación y que esta devore parte de sus ahorros, privándolos del colchón de seguridad atesorado para la vejez. El malestar, explica Walter von Plettenberg, director gerente de la Cámara de Comercio de Alemania en España, tiene raíces profundas. Desde que se introdujo el euro los fondos de pensiones no han dejado de perder rentabilidad en Alemania. Los que contaban con esos ingresos para cubrir el alquiler al jubilarse se han convertido en una legión irritada que conmina al Gobierno a no darles la espalda.

Von Plettenberg es uno de los [ponentes reunidos por la Academia Europea de Berlín y el Real Instituto Elcano](#) en Santander para hablar de las relaciones hispano-germanas en un momento de especial ebullición en la UE tras la victoria de Syriza en

Grecia. Y no es el único que intenta desmentir la existencia de una deriva autoritaria en Alemania. Cada vez son más los alemanes con «miedo» a que la eurozona se «descontrole», perjudicándolos, y por eso fuerzan la mano para que el Gobierno sea «precavido» y no permita desviaciones de las «reglas comunes pactadas», afirma el portavoz del Tribunal Constitucional alemán, Bernd Odörfer.

Es muy difícil separar esta inseguridad de fondo de las convicciones que defiende la *Große Koalition* y que, según el embajador de Alemania en España, Peter Tempel, se resumen del siguiente modo: los 1,14 billones de euros que introducirá el BCE en la economía europea siguiendo la estela del Quantitative Easing aplicado en su día por la Reserva Federal de EE.UU. permiten «comprar tiempo» pero no re-

solverán los problemas de la eurozona si los países no lo aprovechan para disminuir deudas y déficits. «Esa reducción es la precondición para recuperar el crecimiento», asegura. «Europa necesita más reformas, no más dinero», apunta en la misma dirección la representante del Bundesbank, Annette Grütner.

La prueba, comentan sin fisuras la totalidad de los ponentes germanos asistentes al seminario, es España. El retorno de nuestro país al crecimiento «es el mejor ejemplo de que las reformas conducen al éxito», afirma el secretario general del Consejo de Sabios, Benjamin Weigert. En su opinión, «el proceso lleva su tiempo y tardará unos años en verse, como sucedió en su día en Alemania», pero está bien encaminado, debería consolidarse e incluso servir de modelo a otros países del sur cuya economía renquea.

La inquietud que causa la posibilidad de que la eurozona se aparte de este camino tras la victoria de Tsipras o la de que esta desbroce la llegada de Podemos al Gobierno español y cambie el rumbo reformista impuesto por Rajoy es tan grande como la admiración y la simpatía que despierta España. Hemos consegui-

do salir de la sima entre el norte y el sur que se abrió en la opinión pública alemana al inicio de la crisis y somos ahora mismo el país europeo más apreciado allí, solo por detrás de la propia Alemania, según los datos que aporta la investigadora del Elcano y miembro del Observatorio de la Imagen de España, Carmen González Enríquez. Los alemanes nos ven como un socio responsable, casi a la par que Francia, sostiene.

¿Supone, pues, la irrupción de Podemos y su promesa de invertir la trayectoria de España un motivo añadido para que Berlín bloquee una renegociación benéfica para el nuevo Gobierno griego? No se niega abiertamente, pero en los pasillos se recomienda al que pregunta que dirija la vista a Finlandia, donde también hay elecciones dentro de unos meses. Descartada de plano la idea de la quita, la relación de las condiciones pactadas con Atenas para que pueda aumentar el gasto público se ve como un incentivo demasiado apetitoso para la extrema derecha finlandesa. Por razones históricas que no se escapan, en Alemania este escenario preocupa tanto como la suerte del alumno aventajado del sur.

*Berlín pone a España como ejemplo de que las reformas son la solución*

## Tsipras puede anunciar hoy que no cumplirá todas sus promesas el primer año

El Gobierno se reunió ayer para preparar la propuesta que presentará en Bruselas

ATENAS / EFE

El primer ministro griego, Alexis Tsipras, presentará hoy en el Parlamento el programa de Gobierno con el que espera convencer a los socios europeos para que le concedan un crédito puente hasta la firma de un acuerdo definitivo dentro de dos meses. El discurso será el pistoletazo de salida al debate de tres días que concluirá el martes con el voto de confianza al nuevo Ejecutivo. Según fuentes gubernamentales citadas por *Tò Vima*, se espera que en su discurso, que terminó ayer con su equipo económico, Tsipras hable sin rodeos sobre los problemas de la negociación con los socios europeos. Por ese motivo, según las mismas fuentes, cabe esperar que anuncie que el Gobierno no podrá cumplir todas sus promesas en el primer año y que lo hará en dos fases.

La primera se centraría en combatir la crisis humanitaria,

uno de los pilares del denominado programa de Salónica que, entre otros aspectos, ofrece luz gratuita, vales de comida y bonos de transportes para los más pobres. Este plan, que costaría unos 2.000 millones de euros, sería financiado mediante una mejor lucha contra la evasión fiscal.

Según el asesor del programa económico, Yanis Miliós, el Estado griego pierde anualmente 12.000 millones de euros por el contrabando, la evasión fiscal y las deudas a Hacienda. El objetivo es recobrar anualmente 4.000 millones de ese total.

En una segunda fase, que se desarrollaría a lo largo de un período más largo de tiempo, se crearían las condiciones para la aplicación del nuevo contrato social planteado por Tsipras. Las mismas fuentes confían en que la línea que esbozará el primer ministro sirva para llegar a un compromiso con Bruselas el miércoles.



El ministro estrella sonríe. Varufakis habla por teléfono a su llegada al Parlamento para la reunión del Gobierno. K. TSIRONIS REUTERS

Dijsselbloem se opone a establecer la financiación puente que reclama Atenas

LA HAYA / DPA

«Nosotros no hacemos financiación-puente», declaró el jefe del Eurogrupo, Jeroen Dijsselbloem, citado por la agencia Bloomberg, en relación con la propuesta que está ultimando el Gobierno griego y que pretende ganar tiempo hasta el mes de mayo. Dijsselbloem quiere que haya claridad sobre la futura política económica de Grecia antes de mitad de mes, según indicó ayer en La Haya un portavoz del Ministerio de Finanzas holandés. «Necesitamos un marco de tiempo para la actuación futura. Yo no lo calificaría como ultimátum», se defendió de las acusaciones lanzadas por Atenas.

Según se supo ayer, Alexis Tsipras viajará el lunes a Viena, donde se entrevistará con el canciller austriaco Werner Faymann. El Gobierno austriaco está formado por una coalición de conservadores y socialdemócratas que en el pasado se mostró reticente al deseo de Grecia de suavizar los términos del rescate.

[www.berlin.de](http://www.berlin.de), 13.03.2015

## Delegation aus der Ukraine, Georgien und Moldau im LAGeSo



Bild: LAGeSo

Auf Initiative des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland führt die Europäische Akademie Berlin in der Zeit vom 15. Februar bis zum 21. März 2015 Seminare für zwölf leitende Verwaltungsvertreter aus der Ukraine, Georgien und Moldau durch. Das Seminarprogramm trägt den Arbeitstitel „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)“ und sieht zahlreiche Fachgespräche mit Amtspartnern in Berlin, Potsdam und Hannover vor. Auf Anfrage von Frau Dr. Despot, stell. Leiterin der Europäischen Akademie, organisierte das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) am 13. März einen Fachvortrag für die hochrangigen ukrainischen, georgischen und moldauischen Delegierten. Neben der Vorstellung des Aufbaus und Aufgabenspektrums des LAGeSo war die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die die Arbeit des Landesamtes prägt, Bestandteil des Vortrages.



Bild: LAGeSo

Die Seminarteilnehmer wirkten interessiert mit und ermöglichten – unterstützt durch zwei Simultandolmetscherinnen – eine lebendige Fachdiskussion. Frau Dr. Despot bedankte sich für die Organisation des fruchtbaren Fachaustausches im LAGeSo, der auf Wunsch der ausländischen Gäste zeitlich verlängert wurde.

### Hintergrundinfo:

Das deutsch-ukrainische Projekt AGREE wird seit 2014 umgesetzt und verfolgt das Ziel, ukrainischen Vertretern aus Politik und Verwaltung einen praxisbezogenen Erfahrungsaustausch in Deutschland zu ermöglichen und so den Transformationsprozess in der Ukraine zu unterstützen.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## **Fachforum Europa: "Es geht nicht mehr primär um die Informationsvermittlung"**

Über neue Herausforderungen für die Europabildung sprach JUGEND für Europa auf dem Fachforum Europa mit Prof. Dr. Eckardt Stratenschulte, Direktor der Europäischen Akademie Berlin.



**JfE: Gab es im Rahmen des diesjährigen Jugendforums in Dresden Themen, die für Sie als langjährigen Profi in der Vermittlung von Europa-Informationen neu und anregend waren?**

**Prof. Dr. Stratenschulte:** Ja, eine ganze Reihe sogar. Es gibt doch vielfältige Projekte und Initiativen und zwar von staatlicher Seite und auch aus der Graswurzelbewegung heraus. Das alles in einer Zusammenschau zu erleben, fand ich sehr spannend.

**JfE: Was konnten Sie den Teilnehmenden an wichtigen Anregungen mit auf den Weg geben?**

Nun, wir – die Europäische Akademie Berlin – haben über 50 Jahre Erfahrung im Bereich „Europa vermitteln“. Da kann man sicherlich das eine oder andere weitergeben. Dazu gehört auch: Europa und der Europaunterricht müssen Spaß machen. Und: Keine Angst vor Kritik. Europapolitische Bildung ist keine PR-Veranstaltung und man tut der Europäischen Union keinen Gefallen, wenn man eine realistische Beschäftigung mit ihr ausklammert. Und auch wenn es jetzt nicht die eine Message war, die wir vermittelt haben, so war es doch wichtig, Erfahrungen auszutauschen.

**JfE: Die Krisen in Griechenland und in der Ukraine rütteln an den Grundfesten der Europäischen Union. Wirken sich diese Umstände auf die Vermittlungsarbeit der Europäischen Akademie aus?**

Ja, denn so traurig das ist: Das Interesse an Europa und an europäischen Themen wird größer. Durch die Krisen wird auch deutlich, dass wir nur im Zusammenhalt in der Lage sein werden, Probleme gemeinsam zu lösen. Jetzt wird im Zusammenhang mit Griechenland sehr stark diskutiert: Was sind die Voraussetzungen für Zusammenhalt? Also Solidarität ist ja kein Vertrag auf der Basis von Wohlfahrt sondern auf Gegenseitigkeit. Solchen Themen kommen jetzt sehr stark in den Fokus. Das heißt für uns in der europäischen Bildung: Es wird eine stärkere Konzentration auf europäische Themen und auf die Grundfragen der europäischen Integration geben.

**JfE: Was ändert sich dadurch an der Europa-Bildung?**

Geändert hat sich schon, dass es nicht mehr primär um die Informationsvermittlung geht. Die Informationen sind alle da. Sondern es geht darum, Schneisen durch den Wald zu schlagen, damit man sich dort überhaupt noch zurecht findet. Es geht also um Informationsmanagement und um die Verdeutlichung für die Teilnehmer, wo sie sich selbst einbringen können. Die Menschen wollen Europa nicht nur verstehen, sie wollen Europa mitgestalten, weil sie merken, dass Europa sie mitgestaltet. Das hat sich in den letzten Jahren deutlich geändert.

**JfE: Was an Europa macht nach Ihrer Erfahrung gerade für junge Menschen besonders interessant?**

Auf der einen Seite natürlich die vielen Vorteile: Das freie Reisen und das ganze Erasmus-Programm, das ein Super-Erfolg ist. Die meisten jungen Leute, und nicht nur die Akademiker, wissen: Wenn sie eine Chance haben wollen, das Leben einigermaßen so zu gestalten, wie sie es leben wollen, dann hat das auch Rahmenbedingungen, die wir nur noch im europäischen Kontext gestalten können.

**JfE: Wie lässt sich diese Erkenntnis in die Bildungsarbeit einbauen – und zwar so, dass die Jugendlichen die neu gewonnenen Erkenntnisse auch für sich selbst umsetzen können?**

Also wir in der Europäischen Akademie machen beispielsweise Zukunftsworkshops und lassen die jungen Leute zusammenstellen, wie sie sich ihr Leben 2030 oder 2040 vorstellen. Erst mal ganz unpolitisch – und dann kann man Stück für Stück erarbeiten: Wie werden diese Rahmenbedingungen eigentlich geschaffen? Dann stellt man sehr schnell fest, der Nationalstaat ist nicht mehr Regelungsrahmen dafür. Die einzige Möglichkeit, da mitzugestalten, ist im europäischen Kontext. Diese Vermittlung von der ganz persönlichen Zukunftsplanung bis hin zu der Frage „wie kann ich sie realisieren?“, das macht Europa jenseits der üblichen Fragen für die Bildungsarbeit interessant.

**JfE: Wie kann ich diese Themen an weniger gut ausgebildete junge Menschen heran bringen?**

Eigentlich in der gleichen Art und Weise. Denn unabhängig von der Ausbildung haben sie bestimmte Zukunftsvorstellungen: Glücklich sein, sauberes Trinkwasser, Sicherheit – das sind ja allgemein gültige Wünsche und Ansprüche. Daran kann man auch bei Jugendlichen in niedrigeren Bildungsstufen deutlich machen, dass das alles nur noch in europäischen Zusammenhängen realisierbar ist.

**JfE: Ist es sinnvoll, jungen Menschen Europa über die emotionale Schiene näher zu bringen, oder bekommen wir dann den Brückenschlag zu den rationalen Erklärungen nicht mehr hin?**

Wir bestehen ja alle aus Emotionen und aus Ratio. Deshalb gehört auch beides dazu. Und deshalb setzen wir in der Europäischen Akademie nach wie vor – übrigens wie vor 50 Jahren – auch auf Begegnungsseminare. Man trifft sich, man trinkt abends einen Wein zusammen, man tauscht sich auch jenseits des formalen Seminars aus. Ich finde die emotionale Komponente sehr wichtig! Dazu kommt: Wenn wir die emotionale Schiene nicht ansprechen, dann ist die unbedient und wird von irgendwelchen Populisten angesprochen. Und das ist das Allerletzte, was wir gebrauchen können.

**JfE: Man hat ein bisschen das Gefühl, dass die Europa-Idee bei jungen Menschen nicht richtig weiter kommt. Hängt das vielleicht auch damit zusammen, dass sich inzwischen viel zu viel ums Geld dreht?**

Vieles ist ja für junge Menschen selbstverständlich. Dazu gehört zum Beispiel die Friedensgarantie. Die ist zwar durch die Ukraine-Krise ein wenig angeknackst, aber man macht sich über solche Themen ja kaum noch Gedanken. Das ist die Basis. Aber es besteht natürlich auch die Gefahr, dass der Kitt, der Europa zusammen hält, ein wenig in der öffentlichen Wahrnehmung fehlt. Den können wir auch nicht dadurch wieder herstellen, dass wir immer wieder die alten Zeiten beschwören.

Stattdessen muss man deutlich machen, dass die Europäische Union nicht nur eine Antwort auf die Probleme des 20. Jahrhunderts war, sondern dass sie auch eine Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist. Das können wir nur gemeinsam. Dabei ist dann wichtig, dass die anderen, mit denen wir das zusammen machen, zwar anders sind aber auch spannend, und dass wir zusammen alles in allem ein ganz gutes Team sind.

**JfE: Was ist für Sie ganz persönlich das Schönste an Europa?**

Die Vielfalt! Der Austausch, die unterschiedlichen Herangehensweisen – und das immer auf der Basis gemeinsamer Werte.

*Das Interview führte Jörg Wild für JUGEND für Europa  
Bild: David Ausserhofer*

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## Kolinda u Berlinu: Prvo sastanak s Gauckom i Merkel, onda predavanje na Europskoj akademiji

Piše: Hina  
utorak, 17. 3. 2015. 07:45



Foto: FAH

PREDSJEDNICA Republike Kolinda Grabar-Kitarović boravit će u utorak u posjetu Njemačkoj, gdje će se sastati sa svojim njemačkim kolegom Joachimom Gauckom i sa saveznom kancelarkom Angelom Merkel.

Posjet Njemačkoj događa se manje od mjesec dana nakon što je Grabar-Kitarović preuzela dužnost predsjednice.

Nju će najprije u dvorcu Bellevue u Berlinu, sjedištu saveznog predsjednika, primiti predsjednik Gauck, a nakon razgovora dvoje šefova država predviđen je i susret Grabar-Kitarović s kancelarkom Merkel.

### Kolinda i Merkel o bilateralnim i europskim pitanjima

Kako je priopćeno iz ureda savezne kancelarke, teme razgovora Merkel i Grabar-Kitarović bit će bilateralna i europska pitanja. Dvije državnice razgovarat će i o aktualnim zbivanjima u jugoistočnoj Europi.

Predsjednica Grabar-Kitarović pred večer će u [Europskoj akademiji Berlin](#) održati predavanje o Hrvatskoj i Europskoj uniji.

Ovo je drugi inozemni posjet predsjednice Grabar-Kitarović, nakon što je početkom ožujka boravila u Bosni i Hercegovini. Njezin prethodnik Ivo Josipović boravio je u posjetu Njemačkoj u siječnju 2011., a njemački predsjednik Gauck posjetio je Hrvatsku u prosincu 2012.

## PREDSJEDNICA KOLINDA GRABAR-KITAROVIĆ U NJEMAČKOJ 'Tito je bio diktator'



ODN. ANIMIRANJE

Autor: [Hina](#)

Objavljeno: 17.03.2015

"Potpora Njemačke isplatila se", rekla je Grabar-Kitarović u predavanju u Europskoj akademiji u Berlinu osvrćući se na proces stjecanja neovisnosti, obranu i put Hrvatske u Europsku uniju.

Pristup Europskoj uniji ima učinka, možda ne tako brzo kao što smo se nadali, ali danas imamo transparentnije tržište i sustav stabilnosti, rekla je hrvatska predsjednica.

Sudjelujući u raspravi nakon predavanja i odgovarajući na brojna pitanja, rekla je između ostaloga da će Titova bista iz predsjedničkih dvora biti uskoro premještena na drugo mjesto.

Grabar-Kitarović je govorila u prepunoj dvorani **Europske akademije**, pred diplomatima, predstavnicima različitih udruga među kojima su bili i hrvatski studenti iz Berlina, a među slušateljstvom su bili i doajen diplomatskog zbora u Berlinu, papinski nuncij u Njemačkoj **Nikola Eterović** i bivši hrvatski ministar financija Ivan Šuker.

Prijetila se natjecanja za pjesmu Eurovizije u Zagrebu 1990., iste godine kad su održani prvi demokratski izbori u Hrvatskoj. Od tada, mnogo toga se promijenilo, iako je prošlo mnogo vremena dok su se ostvarili neki od ideala europskog zajedništva što ih je tada u pjesmi "Insieme" spominjao **Toto Cutugno**, rekla je Grabar-Kitarović, napominjući da još uvijek ostaju i problemi.

Hrvatska je, podsjetila je, prošla dvostruku tranziciju, onu od diktature u demokratsko društvo i onu iz stanja rata u stanja mira i odgovornosti za susjedstvo.

Posebnu pozornost posvetila je Bosni i Hercegovini, rekavši kako podržava tu državu kao zajednicu ravnopravnih naroda.

"Bosna i Hercegovina je država koja ne funkcionira dobro", naglasila je, podsjetivši kako Hrvatska ustraje na suverenosti, teritorijalnoj cjelovitosti i političkoj neovisnosti BiH, brinući se i za tamošnje Hrvate.

"Zaštita Hrvata u BiH naša je ustavna obveza", podsjetila je, pozvavši građane BiH da se dogovore kako će izgraditi svoju zemlju.

Hrvatska će dati svoj doprinos napretku zemalja u jugoistočnoj Europi, a otvorena pitanja sa susjedima trebaju se riješiti, rekla je hrvatska predsjednica.

"Želimo pomoći susjedima da uštede na vremenu", rekla je govoreći o spremnosti Hrvatske da pomogne zemljama jugoistočne Europe na njihovu putu u EU i NATO.

"Snaga europeizacije", perspektiva europskog zajedništva i napredak u suradnji znači i da se stranice povijesti trebaju zatvarati kako bi se otvorile nove", ustvrdila je, istodobno se usprotivivši podizanju novih zidova u Europi.

Govoreći o položaju Hrvatske u Europi, Grabar-Kitarović je spomenula potrebu hrvatskog doprinosa rješavanju zajedničkih problema, kao što su borba protiv terorizma i trgovine ljudima, ali i sudjelovanje u zajedničkom napretku, posebice glede energetske budućnosti Europe. Naglasila je potrebu suradnje u području između Baltika i Jadrana, ustvrdivši kako taj prostor odlikuju kulturne veze i gospodarski interesi, odnosno šanse koje tim zemljama zajedno stoje na raspolaganju.

Na pitanje iz publike o potrebi za lustracijom i o sudbini Titove biste u predsjedničkim dvorima, Grabar-Kitarović je podsjetila na politiku predsjednika **Franje Tuđmana** koji se zauzimao za nacionalno jedinstvo zbog potrebe za obranom zemlje. Poručila je da je pitanje lustracije pogodnije za vladu nego za predsjednicu Republike, napomenuvši kako ona ipak radije razgovara o pitanjima o budućnosti nego o temama iz prošlosti.

"Tito je bio diktator", rekla je na pitanje o Titovoj bisti, naglasivši kako će ona biti uklonjena iz predsjedničkih dvora i, kao umjetničko djelo, smještena na prikladno mjesto, vjerojatno u njegovu rodnom kraju.

"Svaka zemlja ima pravo odlučivati o svojoj sudbini", rekla je upitana o sudbini Ukrajine i njezinim europskim perspektivama, ustvrdivši pak da je krizu u Ukrajini teško riješiti, ali da nema vojnog rješenja.

U razgovoru s publikom, predsjednica Grabar-Kitarović govorila je i o potrebi demografske obnove koja uključuje stvaranje radnih mjesta za mlade kao i stvaranje uvjeta da mogu osnovati obitelji, a ponovila je i poruku iz predizborne kampanje da se zauzima za pravo dopisnog glasanja, kao i da veliki broj političkih stranaka nije nužno loš za demokraciju ako je omogućena stabilnost političkog spektra.

Broj preporuka: 26

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

[www.hrsvijet.net](http://www.hrsvijet.net), 18.03.2015

---



Hrvatska predsjednica Kolinda Grabar Kitarović izjavila je u utorak tijekom predavanja u [Europskoj akademiji u Berlinu](#) kako je je Tito bio diktator, te da će njegova bista iz predsjedničkih dvora na zagrebačkom Pantovčaku uskoro biti premještena na drugo mjesto.

“Tito je bio diktator”, rekla je odgovarajući na pitanje o Titovoj bisti, naglasivši kako će ona biti uklonjena iz predsjedničkih dvora i, kao umjetničko djelo, smještena na prikladno mjesto, vjerojatno u njegovu rodnom kraju, prenosi Hina.

*>> Joachim Gauck: Želimo zajedno raditi na boljoj suradnje između Njemačke i Hrvatske*

Podsjetimo, Kolinda Grabar Kitarović je u utorak boravila u jednodnevnom nastupnom posjetu Njemačkoj gdje se, između ostalih, susrela s njemačkim predsjednikom Joachimom Gauckom i kancelarkom Angelom Merkel.

[www.bnr.bg/horizont/](http://www.bnr.bg/horizont/), 25.03.2015


Начало

Общество

Политика

Икономика

Култура

Музика

Спо

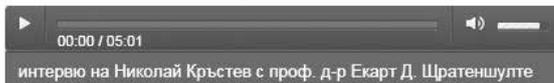
## България е важна в конструкцията на Европейския съюз и заради сложната ситуация с Украйна според проф. д-р Екарт Д. Щратеншулте

публикувано на 25.03.15 в 12:35 / 33 преглеждания

Автор: Ирина Недева Хор



проф. Екарт Д. Щратеншулте и Таня Михайлова  
Снимка: Дипломатически институт към МВНР



интервю на Николай Кръстев с проф. д-р Екарт Д. Щратеншулте

Проф. д-р Екарт Д. Щратеншулте е завършил политически науки, германистика и социология. Той е директор на Европейската академия в Берлин от 1993 г. В това си качество е и член на изпълнителния борд на Управителния орган на Европейската академия в Берлин. Той е представител на Обединението на Европейските академии в Берлин. В качеството си на директор на Академията той е отговорен за координацията и управлението в теоретичен, педагогически и административен аспект на всички сфери на дейност на Европейската академия. Проф. Щратеншулте организира и провежда и допълнителни мероприятия, сред които и свои собствени семинари. Гост-преподавател е по европейска интеграция в отдела за политически и обществени науки на Берлинския свободен университет. Всяка година той е лектор в Зимното училище по дипломация, организирано от Дипломатическия институт към Министъра на външните работи.

Разговорът на Николай Кръстев с проф. д-р Екарт Д.

Щратеншулте за предаването "Хоризонт до обед" можете да чуете в звуковия файл.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

FORUM bei Inforadio (rbb), 30.03.2015

Das FORUM mit Dietmar Ringel

**Das gelähmte Land - der Kosovo zwischen Aufbruch und Hoffnungslosigkeit**

2008 hat sich der Kosovo für unabhängig erklärt, damit ist er der jüngste Staat Europas. Viele Hoffnungen, die damit verbunden waren, haben sich aber nicht erfüllt. Bis heute hängt der Kosovo finanziell am Troppf der EU, Verwaltung und Justiz sind von Korruption geprägt, Arbeitslosigkeit und Armut sind immer noch erschreckend hoch. Viele Kosovaren, vor allem junge, verlassen deshalb ihr Land, auch in Richtung Deutschland. Die EU fordert von der Kosovo-Regierung, dringende Reformen in Angriff zu nehmen und ihren europäischen Kurs fortzusetzen. Aber - hat das Aussicht auf Erfolg? Wie sieht die Zukunft des Kosovos aus? Welche Verantwortung hat Europa dabei? Und welche Rolle spielen die anderen Balkan-Staaten, allen voran Serbien?

**Gäste:** **Vjollca Hajdari**  
Politologin, Redakteurin bei EurActiv.de  
**Helmut Königshaus**  
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages  
**Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**  
Leiter der Europäischen Akademie  
**Terry Reintke**, MdEP  
Delegation für die Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo

**Moderation:** **Dietmar Ringel, Inforadio (rbb)**  
Eine Veranstaltung der Europäischen Akademie Berlin mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit Inforadio (rbb)

**Wo?** **Europäische Akademie Berlin**  
Bismarckallee 46-48, 14193 Berlin

**Wann?** **Montag, 30. März 2015, 19:00 Uhr**

Sendetermin: Sonntag, 12.04.2015 um 11:05 und 20:05 Uhr im Inforadio (rbb)  
Änderungen vorbehalten

Das FORUM mit Harald Asef

**Armenien 1915: Die ungelöste Last des 1. Weltkrieges**

War es ein Völkermord oder „nur“ eine Vertreibung mit unzähligen Toten? Die Bewertung des Vorgehens der Regierung des Osmanischen Reiches gegen die Minderheit der Armenier vor einhundert Jahren ist vor allem in der Türkei ein umstrittenes Thema. Die unterschiedlichen Deutungen belasten das Verhältnis zwischen den Menschen in Ostanatolien und dem Transkaukasus, aber auch in der weltweiten Diaspora. Die Ereignisse von 1915 haben sich tief eingegraben in das jeweilige Selbstverständnis der Türken, Kurden und Armenier. Lässt sich anhand der historischen Quellen heute eine gemeinsame Sprache für die Gräueltaten finden? Warum kam es überhaupt zu den Maßnahmen gegen die Armenier und welche Rolle spielten dabei die Großmächte und ihre Politik im 1. Weltkrieg? Wie wird heute das kulturelle Erbe in der Republik Armenien und in den ehemaligen Siedlungsgebieten in der Türkei gepflegt? Und welche Chancen der praktischen Zusammenarbeit gibt es in einer Region, die alles andere als stabil ist?

**Gäste**  
**Dr. Rolf Hofsteld**  
Historiker und Wissenschaftlicher Leiter Lepsiushaus, Potsdam  
**Jürgen Gottschlich**  
Journalist und Autor des Buches "Beihilfe zum Völkermord, Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier", Istanbul  
**Dr. Raffi Kantian**  
Vorsitzender der Deutsch-Armenischen Gesellschaft, Berlin  
**Dr. Ali Söylemezoğlu**  
Verein "Dialog für Frieden e.V.", Duisburg

**Moderation**  
**Harald Asef, Inforadio (rbb)**  
Eine Veranstaltung der Urania Berlin in Zusammenarbeit mit Inforadio (rbb)

**Wo?**  
**Urania Berlin**  
An der Urania 17, 10787 Berlin  
Eintritt: Normalpreis: 7,00 €, ermäßigt: 6,00 €

**Wann?** **Donnerstag, 23. April 2015, 17:30 Uhr**

Sendetermin: Sonntag, 26.04.2015 um 11:05 und 20:05 Uhr im Inforadio (rbb)  
Änderungen vorbehalten

## RECHTSSTAATSREFORM IN DER UKRAINE STAND UND PERSPEKTIVEN

Podiumsdiskussion

20. April 2015, Berlin

In Kooperation mit dem  
Europäischen Akademie  
Berlin.

Bericht:  
Aksana Yankovich

Fotos:  
Dirk Enters

Der Aufbau des demokratischen Rechtsstaats in der Ukraine gehörte zu den zentralen Forderungen des Majdan. Rechtsstaatlichkeit, eine unabhängige Justiz und die Bekämpfung der Korruption sind Meilensteine der dazu notwendigen Reformen. Eine entsprechende Verfassungsreform zur Durchsetzung dieser Reformen steht bis heute aus.

Der ukrainische Bürgerrechtler, Publizist und diesjährige Träger des Lew Kopelew Preises, Evgeny ZACHAROV gab im Rahmen der Podiumsdiskussion „Rechtsstaatsreform in der Ukraine. Stand und Perspektiven“ eine Einschätzung der bisherigen Maßnahmen zur Reformierung der ukrainischen Verfassung. Präsident Poroschenko ist mit dem ambitionierten Ziel angetreten, bis Ende 2015 die Verabschiedung einer neuen Verfassung zu gewährleisten. Eine Verfassungskommission mit 60 Vertretern hat bereits vielfach getagt. Dabei gibt es, so Zacharov, sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie groß der Reformbedarf ist. Während die einen sich lediglich auf einige Änderungen am jetzigen Verfassungstext konzentrieren möchten, vertreten andere Kommissionsmitglieder die Meinung, dass die Ukraine eine neue Verfassung braucht. Auch Zacharov selbst hält eine neue Verfassung für erforderlich, zumal die Verfassungsänderungen vom Dezember 2004 die rechtliche Lage nur verschlechtert habe. Dabei betonte er gleichzeitig, dass die Verfassungsreform nur dann zielführend sei, wenn neu verabschiedete Regelungen auch eingehalten würden. Auch das bisherige Verfahren zur Verabschiedung von Gesetzen bezeichnete Zacharov aufgrund des hohen politischen Drucks auf die Entscheidungsträger als problematisch. Obwohl erste Reformschritte schon vorgenommen wurden, sei die Korruption in vielen Bereichen weiterhin sehr groß – viele Ämter würden weiter gegen Bestechungsgeld gekauft, mittelständische Firmen hätten immer noch große Schwierigkeiten, sich gegen die Oligarchen durchzusetzen. Entsprechend groß sei die Skepsis gegenüber dem Reformwillen in der Bevölkerung. Trotzdem sei es notwendig, auch auf der Grundlage der heutigen Verfassung notwendige Reformen in Bereichen wie der Justiz, der Polizei und der Verwaltung durchzusetzen.



Caroline von Gall, Evgeny Zacharov

Die Kölner Juristin Caroline VON GALL hob positiv hervor, dass viele Bürger der Ukraine die politischen und rechtlichen Prozesse sehr aufmerksam und kritisch verfolgten. Dabei konstatierte sie zwei besonders positive Beispiele der Justizentwicklung in der Ukraine im vergangenen Jahr: Erstens sei dies die Wiedereinstellung des ukrainischen Verfassungsrichters Aleksandr Volkov, der gegen die Justizinstanzen in der Ukraine beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg geklagt hatte. Seine Wiedereinstellung symbolisiere für viele Beobachter die Entwicklung des ukrainischen Staates in die richtige Richtung. Zweitens sei dies das Gerichtsverfahren gegen Julia Timoshenko, in dem der Staat eingestanden habe, ein falsches Urteil gegen Timoshenko gefällt zu haben. Demgegenüber entspreche das Lustrationsgesetz nicht den Normen des Europaparlaments. Die Ukraine hole gute ausländische Expertise bei europäischen Institutionen ein, versäume es aber, relevante innenpolitische Akteure im Land stärker zu involvieren. Eine solide Justizreform erfordere Zeit. Dies gelte auch für die Verfassungsreform insgesamt. Die neue Verfassung solle die Grundlage für weitere Reformen bilden, daher dürften nach der Verabschiedung nicht gleich weitere Änderungen vorgenommen werden.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Die ukrainische Politikwissenschaftlerin Julia LANGBEIN konzentrierte sich in ihrem Kommentar auf die Bedingungen für einen Normentransfer aus der EU und die Durchsetzung des politischen und wirtschaftlichen Wettbewerbs in der Ukraine. Zwei innen- und außenpolitische Bedingungen seien dafür relevant: zum einen reformorientierte und gut organisierte Kräfte im Land und zum anderen eine starke Unterstützung seitens der Europäischen Union. Diese Voraussetzungen seien nur teilweise in der Ukraine gegeben. Die ukrainische Zivilgesellschaft sei sehr aktiv, aber die Verwaltungsstrukturen seien problematisch, was z.B. in der Frage der Vergabe von öffentlichen Aufträgen deutlich sichtbar werde. Die korrupten Praktiken der alten Eliten in den postsowjetischen Ländern seien insgesamt ein großes Hindernis für die Durchführung notwendiger Reformen. In dieser Situation müsse man realistisch sein und versuchen, mit den heutigen Eliten in der Ukraine zu verhandeln, um langsam nötige Reformschritte durchzusetzen. Politiker aus der EU sollten abwägen, welche Reformen schon heute in diesen Ländern durchgeführt werden könnten. Erforderlich sei nicht nur das Gespräch mit den NGOs, sondern auch mit den Regierenden. Die EU solle mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und den jeweiligen Eliten nachfrageorientiert verhandeln, wie dies beispielsweise auch bei Verhandlungen der EU mit Norwegen der Fall war. Dabei stelle sich die Frage, ob die Europäische Union bereit sei, die Reformen in den osteuropäischen Ländern tatsächlich zu unterstützen. Langbein konstatierte eine große Kluft zwischen den Erwartungen an die EU und

dem, was die EU anbieten könne. Auch die Unterstützung seitens der EU im Kontext der Östlichen Partnerschaft sei mangelhaft, wenn man diese mit der Unterstützung Polens vor dem EU-Beitritt vergleiche, obwohl die Ziele und Aufgaben des Assoziierungsabkommens gleich seien.

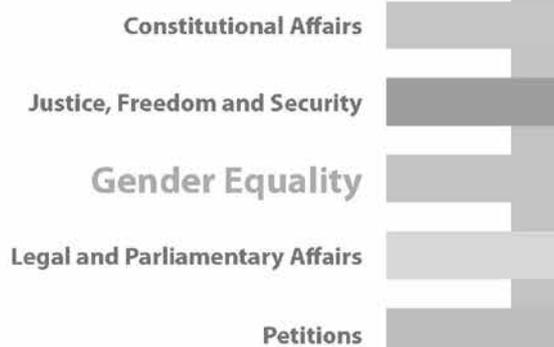


Caroline von Gall, Evgeny Zacharov, Weronika Priesmeyer-Tkocz, Julia Langbein

Auf die Frage der Moderatorin Weronika PRIESMEYER-TKOCZ, welche Art der Unterstützung die Ukraine von der EU erwarte, wies Zacharov auf die erhebliche nicht-finanzielle Unterstützung seitens der EU hin. Im rechtsstaatlichen Bereich arbeite die sogenannte EU-Mission seit zwei Jahren mit ukrainischen Experten zusammen. Als Leiter des Rates für die Reform der Miliz erläuterte Zacharov, dass Ziele und Aufgaben der Reform formuliert, Arbeitsgruppen gebildet und ein Aktionsplan erstellt werde, der später der ukrainischen Regierung vorgestellt werden müsse. Die Arbeitsgruppen erarbeiteten auch eine Umsetzungsstrategie. Diese Art der Unterstützung seitens der EU sei notwendig, weil gute Fachleute in der Ukraine fehlten. Notwendig sei auch, dass die EU mehr Kontrolle darüber ausübe, ob die Ukraine ihren Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen nachgehe. Die EU solle finanzielle Hilfe als Kontrollinstrument anwenden und dabei als strenger Partner auftreten.



DIRECTORATE-GENERAL FOR INTERNAL POLICIES  
**POLICY DEPARTMENT** C  
CITIZENS' RIGHTS AND CONSTITUTIONAL AFFAIRS



# The Policy on Gender Equality in Germany

In-depth analysis for the FEMM Committee

EN DE

2015



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

**IX**



**DIRECTORATE GENERAL FOR INTERNAL POLICIES  
POLICY DEPARTMENT C: CITIZENS' RIGHTS AND  
CONSTITUTIONAL AFFAIRS**

**WOMEN'S RIGHTS & GENDER EQUALITY**

**The Policy on Gender Equality  
in Germany**

**IN-DEPTH ANALYSIS**

**Abstract**

Upon request by the FEMM Committee, this note provides an overview of the gender-equality legislation and policies in Germany, focussing on their recent developments and achievements. It reviews gender equality in decision-making, in employment, reconciliation of private and professional life, strategies to combat violence against women and sexual and reproductive health rights. Germany has achieved some progress in gender equality, mainly in the area of employment. European legislation has acted as the main driver for legal improvements in equal treatment and anti-discrimination.

**DOCUMENT REQUESTED BY THE  
COMMITTEE ON WOMEN'S RIGHTS AND GENDER EQUALITY**

**AUTHOR**

Dr. Elisabeth Botsch  
European Academy Berlin, Germany

**RESPONSIBLE ADMINISTRATOR**

Ottavio Marzocchi  
Policy Department C: Citizens' Rights and Constitutional Affairs  
European Parliament  
B-1047 Bruxelles  
E-mail: [poldep-citizens@europarl.europa.eu](mailto:poldep-citizens@europarl.europa.eu)

**LINGUISTIC VERSIONS**

Original: EN  
Translation: DE

**ABOUT THE EDITOR**

Policy Departments provide in-house and external expertise to support EP committees and other parliamentary bodies in shaping legislation and exercising democratic scrutiny.

To contact the Policy Department or to subscribe to its newsletter please write to:  
[poldep-citizens@europarl.europa.eu](mailto:poldep-citizens@europarl.europa.eu)

European Parliament, manuscript completed in April 2015.  
Brussels © European Union 2015.

This document is available on the Internet at:  
<http://www.europarl.europa.eu/studies>

**DISCLAIMER**

The opinions expressed in this document are the sole responsibility of the author and do not necessarily represent the official position of the European Parliament.

Reproduction and translation for non-commercial purposes are authorized, provided the source is acknowledged and the publisher is given prior notice and sent a copy.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## EXECUTIVE SUMMARY

Compared to other EU member states, **Germany's performance in achieving gender equality is mediocre**. The European Gender Equality Index ranks Germany lower than the EU average. Only in the areas of work, money and time Germany has achieved better results than the EU average. In recent years, efforts have been made particularly in **employment**. The federal government has focused on **family policies** and little efforts have been made in promoting **equality policies**. In addition, family policy was not consistently equality-oriented and had a re-traditionalising effect. **Gender mainstreaming** was implemented at federal level, but not effectively pursued. At Länder level, progress in equality depended on the political will of the 16 Länder governments.

Women are underrepresented **in decision-making**, both in the political and economic area. Most of the political parties have introduced nomination procedures of candidates, in particular gender quotas and zipping systems. In economic decision-making, women are widely underrepresented. A new **quota law for the private sector** has passed in December 2014.

Women have caught up with men in relation to **educational attainment**; however, they encounter gender-specific barriers at different moments of their life course. Women's **employment rate** has indeed clearly increased in recent years, but in Germany women's labour market integration has mainly taken place in jobs providing only little working hours and low wages. **Atypical employment** has increased continuously and has reinforced the **low-pay sector** affecting mainly women. As a result of the German labour market's structure, a considerable proportion of women face the **risk of poverty** at retirement age. The **gender pay gap** in Germany is high and persistent attaining around 22 percent.

**Reconciliation policy** has become an important policy field, which has recently started to take into consideration the desire of young parents to share family and professional life more equally. The lack of child care facilities still constitutes a problem in Germany. A new law promotes the reconciliation of private and professional life in case of caring for older family members.

The Protection Against Violence Act of 2002 constitutes a paradigm shift regarding the legal protection of women. It proclaims the principle that "the one who does the hitting has to go". In addition, the federal government has established two action plans on combating **domestic violence** more efficiently. In Germany, **sexual violence** is not prosecuted consequently. This is due to the definition of criminal offence in § 177 of the German Criminal Code concerning sexual assault and rape. This paragraph requires that a perpetrator must use violence, or menace to use violence, as a condition for being prosecuted. The federal government has recently announced reform plans to review this issue.

The number of **women trafficked into Germany for sexual exploitation** increased by 70 percent between 2005 and 2010. The current Federal Government has adopted a draft law in January 2015 aiming at better protecting women and children from trafficking. However, most of the recommendations brought forward by experts have not been considered.

**DG Internal Policies – The Policy on Gender Equality in Germany, 04.2015**

## Teil 5

Policy Department C: Citizens' rights and Constitutional Affairs

The **Prostitution Act of 2002** aimed at improving the legal and social situation of prostitutes in Germany and combating its criminal environment. The law acknowledged prostitution as a legal profession subject to social security. It has been regarded as a further step of progress towards the self-determination of women who choose to offer paid sexual services. The debate among feminists is polarised between voluntary and self-determined prostitution on the one hand, and prostitution as violence against women on the other hand. The Prostitution Act has been held responsible for increasing trafficking of women. The governmental coalition is currently working on a more severe law.

The German **health system** provides equal access to women and men, but the services have been designed around standard male needs. Sexual and reproductive health rights mainly address abortion, preimplantation diagnostics and prenatal diagnosis. According to § 218 Criminal Law, **abortion** is in fact illegal in Germany, but exempt from punishment under certain conditions. Abortion will not be punished if the pregnant woman respects the rules for counselling. Women's NGOs demand the abolishment of § 218 StBG in order to end criminalisation of abortion in Germany.

Preimplantation diagnostics is regulated by the **Preimplantation Diagnostic Act of 2011** which is very restrictive. **Prenatal diagnosis (PND)** is regarded as a preventive medical care for pregnant women. The demand for these services has continuously increased independently of age and risk.

Germany has achieved some progress in gender equality, mainly in the area of employment. **European legislation** has acted as the main driver for legal improvements in equal treatment and anti-discrimination.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX



## Europawoche, 31.03.2015

In Berlin aktiv für Europa



Foto: www.randhorn.de

„Europa verstehen, Europa gestalten“ - Seminare in der Europäischen Akademie Berlin

## Europäische Akademie Berlin

In der Europäischen Akademie Berlin wird Europa gelebt! Wir haben uns dem Ziel verschrieben, den BürgerInnen Europas und insbesondere Berlins europapolitische Kompetenz zu vermitteln – denn nur wer Europa begreift, kann sich in Europa engagieren. Um diesem Ziel ein Stück näher zu kommen, organisiert die Europäische Akademie Berlin Seminare, Konferenzen, Vorträge und andere Veranstaltungen zu europäischen Themen, zu denen auch Sie herzlich eingeladen sind. Europawoche ist deshalb bei uns eigentlich das ganze Jahr! Dennoch feiern wir auch dieses Mal mit den Berlinerinnen und Berlinern das Ereignis mit Veranstaltungen in Berlin:

Wir begrüßen Sie auf dem Europafest am 9. Mai in Marzahn-Hellersdorf. Dort haben Sie Gelegenheit mit Europaexperten und -expertinnen der Europäischen Akademie Berlin zu einem „Speed Date Europa“ zusammenzukommen. Sie treffen dabei eine Expertin oder einen Experten für ein zehnmütiges Date und haben dabei ganz

persönlich Gelegenheit, alles was Sie schon immer über Europa und die Europäische Union wissen wollten, in Erfahrung zu bringen. Kommen Sie also einfach mit Ihren Fragen zu uns, wir werden unser Bestes tun, sie zu beantworten!

Das Europafest ist zudem der Startschuss für unseren „Staffellauf Europa in Berlin“. Dabei haben Sie Gelegenheit, uns Ihr Verständnis von Europa in einem Satz mitzuteilen. Daraus ergibt sich ein Mosaik aus Blickwinkeln auf Europa – auf das Europa der Berliner Bürgerinnen und Bürger. Im Anschluss wird der „Staffelstab“ durch alle 12 Berliner Bezirke gereicht und die gesammelten Sätze am Ende im Roten Rathaus feierlich übergeben. Verpassen Sie also nicht Ihre Chance, mit Ihrem Statement dabei zu sein!



[www.eab-berlin.de](http://www.eab-berlin.de)

Europäische Akademie Berlin

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.MAZ.de, 07.05.2015

# Mehr Europa im Havelland

Kreisverband Havelland der Europa-Union gegründet. Verein wirkt überparteilich, aber nicht unpolitisch.

Von Marlies Schnabel

**Falkensee** – Das Wort „überparteilich“ war am Dienstagabend häufiger zu hören als „Europa“. Dabei hatten sich in Falkensee 30 Frauen und Männer zusammengesunden, um einen Kreisverband der Europa-Union zu gründen.

Aber das „Übergreifende“ war in Falkensee nicht nur Wunsch, sondern wurde gelebt, als es an die Wahl des Vorstandes für den neuen Kreisverband ging. Mit

Hans-Peter Pohl übernahm ein CDU-Mann den Vorsitz, ihm stellten als Stellvertreter die parteilose Mechthild Baumann und der Sozialdemokrat Hans-Ulrich Wolfgang Müsse (FDP) zur Seite. Bei den Beisitzern setzt sich die Mischung fort, hier sitzt unter anderem der Falkenseer Günter Chodzinski, der bei der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung wirkt. Im Beirat wollen unter anderem die Bundestagsabgeordnete

nenen Uwe Feiler (CDU) und Harald Petzold (Linke) mitarbeiten.

Die seit 1946 wirkende Europa-Union setzt sich für Bürgerrechte und Freiheit ein, greift das Antilevellen der Sozialcharta auf. Der Havelländer Verein will sich für ein proeuropäisches und internationales bürgerschaftliches Zusammenleben, kulturellen Austausch und Begegnung im Havelland einsetzen. So ist es in der Satzung verankert, die auf der Gründungsversammlung – wie alles andere auch

– einstimmig beschlossen wurde. So einmütig muss es nicht immer weitergehen, treffen hier doch durchaus unterschiedliche politische Ansichten aufeinander. Wie schwierig das sein kann, zeigte der Vortrag des Gastes der Gründungsversammlung und die Fraiungen an ihn. Aus Stuttgart war Rainer Wieland gekommen, er ist Bundesvorsitzender der Europa-Union Deutschland und Vizepräsident des Europäischen Parlamentes. Er atestierte (bei leicht gemurmeltm Protest der Anwesenden) den Deutschen ein „tiefes negatives Lebensgefühl“, das präge auch die Sicht auf EU und Europa. Da müsse und könne mit manchem Fehlerteil aufgeräumt werden, etwa, dass die Deutschen die Zahlmeister seien; andere Länder wie Schweden und Finnland zahlen pro Kopf viel mehr in den EU-Topf. Griechische Finanzen, britische Sonderwünsche, abgeschobene Flüchtlinge – die anschließende Debatte zeigte, wie sehr europäische Themen auch im Havelland die Gemüter bewegen.

Das soll nicht die letzte Diskussion gewesen sein. Der neue Vorstand will sich schnell konstituieren und die Arbeit aufnehmen. Ideen dafür sind am Dienstag schon einige gekommen. So erin-

nete Günter Chodzinski an die Havelländer Europatage, die es seit 2007 nicht mehr gibt, wo es aber lohnt, sie wieder zu beleben. Da waren sich wieder alle einig.

Anzeige



## Ihre Stromquelle

Schließen Sie bis zu drei Geräte ans Netz an und laden Sie dazu noch Ihr Smartphone und Tablet auf! Wandmontage möglich.

MAZ Media Store, Friedlich-Ebert-Str. 85/86 in Potsdam  
Mo-Fr: 9-19 Uhr, Sa: 9-16 Uhr  
www.MAZ-mediastore.de

MAZ Media Store



Neuer Verein, neuer Vorstand: Hans-Peter Pohl, Wolfgang Müsse, Mechthild Baumann und Hans-Ulrich Benra (v.l.)

FOTO: SCHNABEL

## Seit 1990 in Brandenburg

Die Europa-Union Deutschland ist die größte überparteiliche Bürgerinitiative für Europa in Deutschland.

**Der Landesverband Brandenburg** hatte sich am 22. Juni 1990 in Potsdam gegründet. Er hatte bisher die Kreisverbände Potsdam-Mittelmark, Uckermark, Teltow-Fläming, Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz. Nach Jahren der Stagnation hatte sich der Verband 2010 um den Vorsitzenden Axel Jurs (CDU) erneuert.

**JEF**, Junge Europäische Föderalisten, nennt sich die Jugendorganisation der Europa-Union, die mehr als 25.000 Mitglieder zählt.

www.tagesschau.de, 29.05.2015



I  
II  
III  
IV  
V  
VI  
VII  
VIII  
IX

EUROPÄISCHE UNION

## "Cameron versucht, die EU zu erpressen"

**Eckart Stratenschulte im Gespräch mit Liane von Billerbeck**



Der britische Premier Cameron will im Gespräch mit Angela Merkel Veränderungen in der EU erreichen (picture alliance / dpa / Fabrizio Bensch / Pool / Archiv)

**Der Politologe Eckart Stratenschulte hat dem britischen Ministerpräsidenten David Cameron vorgeworfen, ohne konkrete Forderungen nach Berlin zu kommen. Stattdessen erpresse der britische Premierminister die EU und die eigene Bevölkerung.**

Cameron transportiere ein generelles Unbehagen an der Europäischen Union, sagte der Leiter der Europäischen Akademie Berlin am Freitag im Deutschlandradio Kultur. Das gebe es in Großbritannien, aber der britische Premierminister verstärke es noch zusätzlich durch seine Aktionen. "Er reist jetzt durch die Lande und sagt: Ich fühle mich nicht wohl, was könnten wir denn mal ändern", sagte Stratenschulte. "Es gibt keinen konkreten Forderungskatalog, über den man dann reden könnte." Auf der allgemeinen Ebene zu sagen, die EU müsse besser und weniger bürokratisch werden, da werde man sich schnell einig. "Aber, was das konkret bedeutet, darüber gibt es weitestgehend Stillschweigen aus London", sagte der Politologe.

### **Kalte Dusche für Cameron?**

"Cameron versucht im Moment über die Bande zu spielen", sagte Stratenschulte über das geplante Referendum in Großbritannien. "Er versucht, die EU zu erpressen mit seiner eigenen Bevölkerung und sagt, ich muss ja etwas ändern, Ihr müsst mir etwas geben, sonst gehen die raus." Auf der anderen Seite versuche der britische Premier seine eigene Bevölkerung zu erpressen. "Das Ergebnis könnte sein, dass Cameron eine kalte Dusche bekommt und hinterher die Entwicklung in eine Richtung geht, die er persönlich ja nicht will." Cameron wolle Großbritannien in der EU halten. "Er tut aber eigentlich alles, um sein Land aus den europäischen Strukturen zu entfernen."

### **Keine Rede von Masseneinwanderung in Sozialsysteme**

Stratenschulte unterstrich, dass die Freizügigkeit ein Grundmerkmal der europäischen Integration sei. "Wer daran rüttelt, der gefährdet wirklich alles, was wir in den letzten 50 Jahren entwickelt haben", kritisierte der Politologe Forderungen nach weniger Arbeitnehmer-Freizügigkeit in der EU. "Es ist ja auch heute nicht so, dass jeder in ein anderes Land gehen kann und sagen kann, macht mich glücklich, gebt mir soziale Unterstützung und ich bleibe einfach hier." Die EU biete Regelungen an, damit EU-Bürger die Chance hätten, in einem anderen Land Arbeit zu suchen. "Von einer Masseneinwanderung in die Sozialsysteme, die ja auch bei uns gelegentlich beschworen wird, kann in Wirklichkeit keine Rede sein."

Das Interview im Wortlaut:

**Liane von Billerbeck:** Die Europäische Union gehört reformiert, sagen die Briten, sie soll nicht mehr so ein Bürokratiemonster sein, sagen die Briten auch, und Brüssel soll nicht mehr so viel hineinregieren in die nationalen Belange – auch das sagen die Briten. Wir könnten so weitermachen, und vielleicht sagen Sie jetzt, stimmt doch, recht haben sie, die Briten. Ja, dann wäre eigentlich alles ganz einfach in Europa, ist es aber bekanntlich nicht, und deshalb haben wir uns heute, da David Cameron, der britische Premier, mit Forderungen oder sagen wir Ideen an die EU nach Warschau und Berlin reist, nachdem er schon in den Niederlanden und Frankreich gewesen ist, einen ausgewiesenen Europakenner geholt. Er ist jetzt am Telefon, Professor Eckart Stratenschulte, Direktor der European Academy in Berlin. Schönen guten Morgen!

**Eckart Stratenschulte:** Ja, wunderschönen guten Morgen!

**von Billerbeck:** Gehören Sie auch zu denen, die die britischen Forderungen an die Europäische Union unterstützen?

**Stratenschulte:** Haha, wenn man mal wüsste, was die britischen Forderungen sind.

**von Billerbeck:** Oha!

**Stratenschulte:** Das ist ja auch völlig unklar. Cameron transportiert ein generelles Unbehagen an der Europäischen Union – das gibt es in Großbritannien, das verstärkt er natürlich auch durch diese Aktionen –, und er reist jetzt durch die Lande und sagt, ich fühle mich nicht wohl, was könnten wir denn mal ändern. Es gibt keinen konkreten Forderungskatalog, über den man dann reden könnte. Auf der allgemeinen Ebene zu sagen, es muss besser werden, es muss weniger bürokratisch werden, ja, da sind wir uns ja schnell einig, aber was das konkret bedeutet, darüber gibt es weitestgehend Stillschweigen aus London.

### Missverständnis auf beiden Seiten

**von Billerbeck:** Das heißt, dann machen wir's doch mal konkret: Welche Forderungen müsste er denn eigentlich stellen oder sollte er direkt stellen?

**Stratenschulte:** Das ist wirklich die Schwierigkeit. Ich glaube, der britische EU-Beitritt war von Anfang an ein Missverständnis von beiden Seiten. Die Briten haben gedacht, die Kontinentaleuropäer meinen die „Ever Closer Union“, also die immer enger werdende Union, die schon in den römischen Verträgen steht, nicht ernst, die Kontinentaleuropäer haben gedacht, na ja, wenn die Briten erst mal drin sind, dann werden sie das schon lernen und akzeptieren.

Das Ergebnis ist ein generelles Unwohlsein Großbritanniens in der Europäischen Union, was auch dazu geführt hat, dass es eine Reihe von Ausnahmetatbeständen für Großbritannien gibt. Aber dieses Unbehagen konkretisiert sich jetzt nicht in Forderung A, B, C, sondern mal in diesem, mal in jenem – dann geht's um die Freizügigkeit, dann geht's um die Bürokratie, dann geht's um die Zusammenarbeit im Rechts- und Innenraum, also das ist ganz schwierig. Wenn Cameron mal eine konkrete Tagesordnung hätte und würde sagen, es geht um Punkt eins, zwei, drei, ja, dann könnte man ja reden. So ist es sehr schwierig.

**von Billerbeck:** Aber nun hat er ja einen ziemlich guten Wahlsieg eingefahren, der britische Premier, und kommt da so ein bisschen mit breiter Brust und übt ja auch Druck in beide Richtungen aus – einerseits auf die Europäer, selbst wenn die Forderungen jetzt erst mal wolkig sind, andererseits auch auf seine Landsleute. Da geht's ja um das Referendum: Bleiben wir in der EU, gehen wir raus. Kann so eine Strategie eigentlich funktionieren?

**Stratenschulte:** Cameron versucht im Augenblick, über die Bande zu spielen. Er versucht die EU zu erpressen mit seiner eigenen Bevölkerung und sagt, ich muss ja etwas ändern, ihr müsst mir etwas geben, sonst gehen die raus, und dann versucht er die Bevölkerung zu erpressen mit der EU und sagt, ihr müsst das akzeptieren. Das Ergebnis könnte sein, dass Cameron eine kalte Dusche bekommt und hinterher die Entwicklung in eine Richtung geht, die er persönlich ja nicht will. Er will Großbritannien in der EU halten, er tut aber eigentlich alles, um sein Land aus den europäischen Strukturen zu entfernen.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## Keine Extrawürste

**von Billerbeck:** Aber Großbritanniens Versuch, die Freizügigkeit in Europa einzuschränken, die könnte doch auch in deutschem Interesse sein, denn auch Deutschland hat leere Kassen und ist nicht scharf darauf, mehr Arbeitslosengeld an zugezogene Europäer zu zahlen.

**Stratenschulte:** Ja, aber das ist doch ein Randproblem, und die Freizügigkeit ist ein Grundmerkmal der europäischen Integration. Wer daran rüttelt, der gefährdet wirklich alles, was wir in den letzten 50 Jahren entwickelt haben. Es ist auch heute nicht so, dass jeder in ein anderes Land gehen kann und sagen kann, macht mich glücklich, gebt mir soziale Unterstützung und ich bleibe einfach hier. Es geht aber darum, dass es Regelungen gibt, dass wenn jemand in einem anderen Land auch Arbeit sucht, also Teil der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist das, er dann auch Unterstützung bekommt, damit er überhaupt die Chance hat, einen Job zu finden. Nur darum geht's ja.

Von einer Masseneinwanderung in die Sozialsysteme, die ja auch bei uns gelegentlich beschworen wird, kann in Wirklichkeit keine Rede sein. Und man könnte so etwas nicht ändern, ohne die europäischen Verträge zu ändern. Dann schnürt man allerdings ein Paket auf, von dem nicht klar ist, ob man es hinterher wieder zubekommt. Denn, wenn Großbritannien sagt, wir haben hier nur zwei, drei Extrawürste, die wir gerne gebraten hätten, darf man sich nicht wundern, wenn die anderen 27 auch mit jeweils zwei, drei Extrawürsten kommen. Dann sind wir schon bei 70, 80 Extrawürsten. Ob wir das dann noch mal zusammenbekommen, das ist die große Frage.

**von Billerbeck:** Klingt nach einem fürchterlich europäischen Fleischerladen. Cameron fordert ja auch ein Vetorecht der Nationalstaaten, und da denkt man ja auch immer, ja, eigentlich doch prima, aber wenn man's zu Ende denkt, dann ist das doch das Ende der EU.

**Stratenschulte:** Ja, das ist genau das Problem. Wenn Sie sagen, bei jeder einzelnen Entscheidung – es gibt bestimmte Entscheidungen, die immer noch einstimmig getroffen werden müssen –, aber wenn man sagt, wir drehen das jetzt wieder zurück, es muss alles einstimmig getroffen werden, dann kann man sich bei 28 Staaten überlegen, wie viel man noch zusammenbekommt. Dazu würde so etwas auch die Kompromissbereitschaft völlig reduzieren, denn wenn jeder sagt, ich muss mich nur zurücklehnen und nein sagen, dann kann gar nichts passieren, dann ist er auch nicht bereit, sich zu bewegen. Anders als wenn man sagt, ich muss Einfluss nehmen, sonst könnte ich überstimmt werden. Also mit diesem Prinzip kommen wir in Europa überhaupt nicht weiter.

## Großbritannien soll sich im Referendum entscheiden

**von Billerbeck:** Wie schlimm wäre es denn, wenn die Briten sich tatsächlich ausklinken würden aus der EU?

**Stratenschulte:** Das wäre schade. Großbritannien ist ein wichtiger Partner. Sie sind ja auch pragmatische, vernünftige Leute. In vielem deutschen Positionen durchaus nahe, wenn es um den Binnenmarkt geht. Wenn es um ihre Forderung geht nach Vollendung des digitalen Binnenmarktes. Sie sind in der Außen- und Sicherheitspolitik ein wichtiger Spieler, aber das ist wie im Privaten auch: Sie können nicht in einer Beziehung zusammenbleiben, wenn ein Partner das nicht will.

Insofern denke ich, ist das Referendum wirklich positiv, dass man sich in Großbritannien jetzt einmal entscheiden muss, will man eigentlich in der EU sein oder nicht. Sollten die Briten sagen, sie möchten das nicht, dann werden wir überlegen müssen, wie wir sie eng an uns anbinden können. Da gibt es ja Konstruktionen wie den europäischen Wirtschaftsraum, sodass sie dann weiterhin Mitglied des Binnenmarktes wären – Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, darüber muss man dann reden. Also, es wäre schön, sie blieben drin, es ist hinnehmbar, wenn sie rausgehen. Das Schwierigste ist die Situation im Augenblick, wo sie auf dem Zaun sitzen und sagen, wir wissen eigentlich nicht, ob wir mitspielen wollen oder nicht.

**von Billerbeck:** Eckart Stratenschulte war das, der Direktor der European Academy, über die Strategie des britischen Präsidenten und das, was daraus folgen könnte. Danke Ihnen für das Gespräch!

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio Kultur macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

[www.dfgliest.de](http://www.dfgliest.de), 02.06.2015



Vom 29. - 30.  
Mai 2015 fand  
in der  
Europäischen  
Akademie Berlin

der Workshop **Binationale  
Gesellschaften in der Krise?  
Eine Ideenwerkstatt für  
Zukunftstrategien** statt.

Dr. Mechthild Baumann,  
Studienleiterin, Europäische  
Akademie Berlin und Dr. Roland

Löffler, Leiter des Themenfeldes Bürger & Gesellschaft, Herbert Quandt-Stiftung, hatten zu diesem ersten Workshop dieser Art eingeladen. Die Festansprache hielt Joachim Bleicker, Beauftragter der Bundesregierung für Grundsatzfragen der EU-Außenbeziehungen sowie Beziehungen zu den EU-Mitgliedsstaaten.



Die Veranstalter waren sehr erfreut über die rege Teilnahme: 60 Teilnehmer aus über 20 verschiedenen binationalen Gesellschaften aus allen Teilen Deutschlands waren nach Berlin angereist. Die DFG war mit 12 Teilnehmern aus Bundes-, Landes- und Bezirksvereinen sehr gut vertreten.

Vorträge mit anschließenden Diskussionen, Open Space und eine Podiumsdiskussion zum Thema "Erlahmende Freundschaft? Welche Funktion haben bilaterale Gesellschaften noch für das „europäische Haus“? dienten am Freitag als Vorbereitung für vier Workshops am Samstag zu Themen: "Nachwuchsgewinnung", „Finanzierung“, „Vorstandsarbeit und Professionalisierung“ sowie „Vernetzung und Fortbildung“.

Nach zwei intensiven Tagen und Präsentation der Ergebnisse aus den Workshops waren alle der gleichen Meinung: Keine Spur von einer Krise! Die binationalen Gesellschaften sind da und leisten einen wichtigen Beitrag in der Zivilgesellschaft. Vielfach wurde der Wunsch geäußert, diese Workshops weiterzuführen und auch der Wunsch einer bundesweiten Vertretung der binationalen Gesellschaften wurde andiskutiert.

*Auf dem Bild [Dr. Mechthild Baumann](#) und [Dr. Roland Löffler](#)*

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Medienvertreter in Rom am 28. Juli 2015

Teil 1

[www.formiche.net](http://www.formiche.net), Interview mit Michael Roth, 28.07.2015

## Perché l'Europa deve imitare la Germania. Parla il ministro tedesco Roth

✍ Michele Pierrì

📷 FELUCHE



*Nessun mea culpa per l'austerità e critiche ai Paesi mediterranei nelle parole (e nelle fissazioni teoriche) del ministro socialdemocratico agli Affari europei del governo Merkel, Michael Roth, oggi a Roma*

Il solco tra Germania ed Europa mediterranea pare allargarsi sempre più e per Berlino non ci sono cortesie diplomatiche o colori politici che tengano quando si tratta di difendere la dottrina dell'austerità teutonica, applicata anche nella recente crisi greca.

**Michael Roth**, ministro degli Affari europei socialdemocratico nel governo di larghe intese della democristiana cancelliera tedesca **Angela Merkel** lo ha reso chiaro oggi, intervenendo al convegno "Il ruolo della Germania in Europa", organizzato dall'Istituto Affari internazionali e dalla [Europäische Akademie Berlin](#) nella sede della rappresentanza a Roma della Commissione Ue.

## Seminar für Medienvertreter in Rom am 28. Juli 2015

[www.formiche.net](http://www.formiche.net), Interview mit Michael Roth, 28.07.2015

Teil 2

**GERMANIA VULNERABILE?**

Berlino, ha spiegato il ministro Roth, ha tutto l'interesse che i Paesi che zoppicano possano uscire della crisi economica. Anzi, la Germania è a suo parere "il Paese più vulnerabile d'Europa" perché la sua ricchezza e il suo benessere – ha rimarcato – "dipendono dal fatto che gli altri Paesi comprino" i loro "prodotti di qualità ma anche costosi". La solidarietà, ha aggiunto, "non è una parola vuota, è una cosa di cui non approfittano solo i Paesi più deboli ma anche noi Paesi più forti". Il problema, tuttavia, è nelle ricette che possono condurre a questo risanamento, che per la Repubblica federale tedesca "non sono nel rigore e nei tagli fini a se stessi", ma passano da riforme strutturali che rendano i Paesi più competitivi. Poco importa che il loro fallimento – a detta di un numero sempre maggiore di economisti e di autorità come il Tesoro Usa – sia ormai certificato. "Le scelte in Europa non vengono prese solo dalla Germania – si è difeso – ma da una maggioranza". "La nostra comunità è basata su regole vincolanti, da non applicare in modo matematico". Tuttavia, ha lamentato, si assiste a "un racconto delle posizioni tedesche che non tiene conto della complessità della situazione".

**CRITICHE INGENEROSE**

Da ministro degli Affari europei, Roth rifiuta la narrativa che vorrebbe la Germania incapace di assumere le proprie responsabilità di leader continentale, così come di un'Europa che sarebbe un gigante economico, ma un nano politico. "Già adesso l'Unione europea si occupa di temi politici, come le politiche ambientali" e fa importanti passi in avanti su quelle "dell'immigrazione". Anche Berlino è d'accordo sul fatto che "un'unione economica e finanziaria non può reggere senza un'unione politica". Ma, aggiunge il ministro del governo Merkel, "bisogna capire bene come attuare questa governance".

**SCARSA FIDUCIA**

Semmai per Roth – che rivendica a ogni modo un cambiamento nella politica europea che con l'attuale commissione guidata da **Jean-Claude Juncker** "ha rimesso al centro il tema della crescita" – ad incidere sempre più in questa frattura culturale tra Nord e Sud, è "la mancanza di fiducia" nei confronti di quei Paesi – Grecia, ma non solo – che non si impegnano abbastanza nei cosiddetti compiti a casa, che Berlino "ha invece realizzato a costo di grossi sacrifici". Probabilmente, ha sottolineato il politico tedesco, "l'Unione europea non ha più la forza irradiante che aveva 30 anni fa, abbiamo perso empatia". Per il ministro degli Affari europei della Germania è su questo aspetto che bisogna lavorare maggiormente.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Medienvertreter in Rom am 28. Juli 2015

Teil 3

[www.formiche.net](http://www.formiche.net), Interview mit Michael Roth, 28.07.2015

#### L'EURO TASSA DI SCHAEUBLE (E MONTI)

“Non so dire quanto ci sia di vero”, dice inoltre, nelle indiscrezioni del *Der Spiegel* che parlavano di “una euro tassa” pensata dal ministro tedesco delle Finanze **Wolfgang Schaeuble**. Un dossier al quale starebbe lavorando una commissione presieduta dall'ex presidente del Consiglio italiano ed ex commissario europeo **Mario Monti**, con l'obiettivo di trovare un tesoretto “autonomo”, da affidare a un dicastero creato ad hoc in grado di affrontare le emergenze e le situazioni di crisi in stile Grecia. Ma, rimarca Roth, sono d'accordo che la soluzione dei problemi continentali passi comunque “da più Europa, non meno”, come sostengono alcuni.

#### L'AGENDA SOCIALDEMOCRATICA

Quanto alle critiche di accantonamento dell'agenda socialdemocratica nelle istituzioni di Bruxelles emersa con l'allineamento del centrosinistra alla scelte rigoriste sul debito di Atene, Roth ha ricordato che i riformisti “sono in minoranza e devono scendere spesso a compromessi”.

#### IL NODO DEL SURPLUS

Incalzato dai giornalisti presenti a fare autocritica su alcuni temi – come la necessità di rimediare ad alcuni squilibri economici dell'Eurozona come il surplus che potrebbe costare a Berlino una procedura d'infrazione (senza grosse conseguenze, a differenza dello sfioramento del deficit) – il politico tedesco ha rammentato: “In Germania se n'è discusso e io stesso ho invitato a non trascurare la questione. Le eccedenze tedesche sono i deficit degli altri. Tuttavia sarebbe assurdo se i partner europei ci chiedessero di ridurre la nostra competitività”.

🕒 28/07/2015

## Seminar für Medienvertreter in Rom am 28. Juli 2015

LaPresse, 28.07.2015

LaPresse 19:41 28-07-15  
 LPN0967 4 POL NG01 179 ITA0967;

**LPN-Italia/Germania, ministro Roth: Ruoli chiave in Europa /PREVISTO**

Di Fabio De Ponte

Roma, 28 lug. (LaPresse) - L'Italia ha un ruolo chiave in Europa, soprattutto grazie alle riforme messe in cantiere negli ultimi mesi, perché "uno spirito costruttivo emana dal Governo e dal Parlamento italiani". Non ha dubbi il ministro tedesco per gli Affari europei, Michael Roth, intervenuto stamane al convegno 'Il ruolo della Germania in Europa' nella sede della rappresentanza a Roma della Commissione Ue.

Parole, le sue, che sembravano riecheggiare quelle del premier italiano Matteo Renzi: "Una democrazia che propone solo tagli - ha spiegato - non sopravvive. Una Europa fatta solo di condanne sociali non sopravvive. Lancio un appello: non parliamo solo di economia e di finanze, ma finalmente anche di ciò che ci unisce come europei, i nostri valori".

Per Roth "se c'è qualcosa di cui possiamo essere fieri sono i nostri valori" e occorre mettere la parola fine sulla "fiaba dei cattivi tedeschi favorevoli alla politica dell'austerità". Anche perché, ha spiegato, nel corso dell'incontro organizzato dall'Istituto affari internazionali (Iai) e dalla Accademia europea di Berlino, "la Germania è il paese più vulnerabile d'Europa visto che la nostra ricchezza e il nostro benessere dipendono dal fatto che gli altri paesi comprino i nostri prodotti di qualità ma anche costosi".

Insomma nessun accanimento nei confronti degli altri Paesi: "Il benessere dell'Europa - ha detto - è un nostro interesse. La solidarietà non è una parola vuota, è una cosa di cui non approfittano solo i Paesi più deboli ma anche noi Paesi più forti". Su questo, ha sottolineato, soprattutto riguardo alla vicenda greca, "nella comunicazione degli ultimi mesi alcune cose sono andate storte".

"Forse - ha aggiunto - abbiamo perso l'empatia ma non dobbiamo mai dimenticare, nonostante i problemi economici e sociali, che dietro a tutto ciò c'è sempre un essere umano. Obiettivamente troppe persone stanno male. Siamo una comunità di regole vincolanti, ma non devono essere applicate in maniera fredda, altrimenti la politica non è più politica. La politica deve essere sempre capace di trovare nuove soluzioni con generosità in modo non convenzionale".

d:p

281941 Lug 2015

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Medienvertreter in Rom am 28. Juli 2015

[www.iai.it](http://www.iai.it), 28.07.2015

 Search

Italiano English

## Il ruolo della Germania in Europa

28/07/2015, Rome

Images

Video



The Istituto Affari Internazionali (International Affairs Institute, IAI) of Rome and the [Europäische Akademie Berlin](#) (European Academy of Berlin) organised a seminar on 'Germany's role in Europe'. The meeting was attended by, among others, German Minister for European Affairs Michael Roth, judge of the German Constitutional Court Peter M. Huber, and Director for Communication of the Bundesbank Michael Best. The sessions were chaired by the IAI Vice President Gianni Bonvicini, Director of the European Academy of Berlin Eckart Stratenschulte, Prof. Gianluigi Tosato of LUISS University, and columnist of the 'Il Sole 24 Ore' newspaper Dino Pesole.

During the session dedicated to the definition of Germany's European policy, Bonvicini introduced the topic stating that Germany has transitioned from the role of reluctant leader, to a fundamental position in the area of European integration. The central role has been taken not only with respect to financial agreements, but also in the field of foreign and security policies. Minister Roth presented

### Publications

- How to Pursue a More Efficient and Legitimate European Economic Governance
- Youth Activism in the South and East Mediterranean Countries since the Arab Uprisings
- EU Relations with Latin America: From Social Resilience to Global Governance
- Gulf and EU Migration Policies after the Arab Uprisings
- Democracy and Legitimacy in the EU

[show more](#)

### Research

- Tepsa Pre-Presidency Conference "The Priorities of the Italian Presidency"
- EU crisis management: institutions and capabilities in the making

# MAPPA MONDO

## LIBIA TECNICI RAPITI, ISIS NON C'ENTRA

Sul rapimento dei quattro tecnici italiani l'opinione sono emersi elementi che riconducono allo Stato Islamico e si ritiene possibile una motivazione rimandata del sequestro con finalità estoratorie. Lo ha sostenuto il ministro degli Esteri Paolo Gentiloni dinanzi alle Commissioni (Affari Esteri e Difesa) di Camera e Senato. Sulla crisi libica Gentiloni ha detto: "La partita è ancora aperta". Ansa



## PERÒ SENDERO E GLI OSTAGGI PER 30 ANNI

Intantane persone (26 bambini), sono stati liberati nel corso di un'operazione condotta dal esercito peruviano in una zona boscosa alta confluita del fiume Abancay. Enea e Mantova, nota per essere un centro di produzione di cocaina. Tutti erano venuti originari alcuni da 30 anni - e uccisi come schiavi dai ribelli del gruppo guerrigliero di ispirazione maoista Sendero Luminoso.

# Varoufakis il "traditore" e Syriza tra vendette e caos

Dopo aver rivelato il piano alternativo all'euro l'ex ministro potrebbe perdere l'immunità parlamentare. Oggi riunione decisiva nel partito pronto a spaccarsi

di ROBERTA ZURINI

Ci apre l'ennesima giornata cruciale per Alexis Tsipras e il suo governo di minoranza. Oggi il primo ministro greco presiederà parte a una riunione straordinaria del comitato centrale di Syriza composto da 200 delegati per cercare di ricompattare il partito. Il 13 luglio scorso, il giorno precedente la firma dell'accordo europeo con i creditori, 109 membri del comitato centrale avevano diffuso un documento in cui chiedevano al primo ministro di non firmarlo perché contrario alla linea del partito. Ma il premier decise di andare avanti "perché il compromesso può essere una tattica rivoluzionaria", ha detto ieri, citando Lenin, in un'intervista a *Sita Kokkino*, l'emittente radiofonica di Syriza. Ha tenuto però a precisare che non chiederà il voto par-



Ministro rock Varoufakis in Parlamento (a ex delle Finanze)

lamentare sulle nuove misure che i creditori pare vogliono aggiungere a quelle già messe in essere. "Non accetterò di applicare misure che non siano già nell'accordo", ha precisato prima di spiegare che se non riuscirà a

riavere la maggioranza del parlamento di Syriza con lui dovrà indire nuove elezioni.

È LO SCENARIO più probabile a giudicare dalle dichiarazioni del leader della piattaforma di Sinistra-Pala di estrema sinistra di Syriza - Panagiotis Lafazanis. L'ex ministro dell'Energia, rimasto vittima del rimpasto di governo dopo il suo "no" all'accordo pronunciato con altri 32 deputati durante il primo voto del parlamento, non è infatti disposto a cambiare posizione. Ma gli occhi mediatici rimangono puntati su un altro ex ministro, Yanis Varoufakis, anche lui contrario all'accordo. Varoufakis che potrebbe dare di nuovo del filo da torcere a Tsipras nel redde rationem di oggi, è tornato alla ribalta dopo aver rivelato il cosiddetto "Piano H" messo a punto prima della vittoria elettorale di

Syriza lo scorso gennaio. Il piano, bocciato da Tsipras, prevedeva in sintesi l'intrusione via internet sui dati bancari dei greci per poter innescare un meccanismo automatico di conversione degli euro, depositati nei conti, in un'altra moneta che fosse stato il Grexit. La Corte Suprema ha trasmesso ieri al Parlamento la richiesta di togliere l'immunità all'ex ministro in seguito alla denuncia di un sindaco e di un avvocato per tradimento circa la sua gestione dei colloqui con Bruxelles quando era ancora ministro delle Finanze. Le accuse riguardano in particolare la questione relativa al hacktaggio dei conti correnti. Per ora Tsipras non si è pronunciato sulla richiesta della Corte mentre stanno per iniziare i colloqui con i creditori per il terzo "salvataggio", non ancora certo.

## VERSIONE DI BERLINO

### IL MINISTRO Roth: "Riforma all'ergasia ellenica non è colpa nostra"

CON un accelerato "salto" ai giovani (praticamente assenti) sta subito messo in antipnea con i paucissimi aderenti feste dell'Unità. E proseguita così l'armonia di confronto alle 10 mandati a Roma dall'Euro-pasche



Michael Roth, ministro degli Affari Europei, il socialdemocratico Michael Roth, la stampa italiana ci teneva, tanto da raccomandarsi di "riferire correttamente", in quanto a Germania, forte sul piano politico-economico ha qualche problema con le opinioni pubbliche. L'avera moneta europea oggi è l'euro ma la fiducia, "in dunque scandito, contestando la propria "egemonia". Trattiamo alla pari con ogni paese". Il ragazzo con stizza ("dormando la tristezza") quando un collega, sorridendo, ha chiesto "se è più difficile cominciare a parlare la Germania non è cattiva, o tedeschi che gli altri non sono cattivi". In mezzo, il consiglio dopo il governo del passo ("nel centro della politica europea") mutazione qualche vaghezza sui nodi più drammatici. "Autocritiche" fermate su cui ha tentato il ministro, invitando sulla crisi greca? In Germania stiamo così perché prima del 2009 abbiamo fatto le riforme, e tranne poi ammettere che tali "riforme", all'opposto di quanto si propone ad Atene, prevedevano investimenti massicci? Bene (poco trasparenti) negoziati nel TTIP ("tra Vlodivostok e Los Angeles"). Differenze oggi tra sinistra e centrodestra? A fatica, un paio di es. eme. "Ma ci siamo opposti alla Grecia", e poi, bilione di investimenti europei da 115 miliardi di euro (non pervenuti) "lo abbiamo fatto noi, anche se è firmato da Junker, un conservatore". Quindi l'appello "evitato" (veleno degli stereotipi). Uno stesso però vale sempre? In Grecia - spiega - c'è famiglia e ci si allena.

## LA POLEMICA

### Skaramangas il colosso tedesco e la commessa dei sottomarini mai acquistati da Atene

di MICHELA A. G. IACCARINO

Quel capogoglio di ferro, nero pesci per 65 metri e quindicimila tonnellate, sembra un mammifero letale di ferro e bulloni scuri. Sta fermo al cantiere navale di Skaramangas, metà in acqua, metà fuori. Se non fosse un simbolo di mazzette e scandali che galleggia su 4 miliardi di euro di costo, monumento alla corruzione di funzionari greci e manager tedeschi, sarebbe anche maestoso, con la bandiera greca bianca e blu sul muso. È l'unico dei quattro sottomarini completati della commessa della discordia che ha messo in ginocchio lo Stato greco e in piedi un sistema di tangenti e riciclaggio in un asse tra Berlino e Atene molto più saldo di quello europeo.

# La Thyssenkrupp e il porto degli scandali comprato con i saldi



Dietro ogni scandalo greco c'è una azienda germanica. Questo è un gioco sporco, per questo combattiamo contro di loro

scandalo della Siemens per gli appalti delle Olimpiadi è ancora notizia fresca. Ma soprattutto cantieri navali e rifornimenti militari. Dietro ogni scandalo greco c'è un'azienda germanica. Questo è un gioco sporco, per questo combattiamo i tedeschi" è il mantra di Vasilij Zispidis, uomo di fiducia dell'ex ministro dell'Energia Lafazanis. Vasilij, che a Skaramangas ha lavorato più di dieci anni e ora è ingegnere in uno degli ultimi dry dock ancora attivi a Perama, per la parte del Pireo, in mano al colosso cinese di container Cosco. Prima comprato dalla compagnia tedesca HDW, poi ricomprato dalla Thyssenkrupp "per un euro".

Il porto di Skaramangas è come la sedia di vimini delle sorze del Paese, dello smantellamento progressivo del sistema ad azionariato popolare dei cantieri navali. L'ULTIMO finanziamento per questi sottomarini non ancora finiti, dello Stato alla Thyssen, risale allo stesso anno in cui l'azienda tedesca decise di disfarsene: era il 2010 e nel settembre di quell'anno Giorgos Papageorgopoulos, ex ministro delle Finanze Evangelos Venizelos, ex ministro della Difesa, incontrarono Iskandar Sata, proprietario franco libanese della compagnia Abu Dhabi Mar, permettendogli l'acquisto di Skaramangas. La

Thyssenkrupp, rimanendo con quota minima, se ne liberava senza consegnare i sottomarini. A rimanere coinvolto nel primo ciclo di tangenti tedesche erano facce del vecchio partito socialista Pasok, il vecchio braccio destro del primo ministro Papandreu, Akis Tsochatzopoulos, l'ex sindaco di Salonicco, insieme a Vasilij Papageorgopoulos, ex ministro Nea Demokratia. Il secondo fu il turno di Andreas Kaitas, direzione armamenti del Ministero della Difesa unito negli anni con più di 14 milioni di euro di fondi. Nel 2013 quando Syriza era ancora testa d'ariete dell'opposizione chiese una commissione d'inchiesta per fare chiarezza su questo passaggio di proprietà. La proposta fu bocciata, ma a spalleggiare Syriza c'era il KKE, i Greci Indipendenti e Alba Dorata, ora partiti nemici. Votarono contro i membri del Pasok e di Nea Demokratia, gli attuali alleati di Tsipras. In attesa che l'antiuovo porti l'inzio della campagna elettorale, la sinistra della sinistra di Syriza è tornata a voltare nei porti.



Vasilij Zispidis

I  
II  
III  
IV  
V  
VI  
VII  
VIII  
IX

## Ausländische Delegationen 2015

- Delegation aus der Ukraine im LAGeSo ([./Ausländische Delegationen 2015 - Berlin.de\\_files/Ausländische Delegationen 2015 - Berlin.de.html](#))
- Delegation aus Saudi Arabien im LAGeSo (<http://www.berlin.de/lageso/ueber-uns/auslaendische-delegationen/auslaendische-delegationen-2015/#arabien>)
- Delegation aus der Ukraine, Georgien und Moldau im LAGeSo (<http://www.berlin.de/lageso/ueber-uns/auslaendische-delegationen/auslaendische-delegationen-2015/#moldau>)

### Delegation aus der Ukraine im LAGeSo



Bild: LAGeSo

Die Europäische Akademie Berlin führt in der Zeit vom 26.-31. Juli 2015 – auf Initiative des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland – Seminare für leitende Verwaltungsvertreter aus der Ukraine durch. Das Seminarprogramm trägt den Arbeitstitel „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)“ und sieht zahlreiche Fachgespräche mit Amtspartnern in Berlin, Dresden und Leipzig vor.

Auf Anfrage von Herrn Prof. Dr. Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie, organisierte das LAGeSo für zwölf hochrangige ukrainische Delegierte am 30. Juli einen Fachaustausch zum Thema „Zwischen Fürsorge und Eigenverantwortung: Das Fallbeispiel Sozialpolitik“. Unterstützt durch zwei Simultandolmetscherinnen wurden folgende thematische Schwerpunkte behandelt: Das System der sozialen Sicherung der Bundesrepublik Deutschland, das Sozialgesetzbuch und die Vorstellung des LAGeSo als Kompetenzzentrum für gesundheitliche und soziale Leistungen in Berlin. Aufgrund des großen Interesses der ausländischen Gäste schloss sich dem Fachgespräch eine spannende Diskussion an.

[www.berlin.de](http://www.berlin.de), 08.2015

Teil 2

#### Hintergrundinfo:

Das deutsch-ukrainische Projekt AGREE wird seit 2014 auf umgesetzt und verfolgt das Ziel, ukrainischen Vertretern aus Politik und Verwaltung einen praxisbezogenen Erfahrungsaustausch in Deutschland zu ermöglichen und so den Transformationsprozess in der Ukraine zu unterstützen.



Bild: LAGeSo

#### Delegation aus Saudi Arabien im LAGeSo



Bild: LAGeSo

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Am 27. Juli 2015 besuchten acht Fachexperten der Qualitätssicherung der „Food and Drug Authority“ aus Saudi Arabien ([www.sfda.gov.sa](http://www.sfda.gov.sa)) die Fachgruppe I C 1 im LAGeSo. Ziel des Fachaustausches war es, sich über die qualitätsgesicherte Arbeit im Bereich der EU-Zulassung von Lebensmittelbetrieben im Land Berlin zu informieren.

Herr Dr. Sagebiel, Referatsleiter für den gesundheitsbezogenen Verbraucherschutz, stellte einleitend das Amt und deren Aufgabenbereiche vor. Herr Dr. Giffey leitete das halbtägige Fachseminar und informierte die Delegierten über die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbeteiligten und den Kontrollbehörden im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Es wurde das landesspezifische Qualitätsmanagementsystem zur einheitlichen amtlichen Zulassung von Betrieben, die Lebensmitteln tierischen Ursprungs verarbeiten und in den Verkehr bringen, dargestellt. Die Herausforderungen der Flexibilität in Bezug zu den rechtlichen Anforderungen an eine EU-Zulassung waren ebenfalls Bestandteil der Fachvorträge.

Im Rahmen des Deutschlandaufenthalts wird die Delegation weitere Behörden und Betriebe in verschiedenen Bundesländern besuchen, um ein umfangreiches Bild der qualitätsgesicherten Arbeit im Bereich der Lebensmittelsicherheit zu bekommen.



Bild: LAGeSo

Rede zur Lage der EU

## "In Wirklichkeit plädiert Juncker für ein Kerneuropa"

Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Eckart Stratenschulte hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede in Straßburg für ein Kerneuropa plädiert. Dieses Kerneuropa sei für Juncker die Eurozone. Die Hoffnung, etwa eine gemeinsame Sozialpolitik mit allen 28 EU-Staaten zu erreichen, habe Juncker aufgegeben, sagte Stratenschulte im DLF. Dazu habe ihn auch die ablehnende Haltung vieler Länder bei der Aufnahme von Flüchtlingen veranlasst.

### Eckart Stratenschulte im Gespräch mit Jochen Spengler

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf einer Pressekonferenz über das Referendum in Griechenland über das EU-Reformpaket. (picture alliance / EPA / Olivier Hoslet)

*"Natürlich hat Juncker das Reizwort Kerneuropa nicht benutzt,"*

*sagte Eckart Stratenschulte im DLF.*

*(picture alliance / EPA / Olivier Hoslet)*

**Jochen Spengler:** Junckers Vorschläge stoßen wie gehört in etlichen EU-Ländern auf Ablehnung, und darüber wollen wir im Deutschlandfunk mit dem Politikwissenschaftler Professor Eckart Stratenschulte sprechen, dem Leiter der Europäischen Akademie Berlin, der nun live am Telefon ist. Guten Abend nach Berlin, Herr Stratenschulte.

**Eckart Stratenschulte:** Ja, guten Abend.

**Spengler:** Um einen Satz von eben aufzunehmen: Haben die Osteuropäer das Recht auf eine eigene Meinung in der EU oder nicht?

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

**Stratenschulte:** Hier geht es ja nicht um eine eigene Meinung, sondern es geht ja um die Frage, ob man als Solidarverbund miteinander auf ein Problem reagiert, oder ob jeder macht was er will. Also so zu tun, als sei hier die Meinungsfreiheit eingeschränkt, das ist schon eine ziemliche Chuzpe und geht an der Sache völlig vorbei. Natürlich hat jeder das Recht auf eine eigene Meinung, aber hier geht es nicht um eine Diskussion, sondern hier geht es darum, dass wir eine konkrete Situation gemeinsam bewältigen müssen. Und dass Länder, die viele Jahre lang Solidarität der anderen genossen haben, jetzt sagen, Solidarität nehmen gerne, aber geben nicht, da halten wir uns zurück und das kaschieren wir mit Meinungsfreiheit, das ist schon ziemlich frech.

**Spengler:** Sie haben gerade gesagt, wie bewältigen wir das gemeinsam. Ist nicht das Konzept der Bewältigung einfach völlig konträr? Die einen sagen, unter anderem Deutschland, wir müssen die Hilfesuchenden aufnehmen und gerecht verteilen, und die anderen sagen, nein, wir müssen sie abweisen und unsere Außengrenzen schützen. Ist nicht beides legitim?

**Stratenschulte:** Ja, beides ist legitim. Aber in Wirklichkeit müssen wir doch einen Dreischritt gehen. Erstens: Die Menschen, die da sind oder die unterwegs sind, die müssen doch versorgt werden. Die können wir doch jetzt nicht an der Autobahn kampieren lassen, oder in Bahnhöfen, oder wieder zusammenknüppeln und dann 200 Kilometer laufen lassen. Zweitens muss man natürlich die Fluchtursachen bekämpfen, das ist ja richtig. Aber das ist nichts, was über Nacht geschehen kann. Und drittens müssen wir natürlich auch sehen, dass wir die Außengrenzen schützen, da wieder zu normalen Verhältnissen kommen, aber das kann doch jetzt nicht zu Lasten derer gehen, die mittlerweile schon längst auf unserem Gebiet sind, oder unmittelbar vor der Grenze stehen und da nicht das Existenzminimum haben.

**Spengler:** Vertritt Deutschland in der Flüchtlingsfrage eigentlich die Mehrheit, oder befindet es sich möglicherweise in der Minderheit in der EU?

**Stratenschulte:** Ich glaube, Deutschland vertritt eher die Minderheit und wird ja nun kritisiert im Augenblick wegen zu viel Menschlichkeit. Da ist uns in der Geschichte schon Schlimmeres passiert, als eine solche Kritik zu kassieren.

**Spengler:** Ja, das kann man sagen.

**Stratenschulte:** Dahinter steckt allerdings Folgendes. Die Flüchtlingsproblematik ist eine Krise, aber sie ist auch Ausdruck der Krise der Europäischen Union, dass die Europäische Union oder die 28 Mitgliedsstaaten im Augenblick nicht wissen, wohin sie miteinander wollen. Und wenn man die Rede von Juncker richtig gehört hat, dann hat er die Hoffnung, die Ziele, die er genannt hat, mit den 28 zu erreichen, auch aufzugeben. In Wirklichkeit plädiert Juncker - das spielt bisher in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle - in seiner Rede für ein Kerneuropa, und dieses Kerneuropa ist für ihn die Eurozone. Da will er eine gemeinsame Sozialpolitik schaffen, da will er Konvergenz schaffen, da will er eine Art Schatzamt schaffen, und das bedeutet, wenn sich das realisiert, dass es ein Europa von mindestens zwei Kreisen gibt, weil offensichtlich Juncker auch sieht, dass mit denjenigen, die Sie jetzt ja auch gerade zitiert haben mit ihren ablehnenden Stellungnahmen, diese Ziele nicht erreichbar sind.

**"Zur Quotenregelung gehört natürlich auch eine einheitliche Behandlung der Flüchtlinge"**

**Spengler:** Lassen Sie, bevor wir auf Kerneuropa zu sprechen kommen, uns noch einen Moment bei der Flüchtlingspolitik selbst bleiben. Herr Juncker möchte ja so eine Art Quotenregelung. Aber kann das funktionieren, wenn wir heute sehen, dass die Flüchtlinge selbst sich nicht daran halten wollen, dass sie selbst entscheiden wollen, wo sie sich niederlassen, zum Beispiel in Schweden und deshalb wollen sie nicht in Dänemark bleiben?

**Stratenschulte:** Nein. Das liegt ja daran, dass sie in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich behandelt werden, dass einige Länder ja regelrecht Vergrämungsmaßnahmen eingeleitet haben und durchführen. Zu der Quotenregelung gehört natürlich auch eine einheitliche Behandlung der Flüchtlinge, wie das ja auch längst geregelt war. Solange es einem Flüchtling im Land A wesentlich besser geht als im Land B, wird er natürlich immer in das Land A wollen. Wenn die Menschen dann mal bei uns leben und integriert sind, dann werden sie auch von der Freizügigkeit Gebrauch machen können, und dann kann es ja immer noch sein, dass jemand nach Schweden zieht, wo seine Familie ist, oder von Schweden nach Österreich, oder wie auch immer. Also wir müssen auch einigermaßen gleiche Bedingungen schaffen, unter denen die Menschen leben können.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

**Spengler:** Das wird ja dann noch viel schwieriger und die Europäische Union ist ja schon jetzt in keinem guten Zustand. Das hat der Kommissionspräsident heute gesagt. Zu wenig Europa, hat er gesagt, zu wenig Union. Wo sehen Sie die Ursachen dafür?

**Stratenschulte:** Die Ursachen liegen meines Erachtens darin, dass die Europäische Union die Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts ist, alle Ziele erreicht hat, die ihr damals bei der Gründung gestellt worden sind, wir aber mittlerweile im 21. Jahrhundert leben und keine gemeinsame Vision von diesem Europa mehr haben. Da gibt es Länder, die wollen mehr Integration, dazu gehört im Prinzip auch Deutschland, und es gibt andere, die sagen, das reicht so wie es ist, und wiederum andere, die sagen, nein, wir müssen zurückfahren, bis hin zum Extrem Großbritannien, die sagen, wir überlegen uns, auszusteigen. Wir haben im Augenblick keine gemeinsame Zieldefinition und deshalb sucht jeder sein Heil eigentlich jetzt in kurzfristigen nationalen Vorteilen. Das Ergebnis erleben wir gerade bei der Flüchtlingsdebatte.

**Stratenschulte: Europa ist sich nicht einig, das zeigt auch die Flüchtlingskrise**

**Spengler:** Jetzt muss ich mal ein bisschen Wasser in den Wein gießen, Herr Professor. Sie haben gerade gesagt, die Europäische Union ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte, alle Ziele erreicht. Ich erinnere mich noch gut, dass die Europäische Union im Jahre 2010 der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt werden wollte. Dann müssen wir an die Eurokrise erinnern. Es gibt bis heute keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Es gibt, wie wir festgestellt haben, keine gemeinsame Flüchtlingspolitik. Großbritanniens möglicher Austritt droht. Das ist doch eigentlich alles kein Zeichen für eine gemeinsame Erfolgsgeschichte.

**Stratenschulte:** Das stimmt. Ich sagte, alle Ziele erreicht, die ihr damals bei der Gründung gestellt worden sind. Das war die Sicherung des Friedens unter den Mitgliedsstaaten, das war der Wiederaufbau Europas, das war das Standhalten im Ost-West-Konflikt, das war auch die

[www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de), 09.09.2015

Teil 5

Vereinigung des europäischen Kontinents. Das alles ist gelungen und jetzt steht man an der Situation und sagt, wenn wir das Ziel erreicht haben, warum steigen wir nicht aus dem Zug. Das sagen die einen. Oder warum bleiben wir nicht sitzen, aber lassen den Zug nicht weiterfahren. Das sagen die nächsten. Oder warum fahren wir mit dem Zug nicht weiter. Darüber sind wir uns nicht einig und an dieser Flüchtlingskrise wird das jetzt sehr deutlich und es führt auch zu einem Mangel an Solidarität, der sich in dieser Situation auswirkt und in vielen anderen auch.

**Spengler:** Und da würden Sie sagen, Kerneuropa ist die Antwort, dann koppeln wir halt den Zug ab und fahren nur mit denen weiter, die wollen?

**Stratenschulte:** Das ist das, was Herr Juncker heute letztendlich in seiner Rede gesagt hat. Natürlich hat er das Reizwort Kerneuropa nicht benutzt. Er hat aber gesagt, wir brauchen mehr Konvergenz, ich möchte eine soziale Säule einziehen in die Europäische Union, und hat gesagt, das alles muss innerhalb der Eurozone geschehen, und das heißt, in 19 Staaten von 28, weil er ganz offensichtlich nicht die Hoffnung hat, dass das mit den anderen erreichbar ist. Das nehme ich erst mal zur Kenntnis. Das hat weitreichende Konsequenzen natürlich auch für das institutionelle Gefüge der Europäischen Union. Welche Rolle spielt dann das Europäische Parlament? Welche Rolle spielt die Kommission, wenn nicht mehr alle, die da drinsitzen, für alles eigentlich mitreden können? Das muss man durchdenken, aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es im Augenblick einige gibt, die sagen, wir bremsen, wir wollen nicht weitergehen, und die anderen sich überlegen müssen, wie sie mit dieser Situation umgehen.

Deutschlandradio © 2009-2015

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Aggelioforos, 19.09.2015

ΚΟΣΜΟΣ

39

Σάββατο 19 Σεπτεμβρίου 2015

Aggelioforos

## Περί αλληλεγγύης

Η Ευρώπη και το μέλλον της μέσα από τα μάτια της Γερμανίας και του Νότου

ΑΠΟΣΤΟΛΗ ΣΤΟ ΒΕΡΟΛΙΝΟ  
ΔΗΜΗΤΡΑ ΜΑΚΡΗ  
d.makri@ekdotiki.gr

**Σε μια δύσκολη χρονικά συγκυρία έπειτα από την κρίση με την Ελλάδα και ενώ είναι σε εξέλιξη η εκκίνηση με τους πρόσφυγες, έντεκα δημοσιογράφοι από τις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, Πορτογάλοι, Ισπανοί, Ιταλοί και Έλληνες, βρέθηκαν στο Βερολίνο. Σε μια εποχή που η ευρωπαϊκή ενότητα, η αλληλεγγύη και το αντίστοιχο μέλλον αμφισβητούνται, στόχος της αποστολής ήταν να αποδειχθεί πως αυτό που τίθεται εν αμφιβόλω υπάρχει και θα υπάρχει.**

Τα μέλη της αποστολής συνάντησαν, συναντήθηκαν και αντάλλαξαν απόψεις με υψηλά ιετάμενους της γερμανικής κυβέρνησης, από την καγκελάρια και το υπουργείο Εξωτερικών, στο Κοινοβούλιο και την Τράπεζα της Γερμανίας μέχρι τους εκπροσώπους του Τύπου και του γερμανικού Ερυθρού Σταυρού. Όλοι, ο καθένας από τη σκοπιά του, φρόντιζαν να εξηγήσουν τη θέση της Γερμανίας και να απαντήσουν με κάποιο τρόπο αυτό που φαίνεται σκληρό κι άγεγκο σε ό,τι αφορά τη στάση του Βερολίνου έναντι θεμάτων όπως η σταθερότητα στην ευρωζώνη, η ανάγκη ύπαρξης μιας ενιαίας φωνής στο προσφυγικό-μεταναστευτικό, η ανάγκη να διατηρηθεί το ευρωπαϊκό εποικοδόμημα ως έχει μια που σε ό,τι αφορά «το περισσότερο οικονομική ένωση και περισσότερο πολιτική ένωση» - πράγματα που σημαίνουν κοινή φορολογία, κοινές δαπάνες-, το ζήτημα δεν είναι αποκλειστικά της Γερμανίας αλλά αφορά και το αν και το πόσο άλλες μεγάλες δυνάμεις της ΕΕ θα δέχονταν να αφήσουν τμήμα της κυριαρχίας τους προς τις Βρυξέλλες και υπέρ μιας ουσιαστικότερης, βαθύτερης ένωσης. Σε ό,τι δε αφορά τη Γερμανία, η ίδια μν έχοντας αντίστοιχη εμπειρία με την έννοια της κυριαρχίας, θεωρητικά δε θα διατάζε να το πράξει.

Οι μέρες της παραμονής στο Βερολίνο συνέπεσαν με εκείνες

που ήθελαν τη χώρα να είναι έτοιμη να υποδεχτεί 800.000 πρόσφυγες. Οι λόγοι είναι και πραγματιστικοί και τους παραδέχτηκαν σχεδόν όλοι οι συνομιλήτες. Δηλαδή, προτίθενται να κάνουν μια καλή πρόξη -έκείνους δηλαδή από ανθρωπιστικά κριτήρια-, γνωρίζουν ωστόσο πως μέσω αυτής βοηθούνται και οι ίδιοι επειδή έχουν ανάγκη εργατικών χεριών και οι μετανάστες μπορούν να συνδράμουν κι έτσι να σωθεί και το ασφαλιστικό σύστημα. Δυστυχώς, η ευφορία κράτησε λίγο... Τέλη της προηγούμενης εβδομάδας ήταν η αποστολή, τέλη αυτής το προσφυγικό πήρε άλλες διαστάσεις και η ευρωπαϊκή αλληλεγγύη άλλη μια φορά αναβλήθηκε για την επόμενη Σύνοδο Κορυφής.

Το καλά δομημένο πρόγραμμα της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας του Βερολίνου, της οικοδόμησης του προγράμματος δηλαδή, έδωσε σε όλους τη δυνατότητα να συνομιλήσουν, να ανταλλάξουν απόψεις, να γνωριστούν και να καμφθούν οποιεσδήποτε προκαταλήψεις και στερεότυπα. Να διαφανεί πως επί γερμανικού εδάφους υπάρχει μια οργάνωση, μια αλληλεγγύη κινήσεων, μια πολιτική που τηρείται, επιτροπές που συσκέπτονται πιο άμεσα κι από τις Βρυξέλλες, κανόνες οι οποίοι πρέπει να ακολουθούνται για να καταφέρει να σταθεροποιηθεί αυτό το εποικοδόμημα. Πως σε ό,τι αφορά το αν υπάρχει χάσμα ανάμεσα στις χώρες κι αν εκφέρεται δυσπιστία για τα θεμέλιά του, θα πρέπει να σταματήσουν οι Ευρωπαίοι να αντιδρούν με τη λογική που λέει πως «αν πάει κάτι καλά, οφείλεται στην καλή κυβέρνηση κι αν πάει κάτι λάθος, τότε φταίει η ΕΕ». Πως αν κάποια χώρα χρωστάει πολλά φέρει κι αυτή μερίδιο ευθύνης επειδή δεν ακολούθησε τους κανόνες. Πως κι άλλες χώρες τέθηκαν σε πρόγραμμα αλλά εκεί υπήρχε η πολιτική συμφωνία όλων των κομμάτων για τον τρόπο εξέδου από την κρίση, κάτι το οποίο τελικά και απέδωσε.

### Περισσότερη ΕΕ;

Σε ό,τι αφορά τον ευρωσκεπτικισμό και το αν αποτελεί τροχοπέδη για το μέλλον της Ένωσης... εκεί διαπιστώθηκε σχεδόν

από όλους πως υπάρχει ανάγκη για περισσότερη Ευρώπη αλλά μια Ευρώπη που θα σεβάζεται τον εαυτό της και θα αναλαμβάνει τις υποχρεώσεις της, θα είναι περισσότερο ισορροπημένη. Πως η Γερμανία- «ο απρόθυμος ηγεμόνας» - έχει ένα ρόλο να διαδραματίσει, να βοηθήσει κάθε χώρα σε ανάγκη να ορθοποδήσει - κι όχι μόνο την Ελλάδα- να κλείσει τα διάφορα μέτωπα στο γύρω της περιβάλλον, να δείξει αλληλεγγύη και να προσπαθήσει να ενθαρρύνει όλα τα κράτη- μέλη να αποδεχθούν τις ποσοτώσεις - ειδικά σε ό,τι αφορά το μεταναστευτικό έτσι ώστε να υπάρχει μεγαλύτερη σιμνοια και λιγότερη ανισορροπία. Όλα αυτά διότι πρόκειται για ένα κράτος υγιές, πολιτικά σταθερό, οικονομικά ισχυρό το οποίο μπορεί να αναλαμβάνει τις υποχρεώσεις που εκπηγάζουν από τη δυναμική του αλλά πάντα και μέσα στο ευρωπαϊκό πλαίσιο ώστε να αποδεικνύει πως είναι ομαδικός παίκτης. Πως δεν έχει κώλυμα με τη λήπτητα απλώς, πως η χώρα αντιλαμβάνεται την οικονομική και κοινωνική κρίση με ένα μεικτό τρόπο που σχετίζεται με τις επενδύσεις και τον ισολογοισμό.

Ακόμη σε ό,τι αφορά τις κρίσεις στις περιοχές εκτός των ευρωπαϊκών συνόρων, δεν εξαρτώνται μόνο από την ΕΕ αλλά πως όλα σχετίζονται και με τις υπόλοιπες δυνάμεις, π.χ. τη Ρωσία, άρα θα πρέπει να βρεθεί ένας τρόπος με τον οποίο θα αποφεύγονται οι στρατιωτικές λύσεις, αλλά θα είναι συνδετικός των συμφερόντων όλων και θα σχετίζεται και με τη βελτίωση των κοινωνικοοικονομικών συνθηκών και με τη σταθερότητα.

Τέλος, σε ό,τι αφορά το ελληνικό κρέος, οι συνομιλήτες εκτίμησαν πως ενδεχομένως να βρεθεί ένας τρόπος κεκαλιμμένης αναδιάρθρωσης, μια που κούρεμά του εντός ΕΕ δεν είναι νόμιμο. Άρα προφανώς θα προκριθεί μια λύση με χαμηλό επιτόκιο ή χρονική επέκταση έτσι ώστε μέσω των διαφόρων μέτρων και των μεταρρυθμίσεων να δοθεί χρόνος ώστε να αποκατασταθεί η αξιοπιστία της χώρας, να δοθεί ώθηση και στην ανάπτυξη κι έτσι να αποπληρωθεί σε ορίζοντα χρόνο.



Σύσσημη η αποστολή των δημοσιογράφων του ευρωπαϊκού Νότου στο Βερολίνο

αυτόπτης μάρτυρας

## Το μαύρο πρόβατο...

Η αποστολή αυτή έγινε ενώ στην Ελλάδα εξελισσόταν ο προεκλογικός αγώνας. Με συνάδελφους δημοσιογράφους, μεταξύ των οποίων ο Αλέξανδρος Μάρκου και ο Χρυσόβαλάντης Λιόλιος, αλλά και με Γερμανούς πολιτικούς που λαμβάνουν μέρος στα κέντρα αποφάσεων και τα οποία εν πολλοίς θεωρούνται «κόκκινο πανί» για τον κάθε Έλληνα.

Τι συμπέρασμα βγήκε; Πως όλοι γνωρίζουν σκαριστικά πολλά για την Ελλάδα. Πως η «βαρουφακιάδα» προκάλεσε περισσότερο κακό παρά καλό. Λέγεται να αναφερθεί πως ο Γερμανός συνάδελφος του οικονομικού ρεπορτάζ είχε μιλήσει τρεις φορές με τον Γιάνη...

Πως η χώρα μας είναι το «μαύρο πρόβατο», ο κακός μαθητής, το κακό παράδειγμα μια που Πορτογαλία, Ισπανία και Ιρλανδία τα κατάφεραν και βγήκαν από αυτά ή ξεπερνούν την κρίση

- όσο κι αν είναι φουσκωμένοι οι αριθμοί τους και δυστυχισμένοι οι πολίτες τους, όσο τραβηγμένοι και να είναι το «success story» τους κι όσο κι αν η εκτίμηση αυτή σχετίζεται σε κάποιο ποσοστό και με την πολιτική σύγκριση του Χριστιανοδημοκρατικού Κόμματος της καγκελάριας Ανγκελα Μέρκελ με τη Δεξιά στις χώρες της βηρικής χερσονήσου.

Πως, δυστυχώς η κακή άσκηση εξουσίας από τις ελληνικές κυβερνήσεις και η αγκύλωση όλων σε λογικές παρελθοντικές και νοοτροπικές ξεπερασμένες για τη λειτουργία ενός κράτους στερεί από τον καθένα που βρίσκεται στο εξωτερικό και συγχρωτίζεται με Ευρωπαίους ομοϊδέηστες λογική επιχείρημα υπέρ της χώρας.

Πως σαφώς η μεγαλύτερη επαφή μεταξύ των κρατών λειοιάνει τις αντιθέσεις και τις αντιφάσεις ειδικά όταν γίνεται υπό όρους αμοιβαίου σεβασμού.

europäische erziehung 2-2015

ebb - aede

europäischer Bund für Erziehung  
und Wissenschaft e.V.  
www.ebb-aede.de

## Eva Kluchert: Formen differenzierter Integration und ihre Konsequenzen. Eine wissenschaftliche Tagung der Europäischen Akademie Berlin

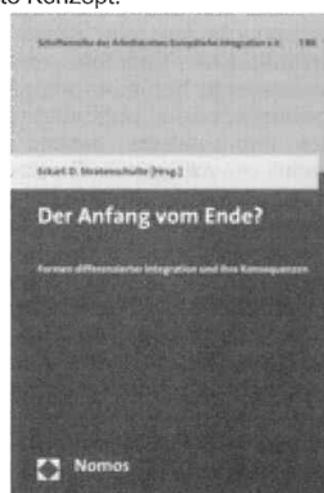
Die differenzierte Integration scheint das Zauberwort zu sein, welches im Zusammenhang mit der Krise verstärkt im politischen und im wissenschaftlichen Diskurs auftaucht. In der Tat ist die Idee verlockend: Jeder nimmt nur da teil, wo er möchte, und klinkt sich aus den anderen Bereichen aus. Das kann die EU voranbringen, da sie Vetos vermeidet und die Integration vertiefen kann, fragmentiert sie jedoch, da sich die Länder nicht mehr auf der gleichen Integrationsebene befinden. Vom 11. bis 13. Dezember 2014 widmete die Tagung der Europäischen Akademie Berlin<sup>45</sup>, des Arbeitskreises Europäische Integration, der Universität Passau, der Andrassy-Universität Budapest und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit diesem Thema eine Tagung<sup>46</sup>.

Den Einführungsvortrag hält Prof. Daniel Göler, Universität Passau. Er stellt die zwei prominentesten theoretischen Konzepte zu diesem Thema vor. Eines ist das Konzept des Kerneuropas von Schäuble-Lamers. Es baut auf der Idee auf, dass es ein Kerneuropa als festen Integrationskern gibt, und einen losereren Kreis von Ländern drumherum, die weniger integriert sind. Das Balladursche Konzept der konzentrischen Kreise baut ebenfalls auf einem Kernkreis umgeben von einem weiteren Kreis auf, sieht zusätzlich dazu aber einen dritten Kreis vor, dem nicht-EU-Staaten angehörten, die an Teilen der europäischen Integration teilnehmen

45 Eckart D. Stratenschulte (Hg.): Der Anfang vom Ende? Formen differenzierter Integration und ihre Konsequenzen, 2015, 310 S., 64,-€, ISBN 978-3-8487-2127-6

46 Das Seminar wurde vom Auswärtigen Amt sowie dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V. aus dem EU-Programm für lebenslanges Lernen und der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit finanziert

könnten. Es ist somit nach außen offener als das erste Konzept.



Der zweite Vortrag, gehalten von Bernhard Rinke, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Osnabrück, beschäftigt sich mit der differenzierten Integration im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Rinke leitet die Notwendigkeit für eine flexible Integration davon ab, dass dies hoch sensible Politikbereiche sind, in denen nationale Interessen nicht nur stark divergieren sondern die Staaten auch ungern Souveränität abgeben. Dies führe in Krisenzeiten zu einer Handlungsblockade. Zwei Formen der Flexibilisierung seien möglich, eine formale Flexibilisierung anhand von Instrumenten, die im Vertrag vorgesehen sind oder eine informelle Flexibilisierung in Gestalt von „Clubs der Reformwilligen“. Die These die Rinke aus seiner Forschung heraus formuliert, ist, dass erstere legitim aber ineffektiv seien, letztere zwar nicht legitim seien, die EU dafür aber erst handlungsfähig machen würden.

europäische erziehung 2-2015



Mit den rechtlichen Grundlagen der verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der EU-Verträge beschäftigt sich der Vortrag von Sebastian Otzenhausen. Im Mittelpunkt seiner Analyse steht die Frage nach dem Verhältnis von Verstärkter Zusammenarbeit und Acquis Communautaire. Er macht deutlich, wie wenig dieser Bereich bis jetzt geregelt sei und das selbst Fragen nach einem möglichen Austritt aus einer Verstärkten Zusammenarbeit noch nicht geregelt seien.



#### Europäische Akademie Berlin

Funda Tekin, vom Institut für Europäische Politik, geht der Frage nach den Ergebnissen von differenzierter Integration im Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts und der Angst vor einem Zerfall oder dem sogenannten Rosinenpicken einiger Länder nach. Dänemark, Großbritannien und Irland sind die Länder, die opt-out Optionen besitzen. Für die EU ergäben sich zwei Herausforderungen: zum einen der Umgang mit der Volatilität und zum anderen die Sicherung der Kohärenz im Acquis Communautaire. Tekin zieht den Schluss, dass ein hoher Grad an Volatilität vorherrsche, der eine hohe Komplexität mit sich bringe, dass aber keine substanzielle Desintegration zu beobachten sei. Die Mechanismen zur Wahrung der Kohärenz funktionierten gut und dämmten das Rosinenpicken von Großbritannien und Irland ein. Dänemark hingegen werde zunehmend marginalisiert.

Der zweite Tag der Tagung beginnt mit einem Vortrag von Christian Deubner, Mitglied des

FEPS Scientific Council, der die Eurogruppe unter die Lupe nimmt. Insgesamt sei durch die Krise ein Trend hin zu einer vermehrten Kompetenzverlagerung auf die EU-Ebene zu beobachten. Da Länder über den Euro entscheiden, die selbst nicht oder noch nicht Mitglied in der Eurozone sind, und die dies auch nicht vorhätten, entstehe ein Dilemma. Diesem könne man mit einem neuen Exekutivgremium, wie beispielsweise einem Eurorat, entkommen. Es stellt sich die Frage, ob ein Zerfallen der EU in zwei Gruppen ein Problem ist. Deubner argumentiert jedoch, dass ein Scheitern des Euro nicht mit einem Scheitern Europas gleichzusetzen sei.

Ob durch die Krise „Staaten zweiter Klasse“ entstanden sind, ist das Kerninteresse des Vortrags von Max Lüggert, von der Universität Bonn. Da sich die Mitgliedstaaten, die auf finanzielle Hilfe von der EU angewiesen sind, zusätzlichen Regeln unterwerfen müssten, entstehe eine Differenzierung der Euroländer. Auch wenn die Krisenländer ihre Position in den Unionsorganen beibehalten hätten (kein Abzug von Stimmrechten) und die Staaten somit weiterhin gleichberechtigte Partner in den Verhandlungen seien, so entstünden neue Abhängigkeiten, welche die Krisenstaaten in eine Position der Schwäche gedrängt hätten.

Der Vortrag von Katharina Crepez, behandelt separatistische Bewegungen in Schottland und anderen EU Ländern. Crepez sieht eine differenzierte Integration innerhalb der Regionen als Möglichkeit einer Abspaltung entgegenzuwirken. In den meisten Regionen würde regionale Identitäten gegenüber ethnischen überwiegen und die Europäische Integration würde allgemein positiv wahrgenommen, da sie die als störend empfundenen nationalen Grenzen abschwäche und als Gegenpol zu nationalstaatlicher Kontrolle fungiere.

Das Potential makroregionaler Strategien, als neue Form Mitglieder und Nachbarn zu integrieren, ist das Thema des Vortrags von Prof. Dr. E. Bos von der Andrassy-Universität Budapest. Die Erweiterungsrounden hätten zu einer vergrößerten Heterogenität geführt. Ziel der ma-

europäische erziehung 2-2015

ebb - aede

europäische Akademie für Erziehung  
und Wissenschaft e.V.  
www.europeanacademy.eu

kreoregionalen Strategie sei es daher, territoriale Ungleichheiten auszugleichen. Die Hoffnung bestehe, dass in einem bottom-up Approach auf die spezifischen Bedürfnisse einer Region eingegangen werden könne. Da weder neue Gelder zur Verfügung stünden noch neue Gesetze erlassen oder Institutionen gegründet würden, bestehe das Ziel darin, vorhandene Mittel und Programme effizienter zu nutzen und die weniger weit entwickelten Länder durch die entwickelten Länder vermehrt zu unterstützen.

Die externe Dimension der differenzierten Integration wurde in dem abschließenden Vortrag von Dr. Christian Schnellbach von der Andrassy-Universität und der LMU München am Beispiel der Östlichen Partnerschaft beleuchtet. Die EU habe nach der Osterweiterung neuen Nachbarn gegenüber gestanden. Ziel sei eine Annäherung dieser Länder an die EU und die Gewährleistung von Stabilität, Sicherheit und die Förderung von Wohlstand gewesen. Es sei jedoch deutlich, dass die östlichen Partnerländer große Unterschiede aufweisen und dass die EU eine differenzierte Integration daher nicht nur nach innen, sondern auch in den Außenbeziehungen brauche und nicht mit einem „one-size-fits-all“ Ansatz arbeiten könne.

Der letzte Tag der Tagung wird bestimmt durch einen Scenario Workshop, in welchem 5 Zukunftsszenarios entworfen werden. Diese beinhalten eine verstärkte Differenzierung, eine tiefere Integration für alle Mitglieder, eine neue Erweiterung, dem entgegengesetzt eine Verklei-



## Europäische Akademie Berlin

nerung der EU, und die Herausbildung eines Europas der konzentrischen Kreise. Alle Szenarien werden von den Teilnehmern angeregt diskutiert und es wird deutlich, dass die differenzierte Integration nicht als Allerheilmittel gehandelt werden kann. Das Maß, in dem sie Lösungsansätze bietet, ist von Politikfeld zu Politikfeld sehr verschieden. So könne sie die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik vielleicht handlungsfähiger machen und nationalen Minderheiten mehr Räume zur Entfaltung bieten, gleichzeitig könnten soziale Spannungen und eine vermehrte Angst der kleinen, oder wirtschaftlich schwachen Länder zunehmend an den Rand gedrängt zu werden, eine Folge sei.

**Eva Kluchert** ist Studentin im Masterstudium der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und der Sciences Po Paris. Von August bis Oktober 2014 arbeitete sie als Praktikantin bei der Europäischen Akademie Berlin und bereitete die Tagung zur differenzierten Integration mit vor.

### The New Practical Guide to the EU-Labyrinth<sup>47</sup>

Diese Neuauflage eines 'praktischen Führers' durch das Labyrinth der EU-Entscheidungsprozesse basiert auf 15 Auflagen in englischer und französischer Sprache, die vielfach in mehr als 20 Sprachen übersetzt wurden. Der Herausgeber, Daniel Guéguen, ist seit bald 25 Jahren

als Lobbyist in Brüssel tätig und kennt sich somit sehr gut in den Wegen und Irrwegen der sog. „Brüsseler Bürokratie“ aus und legt auch manchen versteckten Weg offen, ohne aber wirkliche Geschäftsgeheimnisse zu verraten. Dem Anspruch einer Beratungsagentur entspre-

<sup>47</sup> Guéguen, Daniel; Marissen, Vicky: The New Practical Guide to the EU-Labyrinth. - Brüssel 2015, 128 Seiten, 25,- € plus 10,- € Porto; bestellbar unter: <http://www.pacteurope.eu/the-new-practical-guide-to-the-eu-labyrinth/>

## Is solidarity in Europe fading?

At 19:00 CET on the 1st October 2015, the Freiblickinstitut (<http://www.eurozine.com/timetotalk/category/ttt-locations/freiblickinstitut-berlin/>) hosted a debate on the current status of European solidarity. This debate, entitled *Is solidarity in Europe fading?*, took place in the BiTS Hochschule at 31 Bernburger Straße, Berlin. 

People who were unable to enjoy the debate live on the 1st October can now access a full audio recording here on this page and video highlights will soon also be made available.

Speakers / Topic / Recording / Location



### About the debate:

In July, the German chancellor, Angela Merkel, described the Eurogroup negotiations as having been comprised of days whose drama it would be barely possible to surpass. And, when the German finance minister, Wolfgang Schäuble, threatened Greece with expulsion from the eurozone, tensions appeared to escalate, with the Italian prime minister, Matteo Renzi making his position clear in a statement to the Italian newspaper *Il Messaggero*: "Italy does not want Greece to leave the euro and to Germany I say: enough is enough (<http://www.reuters.com/article/2015/07/12/us-eurozone-greece-renzi-idUSKCN0PM08320150712>)". And, Renzi was not alone, with, for example, Luxembourg's foreign minister, Jean Asselborn, also feeling moved to warn that a Grexit would be "fatal" for Germany's international reputation (<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/8681a02a-287d-11e5-8613-e7aedbb7bdb7.html>).

[www.eurozine.com](http://www.eurozine.com), 01.10.2015

Frictions have also emerged on other issues, such as how to organise the current influx of refugees. While thousands of migrants are left stranded on the small islands of Lampedusa, Kos and Lesbos, the German interior minister, Thomas de Maizière, has accused southern European nations of not fulfilling their obligations (<http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/fluechtlingskrise-de-maiziere-droht-mit-ende-der-offenen-grenzen-13650071.html>) according to the EU's Dublin III Regulation (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1441730371205&uri=CELEX:32013R0604>). And, in October 2014, Italy's Mare Nostrum rescue operation was abandoned due to the unwillingness of other EU nations to support the programme (<http://www.wsj.com/articles/italy-seeks-eu-funds-as-migrant-flood-rises-1403733552>). Yet, as rescue operations in the Mediterranean are reduced (<http://www.economist.com/news/europe/21649712-emergency-meeting-brussels-produces-inadequate-plan-save-migrants-do-not-send-me-your>), countries are not calling for more Europe-wide support, but are instead temporarily suspending the Schengen Agreement and reinstating border controls (<http://www.ibtimes.com/eu-refugee-crisis-czech-republic-beefs-security-austrian-border-after-germany-2094564>). In an extreme case, Hungary even appears to be preparing to build a fence between itself and its EU neighbour Romania (<http://www.dw.com/en/hungary-to-build-anti-immigrant-fence-on-romanian-border/a-18716031>).

So, is solidarity in Europe fading or have these tensions, which have suddenly become so apparent, been quietly present since the EU's very foundation? After all, the former German chancellor Helmut Kohl once said that, if he had held a national referendum about the introduction of a common currency, the euro would never have come into existence (<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/germany/9981932/Helmut-Kohl-I-acted-like-a-dictator-to-bring-in-the-euro.html>). Are we therefore witnessing a diplomatic crisis or a deeper political one? And, what does solidarity mean? Is it perhaps the case, that true solidarity was never part of the EU's project since this would have presupposed a much closer political union?

Furthermore, how much should we differentiate between solidarity for causes and people and for that for legislation, the different formal classifications of Europe and the roles of member states and their populations within the EU's institutional structures? After all, while many Germans feel that financial solidarity should be limited in relation to Greece (<http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-03-15/germans-tired-of-greek-demands-want-country-to-exit-euro>), there have recently been impressive shows of support for refugees arriving in the country (<http://www.theguardian.com/world/2015/sep/05/refugee-crisis-warm-welcome-for-people-bussed-from-budapest>). Similarly, while French farmers protest at the import of foreign produce (<http://www.theguardian.com/world/2015/jul/27/france-farmers-border-roads-protest-imports-germany-spain>) and a referendum on EU membership

(<http://www.bbc.com/news/uk-politics-32810887>) is proposed in the UK, a great many people clearly continue to appreciate the ability to travel and work abroad (<http://www.eurozine.com/timetotalk/assets/Freedom-of-movement-Eurostat.jpg>) which the Schengen agreement grants them. And, contrary to the current sense of crisis, recent opinion polls show that a majority of British, French, German, Italian, Polish and Spanish citizens all view the European project positively (<http://www.pewglobal.org/2015/06/02/faith-in-european-project-reviving/>).

How then can we make sense of these seeming contradictions? Do we really need to give up the positive vision of a united, peaceful Europe or can we still work together to resolve our problems?

**Speakers:**

Christian Moos (<http://www.eurozine.com/timetotalk/christian-moos/>), General Secretary of Europa-Union Deutschland and Business Division Head within the German Civil Service Federation.

Weronika Priesmeyer-Tkocz (<http://www.eurozine.com/timetotalk/weronika-priesmeyer-tkocz/>), Director of Studies, European Academy Berlin

Funda Tekin (<http://www.eurozine.com/timetotalk/funda-tekin/>), Senior Researcher, Institute for European Politics and *Centre internationale de formation européenne*

Georgios Varouxakis (<http://www.eurozine.com/timetotalk/georgios-varouxakis/>), Professor of the History of Political Thought, Queen Mary's College, University of London

Bruno Waterfield (<http://www.eurozine.com/timetotalk/bruno-waterfield/>), Brussels Correspondent, The Times

Artikel vom 05.10.2015 - 17.08 Uhr

## Zeitzeugenbericht wie ein Krimi

**Allendorf/Lumda (vh). Revolutionsluft weht über Allendorf sonst eher nicht. Mitunter wird dort gegen Neonazis demonstriert. Doch am Freitagnachmittag durften 100 Personen in Reunings Halle der Kunst an einem gewichtigen Stück deutscher Geschichte teilhaben. Ein ehemals im Lumdatal wohnender Student machte später in Berlin Karriere und wurde vor 25 Jahren ebendort ein Zeitzeuge und mehr der ersten Stunde des deutschen Mauerfalls.**



So wird Geschichte lebendig:  
Die Klasse R10c der Allendorfer  
Gesamtschule bei der Einheitsfeier in  
der Lumda-Stadt. (Foto: vh)

© Volker Heller

Während in Frankfurt die zentralen Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung stattfanden, hatten der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und der Oppositionsführer im Landtag, SPD-Fraktions- und Parteichef Thorsten Schäfer-Gümbel, die Kommunen aufgefordert, sich mit verschiedenen Veranstaltungen dem Einheitsgedenken anzuschließen. Die Arbeitsgemeinschaft Heimatgeschichte Allendorf/Lumda zögerte nicht und bereitete eine Gedenkausstellung mitsamt Gedenkfeier zur Würdigung dieser friedlichen

Revolution vor. Noch aus der Schulzeit kennen sich der 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Manfred Lotz, und Eckart D. Stratenschulte (geb. 1952 in Heidelberg), der 1960 nach Allendorf kam, in Marburg studierte und promovierte und 1978 nach Berlin zog, während seine Eltern in Allendorf blieben.

1989 wurde Stratenschulte Referatsleiter für Film, Funk, Fernsehen in der Senatskanzlei im Westberliner Rathaus Schöneberg. Sozialdemokrat Walter Momper war zu jener Zeit der Regierende Bürgermeister. Stratenschulte begleitete von Amts wegen die Maueröffnung und Hauptstadtwerdung Berlins. 1993 übernahm er die Leitung der Europäischen Akademie Berlin. Seit 1999 hat er einen Lehrauftrag im Fach Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Als Zeitzeuge gab Stratenschulte in Reunings Halle der Kunst den Dampfplauderer von allerhöchstem Unterhaltungswert. Spannender hätte kaum ein Krimi sein können. Denn Wiedervereinigung sei keinesfalls so gewesen, dass ein Bundeskanzler Kohl mit dem Finger geschnippt hätte. Der Prozess sei eingebettet gewesen in der mitteleuropäischen Revolution, so Stratenschulte.

Just an seinem ersten Arbeitstag hätten die Ungarn den Grenzzaun zur DDR aufgeschnitten. Über das legendäre paneuropäische Picknick an der österreich-ungarischen Grenze hatten der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg und der ungarische Staatsminister Imre Pozsgay die Schirmherrschaft übernommen. Hier gab es die erste Massenflucht von DDR-Bürgern. Heute mache Ungarn sich in Sachen Flüchtlinge eher unbeliebt, meinte Stratenschulte.

Am 9. November 1989, den Tag des historischen Mauerfalls, hatten der Professor und seine Ehefrau abends gegen 20.10 Uhr am Flughafen Tegel eine junge Studentin abgeholt. Von den Ereignissen überrascht, kamen sie am Grenzübergang in der Invalidenstraße an, ehemals historisch gewachsene Durchgangsstraße Berlins, die seit 1961 zugemauert war.

# Deutsche Einheit in Allendorf/Lda. noch im Schaufenster

VERANSTALTUNGEN Vernissage in „Reunings Kunsthalle“ mit rund 100 Gästen / DDR-Witz von der Landrätin / Rede vom Leiter der Europäischen Akademie in Berlin



**E. Stratenschulte**

ALLENDORF/LDA. (keb) Zum Einheitswochenende wurde die Ausstellung „Der Weg zur deutschen Einheit“ in „Reunings Halle der Kunst“ eröffnet. Veranstalter war die Arbeitsgruppe Heimatgeschichte Allendorf/Lumda, die der Anfrage des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier folgte, anlässlich des 25. Jahrestags die geschichtlichen Ereignisse wieder ins Bewusstsein zu rufen. Die Ausstellung wurde unterstützt von der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und dem Auswärtigen Amt. Mehr als 100 Gäste waren gekommen, um die vielseitige Ausstellung über „Die friedliche Revolution“ in Augenschein zu nehmen. Auch Samstag und Sonntag war sie noch der Öffentlichkeit zugänglich. Seit gestern muss man sich am Schaufenster die Nase platt drücken.

Natürlich durfte das Markenzeichen der DDR, der Trabi, nicht fehlen und wurde vom Publikum entsprechend bewundert, so wie Plakate, Fotos, Texte und weiteres Informationsmaterial. Nach der Begrüßung des Vorsitzenden Manfred Lotz hatte Professor Dr. Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie in Berlin, das Wort. Stratenschulte lebte in den sechziger Jahren in Allendorf/Lda, bevor es



Plakate zeigten den Weg zur Einheit.

Menschen, die sich fremd sind, die „Besserwissis und Jammerosiss“. Stratenschulte glaubt, dass sich diese Entwicklung auch in der aktuellen Flüchtlingsthematik abzeichnen wird. In Berlin war man zunächst der Auffassung: „Mauer weg – alles gut!“

Aber erst als die Menschen die Unterschiede akzeptiert hatten, begann das Zusammenwachsen. So sei der 3. Oktober definitiv nicht als Tag der Deutschen Einheit zu verstehen, sondern als der Beginn einer Deutschen Einheit. Er endete mit einem Zitat von Regine Hildebrandt: „Bei der



Die Allendorfer Schüler kennen die Teilung nur aus Geschichtsbüchern. Fotos: Backes

nächsten Wiedervereinigung machen Reni!“ Bergen-Krause mahnte, weiter an der Einheit zu arbeiten, denn trotz 25 Jahren Einheit heiße es noch immer: „Die aus den neuen Bundesländern“.

Es sei wie in einer guten Ehe: Jetzt haben wir die Silberhochzeit geschafft, aber die Goldenen Hochzeit kommt nicht von allein. In szenischen Darstellungen präsentierten die Schüler der Gesamtschule Allendorf Aspekte der DDR und BRD vor 25 Jahren. Ein Swing-Trio, bestehend aus Lehrern der Gesamtschule, trug zur musikalischen Unterhaltung bei.

POLITIKA I EKONOMIJA

PACKE IZ BERLINA

## Visoki njemački dužnosnik: Hrvatsko rješenje za švicarce je opasno

Like Share 9 people like this. Sign Up to see what your friends like.

Tweet 1

G+1 0



Izvor: Reuters , Autor:REUTERS/Dado Ruvic

Autor: Gordan Duhaček iz Berlina

2.10.2015 17:10:51

2.10.2015 19:15:54

Visoki dužnosnik njemačkog ministarstva financija (Bundesfinanzministerium) u kratkom razgovoru za tportal.hr osvrnuo se na aktualno stanje u eurozoni, ali i na odluku vlade Zorana Milanovića o konverziji kredita u švicarskim francima, koju smatra pogrešnom

Što se u njemačkim vladajućim krugovima misli o Hrvatskoj, oduvijek je bila opsesija u Lijepoj Našoj, kao i to da se bude na liniji njemačke politike u Europi. Zahvaljujući izbjegličkoj krizi, Hrvatska je opet ušla u fokus njemačke politike, o čemu svjedoči ekstenzivno izvještavanje u njemačkim medijima o tome kako se vlada premijera **Zorana Milanovića** nosi s izbjegličkim valom, ali i davanje velikog prostora izjavama predsjednice **Kolinde Grabar Kitarović** o tome kako je njemačka kancelarka **Angela Merkel** stvorila kaos u Europi.

No u njemačkom Ministarstvu financija, smještenom u centru Berlina u Wilhelmstrasse (gdje je tijekom Drugog svjetskog rata bio i zloglasni Hitlerov bunker u kojemu je i skončao), glavne su teme i dalje eurozona i Grčka, s time da se obratila pozornost i na odluku hrvatske vlade o **konverziji kredita u švicarskim francima**. Ministarstvo na čijem je čelu **Wolfgang Schäuble** zapošljava nekoliko tisuća ljudi, a među važnijim stručnjacima ovog tehnokratskog behemota svakako su i oni zaduženi za europsku politiku i financije. Novinar tportala razgovarao je s jednim od visokih dužnosnika Bundesfinanzministeriuma - koji je inzistirao na anonimnosti i izostanku direktnih citata što mu je pak omogućilo mnogo iskrenije odgovore - o stanju eurozone, no i nekim specifično hrvatskim temama, kao što je drama oko kredita u švicarskim francima.

O potonjem je **Schäubleov bliski suradnik rekao da se u Europskoj uniji može čuti dosta kritike na račun hrvatske vlade koja je, smatra njemački dužnosnik, donijela pogrešnu odluku**. U kritici zakona koji je predložio hrvatski ministar financija **Boris Lalovac** moglo se još čuti kako je teret konverzije neravnomjerno raspoređen, te da je **previše toga svaljeno na leđa banaka**, što bi moglo dovesti do destabilizacije bankarskog sustava u Hrvatskoj. Zaključak je taj da se konverzijom kredita u švicarcima Hrvatska stavila u konfrontativan položaj u odnosu na ostatak EU-a.

Kada je pak riječ o potencijalnom ulasku Hrvatske u eurozonu, visoki dužnosnik njemačkog ministarstva financija nije htio biti konkretan u vezi vremenskog okvira u kojemu bi to bilo moguće ili poželjno, ali je napomenuo da se u europskim ugovorima sve članice EU-a ohrabruju s vremenom pristupiti zajedničkoj valuti, s time da nitko na to neće biti natjeran. Euro je uspješna priča, smatra njemački stručnjak, a to nije promijenila ni grčka kriza. Dapače, početni uspjeh eurozone omogućio je niske kamate članicama na međunarodnom tržištu, od kojih su se onda neke počele pretjerano zaduživati i to je u korijenu krize koja je 2009. eksplodirala u Grčkoj i prijetila cijeloj eurozoni, smatra Nijemac. Dodaje kako za ulazak u eurozonu treba biti dobro pripremljen, te da su najvažnije dvije stvari stabilnost državnih financija i fleksibilnost tržišta rada. Iz toga se pak može zaključiti da Hrvatska vjerojatno neće tako brzo moći konkurirati da uđe u eurozonu.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

RAZGOVOR S EBERHARDOM DIEPGENOM

## 'Ujedinjenje Njemačke je uspjelo iako su Britanci i Francuzi bili protiv toga'



Eberhard Diepgen sa simbolom DDR-a Trabantom koji je s istoka probio zid i stigao na zapad  
Izvor: Profimedia Profimedia , Autor: Profimedia

Autor: Gordan Duhaček

3.10.2015 19:46:00

3.10.2015 20:07:16

U razgovoru za [tportal.hr](http://tportal.hr) bivši berlinski gradonačelnik Eberhard Diepgen (CDU), koji je grad vodio skoro 16 godina, otkriva detalje iz burne povijesti glavnog grada Njemačke, govori o tome kako je ujedinjavao Istočni i Zapadni Berlin te analizira uspjehe i probleme ujedinjenja Njemačke, započetkog 3. listopada 1990. godine, dakle, prije točno četvrt stoljeća

U životu **Eberharda Diepgena**, rođenog 1941. u **Berlinu**, postoji period od dvije godine za kojim, čini se, nikad neće prestati žaliti. Ovaj ugledni njemački političar, član CDU-a i dugogodišnji gradonačelnik Berlina, na čelu njemačke metropole proveo je skoro 16 godina, i to od 1984. do 1989. te od 1991. do 2001. No baš u one dvije godine kada je pao Berlinski zid i kada su se i službeno u jednu državu ujedinile demokratsko-kapitalistička Zapadna i jednopartijsko-komunistička Istočna Njemačka, **Diepgen** je bio lider berlinske opozicije, a grad je iz glasovite Crvene vijećnice vodio socijaldemokrat **Walter Momper**.

Kada se razgovara s **Diepgenom**, koji je u međuvremenu omiljeni doajen njemačke politike i čovjek kojega na ulici prepoznaju kao simbol grada, te dvije mitske godine vječna su tema, kojima se bivši berlinski gradonačelnik stalno vraća, usput napominjući s ironijom koja skriva bol da je u vrijeme pada Zida bio u opoziciji.

No Diepgen je od 1991. godine imao veliki zadatak ujedinjenja od početka šezdesetih posve podijeljenog grada, kojemu je pristupio s kombinacijom njemačkog nacionalnog idealizma izraženog u potrebi ujedinjenja naroda, ali i s velikom dozom demokratskog pragmatizma, odbijajući obračunavanje s bivšim komunistima i dužnosnicima DDR-a te provodeći berlinsku verziju onoga što je u Hrvatskoj prvi predsjednik **Franjo Tuđman** nazivao pomirbom.

Stoga je Diepgenovo iskustvo neprocjenjivo dragocjeno, ne samo kao svjedoka vremena i sudionika događaja o kojima se već piše u udžbenicima povijesti, nego i kao političkog praktičara koji je visoku retoriku o ujedinjenju trebao promišljenim političkim potezima ostvariti na terenu i među ljudima.

'Da, ujedinjenje Njemačke je uspjelo. Kada pogledate države kao što su **Belgija ili Španjolska**, jasno je da je Njemačka mnogo više jedinstvena nego što su one. Ali mnogi vam to neće reći, no činjenica je i da je ujedinjenje Zapadne i Istočne Njemačke stvorilo ljude koji su gubitnici tog procesa. To su oni ljudi koji nisu bili dovoljno mladi za nove ideje i pronalaženje posla u kapitalističkom sustavu. Zato će i danas neki reći da im je **DDR** bila bolja. Ne treba zaboraviti da je ujedinjenje Njemačke pokrenuo narod koji je živio u DDR-u, oni su izašli na ulice i poručili 'Wir sind ein Volk', odnosno, 'Mi smo jedan narod'.

S druge strane, bio je to specifičan povijesni trenutak, stvorila se prilika da ujedinjenje uopće bude moguće jer je Gorbačov krenuo sa svojim reformama u SSSR-u. Najmanje je trebalo uvjeravati Amerikance da podrže ujedinjenje Njemačke, mnogo više truda je trebalo da se dobije podrška naših europskih partnera, država kao što su Italija, Francuska i Velika Britanija. **Margaret Thatcher** je bila protiv i plašila se njemačke hegemonije, a nije oduševljen bio ni **Francois Mitterand**', prisjeća se **Diepgen** dinamičnog vremena s kraja osamdesetih i početka devedesetih kada se posve promijenila politička mapa Europe zbog urušavanja komunizma na istoku kontinenta.

'Danas je bivša Istočna Njemačka i dalje ekonomski slabiji dio države, a više od dva milijuna ljudi iz DDR-a se u međuvremenu preselilo u zapadni dio države. Ipak, ujedinjenje je omogućilo ekonomski napredak cijele države, ali je šteta što se od 1990. na istoku nisu gradile nove industrije, s obzirom na to da su one stare propale. Nasuprot tome, istok države ima mnogo bolju infrastrukturu, jer se mnogo više investiralo u područja bivše DDR', analizira Diepgen ekonomske posljedice ujedinjenja.

Bivši berlinski gradonačelnik imao je priliku susresti se i s ključnim političkim akterima tog doba, od američkog predsjednika Ronalda Reagana (odlično je pričao viceve, kaže Diepgen), kojega je ugostio 1987. za njegov slavni govor s porukom 'Tear down this Wall!' tj. 'Srušite ovaj Zid', pa do tadašnjeg sovjetskog lidera **Mihaila Gorbačova**, no najradije se prisjeća svojih šest sastanaka s **Erichom Hoenneckerom**, prvim čovjekom DDR-a.

'On u drugoj polovici osamdesetih više nije imao dodir sa stvarnošću. Svaki put kad smo se sastajali, govorio bi mi kako je DDR sedma industrijska sila svijeta i hvalio se time kako proizvode velike brodove. Koje nitko nije kupovao! Hvalio je produktivnost istočnonjemačkih radnika, ali oni nisu proizvodili ništa što bi se moglo prodati na tržištu. Njihova se industrija zapravo propala i ljudi su osjećali da je DDR-ov sistem posve izgubio vjerodostojnost. Hoennecker nije vidio ni da izostanak sloboda guši ljude ni da im se ekonomija raspala', objašnjava **Diepgen**.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

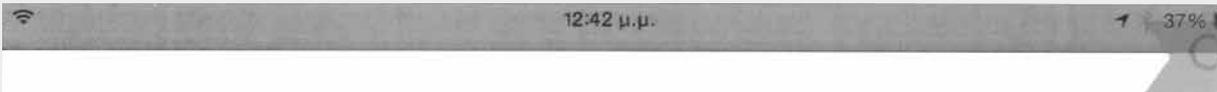
Berlinski zid pao je 9. studenog 1989. godine, nakon što je visoki funkcioner DDR-a **Günther Schabowski** donekle pogrešno i uživo na televiziji objavio kako građani Istočne Njemačke mogu slobodno putovati na zapad. Diepgen je te večeri slavio rođendan svoje kćeri, no uskoro ga je telefonom nazvao njegov glasnogovornik **Thomas de Maiziere** (danas ministar unutarnjih poslova!) i rekao mu da se događa nešto važno. Nikome još nije bilo do kraja jasno da će ta noć završiti kao jedan od povijesno najvažnijih trenutaka europske povijesti, te je Diepgen glasnogovorniku poručio da medijima prosljedi njihovu standardnu izjavu o tome kako 'pozdravljaju svaki napredak, ali nažalost nije dovoljan'.

Onda se Diepgen ipak zaputio autom prema Brandenburškim vratima, gdje je susreo ljude iz istočnog **Berlina** kako prelaze preko Zida. Ipak, kao ključni moment te povijesne večeri Diepgen ipak izdvaja njemu bolnu činjenicu da u tom trenutku nije bio gradonačelnik. Zanimljiv detalj je i da je berlinski CDU za 10. studenog imao organiziranu međunarodnu konferenciju na temu 'Ima li šanse za njemačko pitanje?' ali ona je, naravno, otkazana zbog nevjerojatnog razvoja događaja.

To se promijenilo nakon izbora 1991., kada se vratio na svoju poziciju sa zadatkom da ujedini grad koji je desetljećima bio strogo podijeljen. 'Shvatio sam da je jako važno obratiti pažnju na mentalitet ljudi. Morao sam isprva naučiti, nakon što sam se vratio na čelo grada, da nije teško povezati administraciju i infrastrukturu, iako su i to bili izazovi, koliko je teško ujediniti ljude koji su se socijalizirali prethodno u različitim sistemima i imali posve različita životna iskustva, iako su svi bili Nijemci.

U Zapadnom Berlinu se od gradnje Zida, dakle od 1963. godine, živjelo s mentalitetom otpora **DDR-u**, dok su za ljude u Istočnom Berlinu negativci bili elite DDR-a. Vladalo je veliko nepovjerenje među ljudima, nakon što se ispuhala početna euforija, a to se reflektiralo i na sva pitanja, naročito ona budžetska. Nije se uvijek moglo odlučivati racionalno i ekonomski, nego se moralo paziti na emocije', otkriva Diepgen kako je pristupio delikatnom zadatku spajanja Berlina u jedan grad. Dio takvog pristupa bilo je i to što nije inzistirao na lustraciji te naglašava kako je bio iznimno sretan kad je sud odlučio da se u Berlinu neće suditi liderima DDR-a.

Što se tiče Njemačke, četvrt stoljeća nakon formalnog ujedinjenja **Eberhard Diepgen** je prilično optimističan, ali napominje: 'Nisam siguran može li se proces ujedinjenja ikada dovesti do kraja, kao ni što bi to značilo. Različiti su i ljudi koji žive u Bavarskoj u odnosu na one koji žive u Hamburgu. Ono što se svakako treba napraviti što prije jest ujednačiti mirovine u cijeloj državi. A kada je pak riječ o dijelovima bivšeg DDR-a koji su izgubili stanovnike, izbjeglice su prilika da se to popravi.'



ΤΑ ΝΕΑ ΔΕΥΤΕΡΑ 5 ΟΚΤΩΒΡΙΟΥ 2015

26

Κόσμος

www.tanea.gr



ΑΠΟΣΤΟΛΗ ΦΡΑΝΚΦΟΥΡΤΗ ΤΗΣ ΚΙΤΤΥΣ ΞΕΝΑΚΗ

# «Θα λένε ότι τους πήραμε όλους τους πρόσφυγες!»

### Στους εορτασμούς για τα 25 χρόνια από την επανένωση της Γερμανίας, η προσφυγική κρίση προσέδωσε μια ιδιαίτερη επικαιρότητα

σιογράφου από ολόκληρο τον κόσμο στο Βερολίνο και στη Φρανκφούρτη. Ούτε και αστεειότητα 100% όμως: «Αν μπορέσουμε να διαχειριστούμε αυτή την κρίση - μας διαβεβαίωσε, - την άφιξη ενός εκατομμυρίου προσφύγων φέτος, τότε θα αποδειχθεί ευλογία για τη Γερμανία. Ο πληθυσμός γρήγορα, υπάρχει πρόβλημα υπογεννητικότητας. Το φαντάζεστε: ένα εκατομμύριο νέοι άνθρωποι που θέλουν να δουλέψουν!».

**ΜΕΣΑ ΣΕ ΔΙΑΣΤΗΜΑ** μιας εβδομάδας είχαμε την ευκαιρία να μιλήσουμε με κυβερνητικούς αξιωματούχους και πολιτικούς, δημάρχους και τραπεζι-κούς, δημοσιογράφους και αναγλιτές,

Δύο πράγματα κατάλαβα. Πρώτον, η προσφυγική κρίση προσέδωσε στην επανένωση μια επικαιρότητα που ίσως να μην είχε σε άλλη περίπτωση, και σε ήταν μια στοργική επέτειος. Αρκετοί συννομιλίτες μας έσπευσαν να επιστημονούν πως μπορεί κανείς να δει διαφορές ανάμεσα στην «Ανατολή» και στη «Δύση» στην αντιμετώπιση των προσφύγων, υπάρχει μεγαλύτερη επιφολακτικότητα στην Ανατολική Γερμανία και περισσότερο βία με στόχο κέντρα υποδοχής επίσης, είναι και αυτό μια απόδειξη πως η επανένωση είναι μια συνεχιζόμενη διαδικασία, που «δεν θα σταματήσει ποτέ». Είχε πάντως ενδιαφέρον να ακούξ έναν υπουργό της Εξουσίας, του

κρατιδίου στο οποίο έτυχε, βάσει του εκ περιτροπής συστήματος, η διοργάνωση των εορτασμών για την 25η επέτειο της επανένωσης να λείπει πως οι νεοεισερχόμενοι πρέπει να διδαχθούν ότι «η Γερμανία είναι απολύτως φυσιογνωμικό να φιλεί δημοσίως ένας άνδρας μια γυναίκα, ένας άνδρας έναν άλλο άνδρα και μια γυναίκα μια άλλη γυναίκα». Και κανείς, απολύτως κανείς, δεν χρησιμοποιεί κατά τη διάρκεια των κατά τον όρο «ρεταναδής»: μόνο «πρόσφυγες».

**ΔΕΥΤΕΡΟ ΣΥΜΠΕΡΑΣΜΑ:** θα μπορούσε να πει κάποιος πως η Ελλάδα, η ελληνική κρίση δηλαδή, είναι αυτή τη στιγμή «πασέ» στη Γερμανία. Οι πως θεωρούν ότι τελείωσε. «Είμαι υποχρεωμένος να είμαι αισιόδοξος: μου ζήτη γενναία ένας αξιωματούχος του υπουργείου Οικονομικών, τονίζοντας ένα ελάττωτο περισσότερο το «υποχρεωμένος» από το «αισιόδοξος». «Ναι υπήρξαν στιγμές το

Είναι πρόκληση η διαχείριση ισών προσφύγων που έρχονται γκι να δουλέψουν

και κάτι σαν ομιλία της συνελεύσεως της Γερμανίας. Κάποια στιγμή ο κόσμος ξεσπάει σε χειροκροτήματα. Γερμανικά δεν γνωρίζω, ρωτώ λοιπόν έναν νεαρό όπλα μου που δεν είχε και γεννηθεί όταν έπεσε το Τείχος, αλλά θεωρεί «πολύ σημαντικό να μην ξεχνάμε», τι είπε. «Δυνέκρινε την επανένωση με την άφιξη των προσφύγων» μου λέει. Είπε πως από το 1990, άνθρωποι που ανήκαν μαζί, ζουν και αναπτύσσονται μαζί. Εφεξής, άνθρωποι που ίσως να μην ανήκαν μαζί, πρέπει να ζήσουν και να ανασταθούν μαζί. Μου έρχεται στον νου κάτι που μας είπε δύο ημέρες νωρίτερα ο δρ Εκχαρτ Στρατεναούλτε. «Σε 100 χρόνια από σήμερα, θα λένε επικριτικά για εμάς πως τους πήραμε όλους τους πρόσφυγες!».

Δεν μιλούσε εντελώς σοβαρά εκείνη την ώρα ο δρ Στρατεναούλτε, ο πρόεδρος της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας του Βερολίνου, του ιδρυτήματος που διοργάνωσε την επίσκεψη 16 δημο-



## Η ΕΙΡΩΝΙΑ ΤΗΣ ΙΣΤΟΡΙΑΣ

### Ισορροπίες μεταξύ διαφορετικών κόσμων

**Βράδυ Σαββάτου**, οι όχθες του ποταμού Μάιν στη Φρανκφούρτη στενάξαν από τα πλήθη. Εκατοντάδες χιλιάδες άνθρωποι είχαν συρρευθεί προκειμένου να παρακολουθήσουν την κορύφωση των εορταστικών εκδηλώσεων. 25 γερμανικές ποσειτοναυγούνται στο πλαίσιο μιας εκδήλωσης τύπου «Ηχος και φως». Δίπλα μου έτυχε να στέκεται μια νεαρή κοπέλα που γεννήθηκε στην Κοκομόβιο, μεγάλωσε στο Στρασβούργου, εργάζεται μεταξύ Στρασβούργου και Βερολίνου, ντυθεί «πρώτα Ευρωπαϊκά και μετά Γαλλικά», θεωρεί την 3η Οκτωβρίου «πολύ σημαντική ημέρα για όλη την Ευρώπη» και θα ήθελε να δει τη Γερμανία να συνεργάζεται ίσως στενότερα με τη Γαλλία: «Γιατί εκπροσωπούν δύο διαφορετικούς κόσμους και μόνο τότε υπάρχει ισορροπία στην Ευρώπη», μόνο τότε «η Ευρώπη πηγαίνει μπροστά». Βιολιστοί πάλι τον δρ Στρατεναούλτε: «Η ειρηνική της ιστορίας είναι πως το ευρω δημοκρατία, ώστε να εμποδίσει τη Γερμανία να γίνει κυρίαρχη δύναμη και τελικά έκανε τη Γερμανία κυρίαρχη δύναμη. Μια γερμανική κυριαρχία όμως θα σήμαινε το τέλος της ευρωπαϊκής ενσωμάτωσης. Και αυτό, με τη σειρά του, θα σήμαινε το τέλος της γερμανικής ειρηνότητας».

Ο γερμανός πρόεδρος Γιοσκα Γκρούς μιλάει στην εκδήλωση για την 25η επέτειο επανένωσης της Γερμανίας, στην Όπερα της Φρανκφούρτης. Εξω, στη δεξιά του ποταμού Μάιν, εκατοντάδες χιλιάδες παρακολουθούν την κορύφωση των εορταστικών εκδηλώσεων

καλοκαίρι που σκέφτηκα "οιφ, αν έφευγαν (από την ευρωζώνη) θα ήταν όλα πιο εύκολα" αναγνώρισε αξιωματούχος της Μπούντεστανκ για να προσθέσει αμέσως: «Ευτυχώς για όλους μας, και κυρίως για τον ελληνικό λαό, ο Αλέξης Τσίπρας κοίταξε μέσα στην άβυσσο και αποφάσισε να μην πηδάει». Οχι, το «ελληνικό ζήτημα» δεν έχει κλείσει για τους Γερμανούς. Απλώς η προσφυγική κρίση και σε μικρότερο βαθμό το σκάνδαλο της Volksbanken (που εννοεί βαθύτατα καθώς παραβιάζει «όλες τις αξίες που υποτίθεται ότι υπερσπιδύμασε» και δη εκείνο το «μας αρέσει να γίνονται αεθαίοι οι κανόνες», που το ακούσα περισσότερες φορές από όσες μπορώ να μετρήσω) το έχουν εξοβελίσει από την κορυφή των προτεραιοτήτων τους.

- II
- III
- IV
- V
- VI
- VII
- VIII
- IX

Sunday, October 11th, 2015 | Posted by [The UB Post](#)

## Will Kissinger change his mind?



The 25th anniversary of the reunification of East and West Germany took place on October 3.

A celebratory event took place in Frankfurt am Main's Alte-Oper, which was attended by federation and district officials, as well as foreign and domestic guests.

Thousands of Germans watched their president's speech on the screen outside. Beside me was a girl sitting on her

father's shoulders holding a balloon with the words "Tolerance".

President Gauck, a former pastor from East Germany, highlighted that the difference between West and East Germany has decreased radically, to the point that there are no differences between their youth, but noted that employment, wage, and labor productivity are low in the east compared to the west.

According to Deutsche Welle's public poll on the reunification of Germany, 73 percent believe that the unification was successful, while 62 percent believe the process isn't over yet. Although the economic and political unification has ended, the ideology of its people hasn't united yet.

### East joins West

In 1944, the Allied forces defeated Nazi Germany and agreed on how to bring Germany down in any circumstance in the future, appointed the heads of the nation, and how to monitor Berlin through partition.

In May 1945, fascist Germany lost the war, and the signing of the unconditional surrender marked the end of WWII. From then on, the Soviet Union was to monitor East Germany through the communist regime, and West Germany followed the path of democracy and a market economy under the control of France, the United Kingdom, and the United States. In 1933, the head of the Nazi party, Adolf Hitler, became Chancellor and for more than ten years, key national and social development values such as democracy, human rights, and freedom were nonexistent on German soil. Germany was ruled by the ideology that supported the supremacy of the Aryan race, destruction of the "lower" race that was the Jews, and the domination and slavery of Slavic and other races.

After the war, the United States devised the Marshall Plan for reconstruction aid to Europe, which pumped a soft loan of 13 billion USD (around 130 billion USD in today's currency). The loan came with conditions to decrease restrictions on international trade, eliminate business restriction policies and laws, and increase the productivity and support of businesses. West Germany received eleven percent of the loan. America and England were redeveloping its greatest values of democracy, human rights, and free competition to support nongovernmental organizations and freedom of the press. Society built on the correct soil flourished quickly and West Germany began to lead the European economy. The Soviets instilled communist values in East Germany. They ceased private property and made it public, prohibited religion, set up one-party rule, valued collective interest above the individual's, preached total obedience, and blocked all ideals except those established in

the press. The Soviet Union didn't have a Marshall Plan or billions of USD in funds after many years of a war that depleted material and labor reserves. A centrally managed economy in East Germany slowed its development. Many millions of East Germans realized the hopelessness, and those with knowledge and experience flocked to West Berlin to thrive.

East Germany had no choice but to erect a 3.6 meter high, 140 kilometer long concrete wall around West Berlin on August 13, 1961. The wall, which separated families on one morning, was the de-facto symbol of the economic and political defeat of East Germany to the West for 28 years. This defeat was put to de jure when the reunification of East and West Germany took place in 1990.

When the Berlin Wall was torn down, former German Chancellor Willy Brandt (in office from 1969-1974) said, "Now what belongs together, will grow together."

The path towards growth together was not entirely easy.

### Germany too big for Europe

Whether Europe was at war or not was determined by larger countries, such as Germany and France, throughout history. Further war after WWII was pointless, there was no money, and French Foreign Minister Robert Schuman proposed a supranational international body that had power over individual governments to promote international trade development, and joint management of coal and steel production and trade. The European Economic Union was formed after other countries agreed to the proposal. The union was established through the Treaty of Rome in 1957.

European economic integration progressed rapidly and German economic development gained more force. Germany's neighbors began to fear their domination.

Italian former Prime Minister Giulio Andreotti was quoted as saying in the mid 1980s, "We love Germany so much that we would prefer to have two of them."

French President Francois Mitterrand once remarked, "We may have the nuclear bomb, but the Germans have the deutsche mark."

When the reunification of Germany took place in 1990, it accelerated European integration, and formed a connection between the economy, society, national values, cultures, and principles. The European Union (EU) was formed in 1992, when 12 European nations met in Maastricht. One year before the new century, Europe released its own currency. The Rome and Maastricht treaties were renewed in 2007 in Lisbon.

West Germany, which gained two million knowledgeable and experienced East Germans before the Berlin Wall, became even larger after the collapse of the wall and is now leading European economic integration, with trade, cooperation, and customs agreements with 28 nations, 19 of which have the same currency. Former State Secretary of the United States Henry Kissinger, who was born in Germany and escaped the Nazis in 1938, once said, "Poor old Germany. Too big for Europe, too small for the world."

Today, after 25 years since the reunification, Germany is not only an economically formidable nation but a leader in world development in the EU.

Many thousands of refugees fleeing the Middle East's turmoil are heading to Germany. The country scraped for labor forces and received thousands of Turks after WWII to rebuild its economy, and is appealing to Syrian refugees with experience.

According to the [Director of the European Academy Berlin, Prof. Eckart D. Stratenschulte](#), for a country like Germany, which has an older population, it is very important and beneficial to have labor-aged Syrians who are coming with their families, and the country can receive them in by the tens of thousands every day. He joked that their neighbors might one day resent Germany for taking all the refugees for themselves.

The path Germany chose 25 years ago was the right one, it seems. The day when the German led European economy is "too big for the world" seems to have come. Will Henry

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

INTERVJU: ECKART STRATENSCHULTE

## 'Za 20 godina će govoriti da su im Nijemci oteli sve izbjeglice'



Eckart D. Stratenschulte

Izvor: Društvene mreže <http://www.medien-mittler.de/>, Autor: Blog der Stipendiaten

Autor: Iz Berlina: Gordan Duhaček

13.10.2015 10:00:00

13.10.2015 15:15:02

Dr. Eckart D. Stratenschulte voditelj je Europske akademije Berlin te profesor politologije na Freie Universität, gdje drži kolegije koje se tiču europskih integracija. U razgovoru za [tportal.hr](http://tportal.hr) Stratenschulte, odličan poznavatelj njemačke i europske političke scene, komentira poziciju Njemačke u Europi te izbjegličku krizu koja je podijelila Europsku uniju

Europska akademija u Berlinu jedan je od najvažnijih njemačkih think-tankova i obrazovnih institucija kada je riječ o europskim pitanjima. Ako njemačke novinare zanima čuti ozbiljnu analizu najrazličitijih tema koje se tiču EU-a, od nezaposlenosti mladih do dunavskog sliva u kontekstu politike Unije, Europska akademija Berlin jedna je od prvih adresa na koje se obraćaju, a među onima koji najviše istupaju u medijima svakako je **dr. Eckart D. Stratenschulte**, voditelj ove institucije i ugledni njemački stručnjak za Europu.

Stratenschulte je rođen 1952. u Heidelbergu, a sociologiju je diplomirao i doktorirao u Marburgu. Predavao je na Europskim studijima u Berlinu, a dio karijere, od 1989. proveo je u praktičnoj politici, u berlinskom senatu tijekom godina ujedinjenja kao šef ureda za medije. Od 1993. vodi Europsku akademiju u Berlinu te je kroz svoju dugu sveučilišno-političku karijeru autor i više knjiga, od kojih bi za hrvatske čitatelje vjerojatno bila najzanimljivija 'Europas Politik nach Osten' ('Europska politika prema istoku'), objavljena 2007. u Merus Verlagu.

S obzirom na to da je čest gost njemačkih medija, Stratenschulte odmah naglašava kako s njime ništa nije *off the record* jer se povukao iz aktivne politike, a iz njegovih se odgovora može primijetiti da se ne ustručava iznijeti što konkretno misli o aktualnim temama. To je trenutačno nesumnjivo izbjeglička kriza koja je izazvala velike podjele u Uniji, no Stratenschulte ističe da treba malo pogledati u povijest kako bi se razumjelo što se događa danas.

'Europska integracija nije bila ljubavna priča nego pokušaj da se Njemačku integrira u zajednicu država i bude konstruktivan politički igrač na kontinentu. Ne treba zaboraviti da smo pokrenuli Drugi svjetski rat motivirani rasizmom i imperijalizmom i dobro je da smo ga izgubili. Njemačka je zapravo izgubila svoje jedinstvo tim ratom i iz njega je nastala DDR. U tom kontekstu treba gledati europske integracije kojima su Francuzi dobili utjecaj na Njemačku, ali pod cijenu stvaranja supranacionalne unije. Kriza eura je pak, ironijom povijesti, od Njemačka ponovno stvorila dominantnu silu Europske unije, što se manifestira i u izbjegličkoj krizi', objašnjava Stratenschulte širi povijesni kontekst.

toga što smo pokazali previše humanosti', tek donekle ironično kaže Stratenschulte pa nastavlja: 'Kada nas mađarski premijer **Viktor Orban** kritizira zbog 'moralnog imperijalizma', sretan sam jer nam se previše moralnosti prethodno baš i nije zamjeralo. Situacije jest teška i treba podsjetiti da Grčka već godinama nije u stanju sama nositi se s valom izbjeglica. Njemačka već godinama nije poslala nijednog izbjeglicu nazad u Grčku zbog toga. Grci su se onda nedavno dosjetili poslati te izbjeglice u Makedoniju, pa su onda otišli u Srbiju, no u Mađarskoj sada imamo jednu, kako to najbolje reći, tešku vladu. U toj situaciji je Merkel rekla da moramo prihvatiti izbjeglice, jer se morao riješiti problem koji se događao na mađarskoj granici i u Mađarskoj. Kancelarka je tada rekla 'zaboravimo pravila' i odlučila srediti taj problem.'

Hoće li velikodušna politika prema izbjeglicama doći glave **Angeli Merkel** koja se nakon deset godina na poziciji njemačke kancelarke po prvi puta našla u situaciji u kojoj gubi podršku javnosti, ali i sestrinske stranke SCU-a? 'Nema sumnje da je izbjeglička kriza sve dovela na rub snaga. Ali ako se možemo nositi s ovom krizom, a kancelarka kaže da možemo, ove godine će u Njemačku ući milijun izbjeglica. To je ogroman blagoslov za Njemačku, ogroman! Njemačka ima velike demografske probleme, i pitanje je kako bi u budućnosti funkcionirao naš socijalni sustav ako budemo imali samo starije stanovništvo. Izbjeglice će itekako pomoći da se osiguraju njemačke mirovine. Nema sumnje i da među izbjeglicama ima idiota, ima i jedan posto islamista i slično, ali i u našem društvu već imamo idiota; 99 posto izbjeglica želi pristojan život, posao i na miru odgajati svoju djecu. Ako se budemo znali ispravno postaviti prema izbjegličkoj krizi, što znači i integrirati u društvo ljude koji dolaze, za 20 godina će nam svi govoriti kako smo im oteli izbjeglice, pa imamo mladu radnu snagu', kaže Stratenschulte, no priznaje da je trenutačno stanje takvo da nema pravila.

Problem je i to što nema načina kako odmah zaustaviti izbjeglički val, kaže Stratenschulte, te se treba na tome raditi na europskoj razini.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

U Bruxellesu je tako prošli tjedan bio turski predsjednik **Recep Tayip Erdogan**, u čijoj se državi nalazi oko dva milijuna izbjeglica iz Sirije, od kojih mnogi planiraju krenuti prema Europi. Prema planu njemačke kancelarke Angele Merkel, potrebno je značajno poboljšati uvjete života u izbjegličkim logorima u Turskoj kako bi se zaustavio priljev izbjeglica, a sve to ovisi o Erdoganu, čija je vlast u krizi, koji se bori na više frontova i koji, *last but not least*, nema baš dobra iskustva s EU-om što sve upućuje na to da će Erdogan svoju kooperaciju, ako se uopće na istu odluči, skupo naplatiti.

Stratenschulte podsjeća da Europska unija nije Tursku tretirala na fer način: 'Rekli smo im da učine to i to, pa ako to učine, onda mogu ući u EU. Oni se jesu pokrenuli, ali ih EU nije imala namjeru primiti nego smo odugovlačili. Čini se da je godinama cilj Unije bio toliko rastegnuti pregovore da i posljednji Turčin zaboravio zašto je htio biti građanin Europske unije. Neovisno o Erdoganu, koji je teška osoba, EU je sve to odigrala loše. Jednom su mi rekli da je Turska za EU 'previše siromašna, previše velika i previše različita' i da joj zbog toga nije mjesto u EU-u. Merkel ih također ne želi u EU, a u jednom razgovoru prije par godina mi je otvoreno priznala da se plaši 100 turskih zastupnika u Europskom parlamentu. Službeno to što je Turska muslimanska zemlja ne igra ulogu u cijeloj priči, ali ipak je mnogima vrlo važno. Sada je EU u situaciji da ne želi službeno prekinuti pregovore, a to neće učiniti ni Turska. Nitko ne želi odustati prvi.'

S obzirom na to da se Europskoj uniji već nekoliko godina sustavno pišu posmrtni govori, za kraj razgovora se Stratenschulte osvrnuo na budućnost EU-a i iznio neka zanimljiva predviđanja: 'EU će uspjeti nadići aktualnu krizu, no predviđam da ćemo možda izgubiti neke članice, poput Velike Britanije u kojoj će se raspisati referendum o članstvu. Naučit ćemo da ulazak u EU nije nepovratan i jednosmjerna ulica. Predviđam da ćemo imati EU iz dva sloja, da će se stvoriti jezgra Unije, moguće prostor eurozone te države koje su članice i sateliti jezgre. No EU će postati jača i funkcionalnija, jer sve ove aktualne krize, uključujući i izbjegličku, ukazuju još jednom na to da nacionalne države same po sebi ne mogu riješiti svjetske probleme. Primjerice, ubuduće bih želio da s **Vladimirom Putinom** pregovaraju **Donald Tusk** i **Federica Mogherini**, a ne Merkel i **Francois Hollande**', kaže Eckart Stratenschulte.

## After the wall comes down

WEEKLY incyprus — 25/10/2015  
in-cyprus.com



By **Esra Aygin**

I tearfully stand before the weathered remains of what used to be the mighty Berlin Wall – a wall that ripped a city apart for decades, tyrannised a nation and caused indescribable suffering and pain.

Three large red letters printed on the shabby wall strike me, and in an instant, summarise all my thoughts in one word – WHY.

Twenty-five years into the reunification, Berlin has transformed from a divided city into a united, vibrant, cosmopolitan capital. The area that used to be the hollow, soulless no-man's land along the wall is now bustling with modern buildings, cafes and shops in utter demonstration of the senselessness and artificiality of all divisions.

Two independent cities of Berlin – with the west a symbol of the fight against communism, and the east, a capital of the communist system – have come together to find a new common identity.

Earlier this month, millions of Germans, from east, west, south and north, celebrated the 25th anniversary of the reunification of their country – widely defined as a 'success story.'

A poll published by the newspaper Deutsche Welle, conducted among more than 1,000 Germans aged 18 and older about their attitude to unification, shows that west or east no longer shape people's identity in Germany and a feeling of unity prevails, particularly among the youth.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seventy-three percent think the reunification of Germany has been an overall success. At the same time, 67% believe it has not been completed yet.

Eberhard Diepgen – the man, who achieved what seemed to be impossible and literally reunited the city of Berlin as its governing mayor from 1991 till 2001, agrees with the results of the poll.

“Reunification is definitely a success story,” the veteran politician told a group of international journalists, who were in Germany to cover the anniversary celebrations.

“The division has largely been overcome and Germany today is much more unified than Spain or Belgium. But is it ever possible to complete a process of reunification? Reunification is a mentality; it is a way of socialisation, of social organisation. And it continues.”

After Berlin's first election as a whole in 1991, Diepgen, who hails from the centre-right Christian Democratic Union (CDU), took office as mayor and was faced with the challenge of physically reuniting effectively two independent cities.

Talking about his vast experience, he said that the biggest challenge in overcoming the division was not the physical work that needed to be done, but the reconciliation of the people.

“When I came to my office, I had the thought that ‘we are all Berliners’ and therefore everything would be smooth and easy. I had to learn that it was not so difficult to bring together infrastructure, the administration, or to build a new system, but it was much more difficult to bring together the mentalities, the people,” he told us.

“The mentalities of people become very different after a division of 40 years.”

As a result of the difference between the people, who had been exposed to different experiences; values; education systems; political, social and administrative processes for decades, the smallest of financial decisions could escalate into contentious, emotional questions of division, Diepgen said.

His advice was: “Political considerations should take precedence over economic concerns to provide for social peace and calm. As long as you can dig into your pockets, do it and leave aside economic considerations.”

“Make the spending if it is going to make people feel more comfortable. Don't stop projects. Because these are not considered as questions of economic rationale that they are, but they become a question of people's feelings. You must keep a very fine balance.”

[www.in-cyprus.com](http://www.in-cyprus.com), 25.10.2015

One of the first things Diepgen did after taking office, for example, was to move the municipality building from former west to the centre of the city, to "symbolise that Berlin is not governed by the west or from the west, but from the centre".

Quarter of a century into reunification, besides the economic, social and political transformation, Berlin today is also going through a huge change architecturally. The city resembles a huge construction site with cranes operating on hundreds of new buildings, renovations and restorations.

Diepgen rightfully takes pride in the incredible transformation of Berlin, which involved difficult and, at times, controversial decisions.

"I was criticised for keeping some of the members of the system in the former East Germany in state positions," the former mayor said.

"Police for example. Police were part of the Communist Party. What do you do? Do you fire all? Or teachers... Maybe not all were members of the Communist Party, but all were close to the system. Do you fire all?"

"If all leading positions were occupied by west Germans, this would be a complete takeover, not unification. It isn't possible to push aside a system, which has been around for more than 40 years."

The now 74-year-old Diepgen, who lived in west Berlin all his life and always "dreamt of a city without borders, walls or checkpoints" before reunification, is living his dream. The Berlin Wall is no longer the overpowering scene of the city, but has been reduced to small sections kept as a collective memorial, a symbolic line on the side of an asphalt road, or pieces of concrete sold as souvenirs.

And Checkpoint Charlie – the famous Berlin Wall crossing point that had come to symbolise the Cold War, now merely exists as an attraction for millions of tourists each year, who form queues to take pictures with the young man dressed as an American soldier guarding the border.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## Alemania después del muro

Álvaro Cruz Rojas

Hace 26 años, cayó el Muro de Berlín y con ello, se desmoronó el experimento comunista en la Alemania Oriental.

Lunes 9, noviembre 2015 | 12:00 am



Un hombre conduce su bicicleta con toda tranquilidad por una calle de Berlín. A unos pasos de él, un grupo de turistas observan una exposición llamada "Topografías del Terror", en la Niederkirchnerstraße. Intrigado pregunto: "¿Y dónde está el muro?". Marcus Hornung, el diligente guía alemán de nuestro grupo de periodistas responde: "Aquí mismo" y me señala una línea sobre la calle que dice "Berliner mauer 1961-1989". A unos pasos, encontramos lo que quedó de aquella enorme pared de concreto que un día marcó la separación de las dos Alemanias y fijó un límite físico a los dos sistemas políticos del mundo de entonces: la democracia occidental y el socialismo totalitario prosoviético.

"Cuando se construyó el muro, se separó a hermanos y hermanas", dice el [Dr. Eckart Stratenschulte](#), director de la [Academia Europea de Berlín](#), un reconocido ONG alemán.

El muro fue construido en 1961 por el entonces régimen comunista de la llamada República Democrática Alemana (RDA o también Alemania Oriental) para separarse físicamente de la República Federal Alemana (RFA o Alemania Occidental). La RDA había sido fundada en la zona de ocupación soviética, tras la segunda guerra mundial, y buscaba evitar la huida masiva de ciudadanos en busca de la libertad en la RFA, fundada en las zonas de ocupación de Gran Bretaña,

Estados Unidos y Francia. El muro tenía 45 kilómetros y dividía la ciudad de Berlín en dos.

Centenares de personas murieron intentando escapar de la RDA, a través del muro de Berlín, fuertemente custodiado por militares fuertemente armados, que abatían a tiros a quién osara cruzarlo.

Pero el 9 de noviembre de 1989, tras una serie de eventos y demandas de libertad en todos los países del llamado bloque socialista, bajo dominio soviético, un vocero de la RDA, casi por accidente, declaró abierto el paso fronterizo y el muro empezó a caer esa noche.

El miembro del Politburó del Partido Socialista Alemán, Günter Schabowski anunció que todas las restricciones habían sido retiradas y, creyendo que podrían pasar sin ningún trámite al otro lado, decenas de miles de personas fueron de inmediato al muro, donde los guardias fronterizos no se atrevieron a disparar y al fin abrieron los puntos de acceso.

“Cuando el muro colapsó, los hermanos y hermanas que nos habíamos separado, entonces éramos primos que no conocíamos. Pensábamos que nos conocíamos unos a otros y nos llevó tiempo aceptar que éramos diferentes”, explica Stratenschulte, para ilustrar el largo proceso de reunificación que vendría tras esas noches de celebración por la caída del Muro.

Mark Weinmeister, el Secretario de Estado de la Cancillería del estado de Hesse, relataba cómo se enteró de aquel evento, mientras era un estudiante universitario: “Estaba en una fiesta con mis amigos y alguien llegó y nos dijo lo que estaba pasando, yo no lo podía creer, encendimos la televisión y era cierto”, relata Weinmeister, quien a la mañana siguiente manejó junto a sus amigos para compartir la histórica celebración.

“La verdad es que tomó al 99 % de los alemanes de entonces por sorpresa”, asegura Weinmeister.

### La reunificación

Tras la caída del muro iniciaría un proceso de reunificación que culminaría el 3 de octubre de 1990 con la desaparición de la RDA. El proceso de integración política, social y económica fue intenso y no carente de dificultades.

“El proceso tuvo enormes costos, tuvimos problemas de aceptación mutua, de adaptabilidad al sistema, pero hoy tenemos el resultado y Alemania es la economía más fuerte de Euroa”, explica el Dr. Jens Hüttman, de la Fundación Federal para la Investigación y evaluación de la dictadura comunista de la RDA, un organismo de investigación que lidia con la historia de este país.

Los expertos calculan que la reunificación alemana tuvo un costo de unos dos billones de euros. El 65 % de los cuales fueron a prestaciones sociales, en busca de equiparar a la deprimida economía de la Alemania Oriental con la Alemania Occidental.

Alemania también tuvo que invertir unos 300,000 millones de dólares en infraestructura como trenes, carreteras, etc., ante el evidente atraso que tenía la RDA. “Nosotros manejamos la reunificación con unos cuantos errores, pero es una historia de éxito”, asegura Stratenschulte.

La desarrollada Alemania Occidental se volvió un imán para los orientales y muchos emigraron en busca de trabajo y oportunidades.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

### ¿Diferencias?

En Berlín y en toda la Alemania Oriental, prevalecen signos de nostalgia de aquellos que vivieron en aquel sistema, pese a todo. En Berlín Oriental aún se ven algunos viejos signos de aquel sistema como edificios abandonados. La arquitectura de los edificios de apartamentos parece más modesta y menos colorida que en el lado occidental de la ciudad, que hoy está conectada por trenes, calles y autopistas.

“La nostalgia aún existe dentro de la sociedad y las familias”, explica Hüttman y esto tiene que ver con algunos valores como la solidaridad entre vecinos, que prevalecía en la antigua RDA.

Hüttman reconoce que aún prevalecen diferencias culturales entre los alemanes.

“Para muchos, el muro aún está en nuestras cabezas”, dice Stratenschulte, quien calcula que tres millones de alemanes orientales se movieron a Occidente y dos millones de occidentales se movieron al Oriente.

“Aún prevalecen las diferencias, pero no las divisiones. Uno puede saber quién viene de Alemania Oriental o de Alemania Occidental, por el periódico que lee en Berlín”, comenta Stratenschulte.

### Alemania y la unidad europea

Para el Dr. Eckart Stratenschulte, director de la Academia Europea de Berlín, un reconocido ONG alemán, la Alemania de hoy es impensable sin la integración con Europa.

“Perdimos la unidad alemana tras la Segunda Guerra Mundial, iniciada por el imperialismo y el racismo y que dejó 50 millones de muertos, entonces muchos veían la reunificación alemana como una amenaza, porque eso significaba ser la primera potencia de Europa”, dice Stratenschulte.

Pero según Stratenschulte, lo primero que ocurrió fue que Alemania depuso su valioso marco y se decidió la creación del Euro un mes después de la caída del muro. “La integración europea ya no es una opción, es una razón de Estado, un prerrequisito para vivir en paz con nuestros vecinos”

### 2 mil Billones de euros

Habría costado a los contribuyentes alemanes la reunificación de su país.

### 300 mil millones de dólares

Se tuvieron que invertir en el desarrollo de infraestructura para Alemania Oriental.

### 65 % Prestaciones sociales

Se usaron para equiparar las sociedades de la pobre RDA con la desarrollada RFA.

### 40 Años

Existió la República Democrática Alemana, bajo un régimen comunista.

### 25 años

Lleva Alemania reunificada. La fecha formal es el 3 de octubre de 1990.

FORUM bei Inforadio (rbb), 14.10.2015

Das FORUM mit Dietmar Ringel

**Das unbekannte Land – Belarus nach der Präsidentschaftswahl**

Im Westen gilt Belarus als "die letzte Diktatur Europas". Machthaber Lukaschenko regiert das Land autoritär, die Opposition ist schwach und zerstritten. Immerhin wurden vor der Wahl sechs politische Gefangene freigelassen, was der Westen als positives Signal zur Kenntnis genommen hat. Belarus ist eng mit Russland verbunden, betont aber gleichzeitig seine Eigenständigkeit. Im Ukraine-Konflikt setzt Präsident Lukaschenko auf Neutralität. Internationale Aufmerksamkeit gab es für die Minsker Verhandlungen und die dabei erzielten Vereinbarungen. Gleichzeitig steckt das Land in einer anhaltenden Wirtschaftskrise, die Währung, der belarussische Rubel, ist auf rasanter Talfahrt, die Realeinkommen vieler Belarussen sinken. Wie wirkt sich das auf die Präsidentschaftswahl am 11. Oktober aus? Wie soll der Westen mit dem weitgehend isolierten Belarus künftig umgehen?

**Gäste:** **Oliver Kacmarek** (SPD), MdB, Vorsitzender der Parlamentariergruppe Deutschland-Belarus  
**Barbara Lehmann** Journalistin und Autorin  
**Sergej Malinovsky** Geschäftsträger a.i., Botschaft der Republik Belarus in Deutschland  
**Dr. Wolfgang Sender** Büroleiter Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Moderation:** **Dietmar Ringel, Inforadio (rbb)**  
 Eine Veranstaltung der Europäischen Akademie Berlin in Zusammenarbeit mit Inforadio (rbb)  
**Wo?** **Europäischen Akademie Berlin, Raum ROM,** Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin  
**Wann?** **Mittwoch, 14. Oktober 2015, 19:00 Uhr**  
 Sendetermin: Sonntag, 18.10.2015 um 11:05 und 20:05 Uhr im Inforadio (rbb)  
 Änderungen vorbehalten

Der Treffpunkt Wissenswerte mit Thomas Prinzier

**Gipfeltreffen - Vor der Pariser Klimakonferenz**

**Was Geo- und Klimawissenschaftler von der UN-Klimakonferenz in Paris erwarten**  
 Das Eis schmilzt, der Meeresspiegel steigt, extreme Unwetter nehmen zu. Die Auswirkungen des Klimawandels sind deutlich spür- und erlebbar - nicht nur auf den pazifischen Inseln sondern auch in New York oder Brandenburg. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollte die Temperatur um höchstens 2 Grad ansteigen, damit der Wandel nicht zur Katastrophe wird. Dazu ist eine deutliche Reduktion klimaschädlicher Gase wie Kohlendioxid nötig, der Abschied von fossilen Brennstoffen das Gebot der Zeit. Doch die läuft unerbittlich, die erforderlichen Maßnahmen hinken hinterher. Ist das Ziel noch erreichbar? Welche Maßnahmen sind eigentlich nötig? Welche realistisch?

**Gäste**  
**Prof. Dr. Karin Lochte** Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, Bremerhaven/Potsdam  
**Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Hütti** wissenschaftlicher Vorstand Deutsches Geoforschungszentrum Helmholtz-Zentrum Potsdam  
**Prof. Dr. Mark Lawrence** wissenschaftlicher Direktor am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)  
**Prof. Dr. Wolfgang Lucht** Ko-Leiter des PIK-Forschungsbereichs "Erdsystemanalyse" Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

**Moderation:** **Thomas Prinzier, Wissenschaftsredakteur Inforadio (rbb)**  
 Eine Veranstaltung von proWissen Potsdam e. V. in Zusammenarbeit mit Inforadio (rbb)  
**Wo?** **Wissenschaftsetage im Bildungsforum Potsdam** Am Kanal 47 - 14467 Potsdam  
 Anmeldung erbeten per Email : [prowissen@prowissen-potsdam.de](mailto:prowissen@prowissen-potsdam.de)  
**Wann?** **Mittwoch, 04. November 2015, 18:00 Uhr**  
 Sendetermin: Sonntag 22.11.2015 - 09:22 / 19:22 Uhr im Inforadio (rbb)  
 Änderungen vorbehalten

www.n24.de, 22.10.2015

**N24** | NACHRICHTEN | SPORT | WISSEN | MEDIATHEK

ALLE VIDEOS | DOKUMENTATIONEN | SENDUNGEN | WISSEN | TV PROGRAMM | MODERATOREN | BILDERSERIEN | LIVE | SHOP

Start > Mediathek > Alle Videos > "Bitte, bitte! Ich möchte weiter"

Ausnahmezustand auf der Balkanroute  
**"Bitte, bitte! Ich möchte weiter"**

+ merken



Mechthild Baumann  
Migrationsforscherin

01:00 | 01:20

22.10.2015 "Bitte, bitte! Ich möchte weiter" | Quelle: N24

Empfehlen | i | Twittern | Empfehlen 17 | G+1 0 | + merken

Auf der Balkanroute herrscht Chaos: Flüchtlinge kämpfen gegen Schlamm und Kälte, um Richtung Norden zu gelangen. An der kroatisch-slowenischen Grenze warten wiederum Tausende auf die Weiterreise.

empfohlen von **outbrain**

**WEITERE VIDEOS**

- Flüchtlingskrise  
**Die Angst geht um auf dem Balkan**
- Kölnler Bürgerin  
**"Wo kommen diese Menschen auf einmal her?"**
- Ice Cross  
**Stürzen oder Siegen – Finale in Minnesota**
- Flüchtlingskrise  
**Schwere Tumulte an griechisch-mazedonischer Grenze**
- Heinz Buschkowsky  
**"Wer sich nicht anpasst, muss den Koffer nicht auspacken"**
- Sports Illustrated  
**Wozniacki und Vonn lassen die Hüllen fallen**

Robert Bosch Stiftung, 31.10.2015

VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

## :: Ideen für die nordafrikanische Stadt

Erfolgreiches Seminarangebot für Fachleute der Stadtentwicklung aus Nordafrika – erstmals Teilnehmer aus Algerien dabei – Programm in Berlin mit Gesprächen, Vorträgen und Exkursionen

**DER ANDRANG WAR GEWALTIG:** Rund 200 Stadtplaner und -entwickler aus Marokko, Algerien und Tunesien bewarben sich dieses Jahr um die 18 Plätze des Programms »Baladiya - Neue Wege in der Stadtentwicklung«. Damit übertraf die zweite Ausschreibung des von der Robert Bosch Stiftung initiierten und finanzierten Programms alle Erwartungen. Die Teilnehmer sind Experten, die in Kommunen, Ministerien oder Planungsbüros ihrer Heimatländer alle vor ähnlichen Herausforderungen stehen: Wie können Städte etwa mit der dramatischen Landflucht umgehen, die immer mehr Menschen in die Städte treibt und so die Städte an ihre Grenzen bringt? Das dreiteilige Baladiya-Format besteht aus einem Vorbereitungsseminar in Tunis, mehrwöchigen Modulen in Deutschland und einem Abschlusssseminar in Rabat. Diskussionen, Vorträge, Exkursionen und Kompetenztrainings wechseln sich ab. Wie funktioniert Altstadtsanierung und welche Rolle spielt der Klimawandel in der Stadtplanung? Diese und weitere Fragen behandeln



Unterwegs in der Hauptstadt: Baladiya-Teilnehmerin

die Teilnehmer und bestimmen die Themen im Seminar maßgeblich mit. Baladiya ermutigt sie, eigene Vorhaben zu entwickeln, und hilft ihnen, transnationale Netzwerke zu knüpfen. Meriem Chabou, eine Teilnehmerin aus Algier, erklärt ihre Vision für ihre Heimatstadt: »Unsere Bevölkerung wächst schnell, daher ist es wichtig, neu zu bauen. Genauso wichtig ist es aber, das zu erhalten, was bereits da ist. Algier hat wunderschöne große

Gebäude mit Innenhöfen - wie geschaffen für die algerischen Großfamilien. Viele der Neubauten sind aber eher nach europäischem Vorbild gebaut und viel zu klein. Ich würde mir wünschen, dass die neuen Gebäude an die Familienverhältnisse in Algerien angepasst würden.« Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt Baladiya im Rahmen ihres CoMun-Vorhabens und die Europäische Akademie Berlin führt das Programm durch. Während des Seminars im spätsommerlichen Berlin war viel Raum für den fachlichen Austausch, die gemeinsame Weiterentwicklung von Projektideen und für Inspirationen aus der deutschen Hauptstadt und ihrem Umland. Oder für Inspirationen aus der ersten Runde von Baladiya, die 2014 endete. Denn heute wird die Idee des ehemaligen Teilnehmers Khaled Ben Abdessalam Realität: In seiner tunesischen Heimatstadt Sousse entsteht ein klimaneutrales Rathaus. Der Spatenstich erfolgt im Herbst.

[www.baladiya.eu](http://www.baladiya.eu)

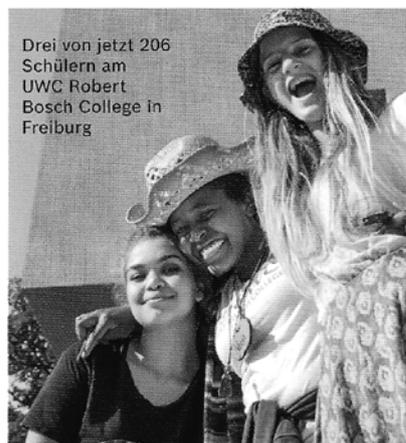
BILDUNG

## :: »Wir sind komplett!«

Das UWC Robert Bosch College in Freiburg startet mit 206 Schülern aus 88 Ländern ins neue Schuljahr

**ES SIEHT FAST AUS** wie die Vollversammlung der Vereinten Nationen, als sie alle ankommen: Am 21. August begann für 206 Schüler und 28 Lehrer das neue Schuljahr am UWC Robert Bosch College. Nach dreimonatiger Sommerpause wurde es wieder sehr lebendig zwischen Schülerhäusern, modernem UWC-Gelände und der ehemaligen, historischen Kartaus. Die Schülerzahl hat sich mit dem neuen Jahrgang verdoppelt. »Wir freuen uns auf 103 neue Schüler mit ihren vielfältigen Potentialen und Talenten«, so Rektor Laurence

Nodder zur Begrüßung. »Gemeinsam sind alle ein »Mikrokosmos der Menschheit« und stehen für eine hoffnungsvolle Zukunft. Wir freuen uns auch, dass mit ihrer Ankunft die Gründungsphase des Robert Bosch College abgeschlossen ist – wir sind komplett!« Das UWC Robert Bosch College ist ein einzigartiges, zweijähriges Oberstufeninternat für Jugendliche aus der ganzen Welt. Es wurde im September 2014 als größtes Einzelprojekt in der Geschichte der Robert Bosch Stiftung eröffnet. [www.uwc.de](http://www.uwc.de)



Drei von jetzt 206 Schülern am UWC Robert Bosch College in Freiburg

I  
II  
III  
IV  
V  
VI  
VII  
VIII  
IX

Märkische Onlinezeitung, 19.11.2015

## MÄRKISCHE ONLINEZEITUNG

ILSE-DORE HAHN 19.11.2015 15:15 UHR  
RED. FALKENSEE, LOKALES@BRAWO.DE

### Mit Argumenten Stellung beziehen

Nauen (MZV) Als erste Schule im Havelland führte der Campus in Nauen einen Projekttag zum Thema "Wir debattieren über Europa" unter der Leitung vom Kreisverband Havelland der Europa-Union und der Europäischen Akademie Berlin durch.



Erster Debattier-  
Workshop am  
Leonardo-da-Vinci  
Campus.

© MZV/HAHN

Mit Dr. Mechthild Baumann, Studienleiterin an der Europäischen Akademie Berlin, lernten rund 60 Schülerinnen und Schüler den gekonnten Schlagabtausch von Argumenten in einer Diskussion. Nach den Regeln der Oxford-Debatte mit abwechselnder und begrenzter Redezeit lief dann die Finalrunde in der Bibliothek des Campus vor dem Publikum aus Schülern der elften Klasse ab. Dabei ging es um die Frage "Soll man Flüchtlinge nur dort unterbringen, wo es keine gewaltbereite Bevölkerung gibt?"

Auf der Pro-Seite diskutierten der Schüler Jan Böhmer und Bundestagsabgeordneter Harald Petzold, die Linke. Dagegen argumentierten Schülerin Sophia Koch und MdB Uwe Feiler, CDU. In ihrer Eingangsrede wies Mechthild Baumann darauf hin, dass es "nicht um die Wahrheitsfindung" geht und auch die Teilnehmer "nicht unbedingt ihre eigene Meinung zum Thema vertreten." "Es geht darum, das Publikum mit stichhaltigen Argumenten zu überzeugen, denn am Ende wird das Publikum sein Votum über Pro und Contra abgeben."

In schneller Folge wechselten danach unter der Leitung von "Präsident" Mac Fuchs, der unerbittlich mit seiner Glocke das Ende der jeweiligen Redezeit von einer Minute einläutete, die Gesichtspunkte und Ansichten der Diskussionsteilnehmer. Als Hauptargument kristallisierte sich auf der Pro-Seite heraus, dass "die Integration der Flüchtlinge in einer friedlichen Umgebung und ohne Provokation besser gelingen würde", so die Meinung von Jan Böhmer.

Harald Petzold fasste zusammen, dass "das gelingende Beispiel einer friedlichen Integration etabliert werden muss." Uwe Feiler als Contra-Seite argumentierte, dass "Toleranz nur durch die Begegnung mit den Fremden gelernt werden kann." Und für Sophia Koch ist "Gewalt nicht geografisch eingrenzbar und deshalb gibt es auch keine Schonräume." Nach der anschließenden Abstimmung unter den Schülern ergab sich eine Parität von neun Pro- zu neun Contra-Stimmen. Petzold nutzte die Gelegenheit, um das Publikum noch einmal eindringlich auf die Gefahr der Beeinflussung durch demagogische Reden hin zu weisen.

FORUM bei Inforadio (rbb), 24.11.2015

Das FORUM mit Dietmar Ringel

**Der schwere Weg zur Demokratie - die Maghreb-Staaten**

Mit dem Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali Ende 2010 begann der "Arabisches Frühling", der Erschütterungen in der gesamten arabischen Welt auslöste. Allerdings haben sich die Hoffnungen auf eine Demokratisierung in Nordafrika nicht erfüllt. Sichtbare Fortschritte gibt es nur in Tunesien, wo Vertreter aller politischen Lager aufeinander zugegangen sind. Maßgeblichen Anteil daran hatte das Quartett für den nationalen Dialog aus Gewerkschaften, Arbeitgeber, Menschenrechtsliga und Anwaltskammer - dafür gab es sogar den Friedensnobelpreis 2015. Im Königreich Marokko wurde immerhin die Verfassung reformiert und ein Reformprozess angestoßen. Algerien ist bislang über die Ankündigung von Reformen nicht hinausgekommen. Wie weit sind die Transformationsprozesse im Maghreb vorangeschritten? Welche Hürden müssen noch überwunden werden? Und welche Rolle spielen die Staaten der Region für Deutschland und die EU?

- Gäste:**
- Dr. Isabelle Werenfels**  
Stiftung Wissenschaft und Politik, Maghreb-Expertin
  - Redha Mazoun**  
Architekt und Stadtplaner, Algier
  - Dr. Jens Kutscher**  
Euro-Mediterran-Arabischer Länderverein, Hamburg
  - Dr. Elisabeth Botsch**  
Studienleiterin in der Europäischen Akademie Berlin

**Moderation:** **Dietmar Ringel**, Inforadio (rbb)  
Eine Veranstaltung der Europäischen Akademie Berlin in Zusammenarbeit mit dem Inforadio (rbb)

**Wo?** **Europäische Akademie Berlin**  
Bismarckallee 46 - 48, 14193 Berlin

**Wann?** **Dienstag, 24. November 2015, 19:00 Uhr**  
Sendetermin: Sonntag, 29.11.2015 um 11:05 und 20:05 Uhr im Inforadio (rbb)  
Änderungen vorbehalten

Das FORUM mit Harald Aseel

**Wer hat Angst vor dem bösen Wolf?**

"Wölfe haben mein Hündchen gerissen", so stand es diesen Sommer reißerisch in einer Boulevardzeitung. Verunsicherung und Faszination spiegeln sich gleichermaßen in den Berichten über die wachsende Zahl der Wolfsrudel in Deutschland. Die Angreifer erweisen sich später oft als wilde Hunde, die Menschenkontakte der scheuen Wölfe beschränken sich auf Autounfälle. Doch die Gestalt der Märschen und Mythen, über Generationen erzählt, ist selbst bei Städtern abrufbar. Jenseits von Hype und Horror fragen Inforadio und die Leibniz-Gemeinschaft: Wie steht es tatsächlich um die Wolfspopulationen in Deutschland? Was wissen wir über ihr Verhalten gegenüber Menschen? Verändert ihre Wiederkehr wirklich so viel in den dünn besiedelten Gebieten? Was heißt dies für Landschaftsnutzer wie Landwirte, Jäger und Wanderer? Welche praktischen Schritte sind notwendig? Und nicht zuletzt: sagen Dämonisierung und falsche Idealisierung in den öffentlichen Debatten mehr über uns Menschen als über die Wölfe aus?

- Gäste**
- Sven Deter**  
Vorstandsmitglied des Landesbauernverbandes Brandenburg, Wulkow
  - Eckhard Fuhr**  
WELT-Korrespondent, Jäger und Verfasser von "Rückkehr der Wölfe", Berlin
  - Heribert Hofer**  
Direktor des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung, IZW, Berlin
  - Illa Reinhardt**  
LUPUS, Institut für Wolfsmonitoring und -forschung in Deutschland, Spreewitz

**Moderation**  
**Harald Aseel**, Inforadio (rbb)  
Eine Veranstaltung der Leibniz-Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit Inforadio (rbb)

**Wo?** **Leibniz-Gemeinschaft**  
Chausseestraße 111, 10115 Berlin (Eingang Ecke Invalidenstraße/U-Bahnhof Naturkundemuseum)  
Anmeldung erbeten per Mail an:  
[veranstaltungen@leibniz-gemeinschaft.de](mailto:veranstaltungen@leibniz-gemeinschaft.de)

**Wann?** **Montag, 30. November 2015, 18:00 Uhr**  
Sendetermin: Sonntag, 03.01.2016 um 11:05 und 20:05 Uhr im Inforadio (rbb)  
Änderungen vorbehalten

## Likeminds 2016: „Sicherheit ist nicht im nationalen Alleingang zu haben“

Deutsch Türkische Nachrichten | 10.12.15, 17:27

**Zum sechsten Mal sind deutsche und türkische Nachwuchsführungskräfte aufgerufen, sich für das binationale Begegnungsprogramms „likeminds: german-turkish junior expert initiative“ zu bewerben. Das in dieser Form einmalige Format stellt 2016 das Thema „Seeking security – in the age of human needs and global necessities“ in den Mittelpunkt.**



Wenn Moskau mit dem NATO-Partnerland Türkei im Clinch liegt, macht das keinen sicherer, aber alle nervös. (Foto: DTN)

Im Gespräch mit den Deutsch Türkischen Nachrichten erläutert die stellvertretende Akademieleiterin der „Europäischen Akademie“ in Berlin, Dr. Andrea Despot, nicht nur die wesentlichsten Ergebnisse der letzten Runde zum Thema Energie. Sie stellt auch den in Anbetracht der jüngsten Ereignisse hochaktuellen neuen Schwerpunkt vor: Die „menschliche Sicherheit“. Hier sei länderübergreifende Zusammenarbeit gefragt. Zur Sprache kommen soll übrigens auch das türkisch-russische Verhältnis.

**Deutsch Türkische Nachrichten:** Likeminds geht 2016 bereits in die sechste Runde. Zuletzt stellte das binationale Begegnungsprogramm das Thema „Energie“ in den Fokus. Was sind die wesentlichsten Ergebnisse?

**Andrea Despot:** Energie ist ein universelles, brisantes und auch kontroverses Thema. Deshalb hatten wir dieses Thema in den Fokus unseres deutsch-türkischen Programms in 2015 gerückt. Hier und dort suchen wir nach Antworten auf diese Fragen: Wie können wir unsere Energieversorgung sicherstellen, ohne Natur und Klima zu ruinieren? Welche Energieträger sind innovativ und haben Zukunft? Oder auch: Was kann jeder einzelne für die Energiewende tun? Darüber haben die likeminds diskutiert – und sagen zu Recht, wir sitzen da in einem Boot. Wir brauchen länderübergreifende Antworten auf diese Fragen.

**Deutsch Türkische Nachrichten:** „Viele Herausforderungen können nur im Verbund angegangen werden“, stellten Sie mit Blick auf das Jahr 2015 heraus. Ein Thema erscheint dabei nach wie vor omnipräsent: Die Flüchtlingskrise. Inwiefern wird sie nun die nächste Runde prägen?



Dr. Andrea Despot (Foto: Europäische Akademie Berlin)

**Andrea Despot:** Das trifft natürlich besonders auf die Themen Migration, Flucht und Asyl zu. Wir wollen uns im aktuellen Programmjahr mit ‚Sicherheit‘ beschäftigen und verstehen Sicherheit als „menschliche Sicherheit“. Bei einem solchen Ansatz geht es angesichts der globalen Herausforderungen wie Migration, Terrorismus, Klimabedrohungen oder Wirtschaftskrisen auch um die humanitäre, ökologische, militärische und ökonomische Dimension von Sicherheit, ohne den einzelnen Menschen und dessen individuelle Sicherheit, in Gestalt von garantierten Menschenrechten etwa, zu vernachlässigen. Insofern wird das Thema Migration und Flucht eine Rolle spielen. Welche Akzente die likeminds selbst setzen werden – die Themen

bringen die ‚junior experts‘ zum Teil selbst ein –, wissen wir nach dem ersten Workshop im März 2016.

**Deutsch Türkische Nachrichten:** Die Türkei scheint die EU in dieser Frage ja „in der Hand“ zu haben. Trotz der prekären Menschenrechtssituation, wird Ankara regelrecht hofiert. Das zeigen die Ergebnisse des jüngsten Sondergipfels in der Türkei. Ergo: Eine Chance oder eher ein Risiko für Juniorexperten, angehende Führungskräfte und „high potentials“?

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

**Andrea Despot:** Eine wichtige und spannende Gelegenheit zum Austausch – und zum harmonischen Streit. Wenn es um Sicherheit geht, zeigt Ihr Beispiel ja gerade: Sie ist nicht im nationalen Alleingang zu haben, ist nicht nur schwarz oder weiß, sondern kann nur durch länderübergreifende Zusammenarbeit gewährleistet werden. Zu welchem Preis dies geschieht, nach welchen Regeln und mit welchen Partnern – genau an diesen Punkten werden sich die likeminds wohl reiben.

**Deutsch Türkische Nachrichten:** Die Türkei hat jüngst einen harten Cut hinnehmen müssen. Als Reaktion auf den Jet-Abschuss hat Putin die wirtschaftlichen Beziehungen durch weitgehende Sanktionen gekappt. Welche Auswirkungen befürchten sie nun für die Türkei?

**Andrea Despot:** Wenn Moskau mit dem NATO-Partnerland Türkei im Clinch liegt, macht das keinen sicherer, aber alle nervös. Neben den akuten Krisen in der Welt wird in unserem Programm deshalb auch über das türkisch-russische Verhältnis zu reden sein. Das ist arg ramponiert und wird es wohl angesichts der fortbestehenden Konfliktlinien vorerst auch bleiben. Dem türkischen Tourismussektor und dem Außenhandel, vor allem der Exportbilanz von Obst und Gemüse, fügen die Sanktionen erheblichen Schaden zu. Ob die Sanktionen auch Auswirkungen auf die Energieversorgung und Energiesicherheit haben werden – die Türkei bezieht bis zu 20% ihres Gasbedarfs aus Russland –, ist noch nicht absehbar. Die Türkei sorgt aber schon vor und baut sich für die Zukunft Alternativen auf, etwa mit dem Partnerland Aserbaidschan.

**Deutsch Türkische Nachrichten:** Wie erleben Ihre Programmteilnehmer das aktuelle Verhältnis Deutschland-Türkei/Türkei-Europa? Gibt es von ihnen frische Ideen?

**Andrea Despot:** Unsere Alumni und likeminds-Teilnehmer\_innen sind, seit es das Format mit der Robert Bosch Stiftung, der Europäischen Akademie und der Sabanci Universität gibt, immer wieder thematisch gefordert und packen die Themen aber mit frischen Ideen und Akzenten an. Sie fühlen sich mit dem jeweils anderen Land verbunden und als Teil einer europäischen community – haben aber natürlich auch unterschiedliche Ansichten und Meinungen zu den Sachthemen, die wir uns vornehmen. Unser Anliegen ist es, mit diesem Programm junge Menschen zusammen zu bringen, die das Verhältnis zwischen den beiden Ländern mit Leben füllen. Ich freue mich sehr, dass ihnen das regelmäßig gelingt!

*Das Programm geht auf die **Initiative der Robert Bosch Stiftung** zurück und wird von der **Europäischen Akademie Berlin** in Zusammenarbeit mit dem **Istanbul Policy Center (IPC) der Sabanci Universität** durchgeführt.*

*Bewerbungsschluss ist der **31. Januar 2016**. Anmeldeformular und weitere Informationen finden sich unter [www.eab-berlin.eu](http://www.eab-berlin.eu).*

**Presseschau zur Veranstaltung in Vouliagmeni**

1. Im weitaus größeren Teil der Artikel wird auf den Beitrag des deutschen Botschafters im Rahmen des zweitägigen Seminars Bezug genommen. Hierzu berichten große Tageszeitungen (*Kathimerini*, *I Efimerida*, *Ethnos*, *Eleftheros Typos*), Internet-Zeitungen (*efsyn.gr*, *gazzetta.gr*, *news 247*, das lokale Portal *Eleftheria* aus Kalamata), Nachrichtenagenturen (Athener Nachrichtenagentur und Nachrichtenagentur Makedonien) und Fernsehsender (*star.gr*, *Alpha TV*, *TVXS*) mit gleich lautendem Text.

Unter dem Titel: „Das Thema eines Grexit für Griechenland besteht nicht und hat auch nie bestanden“ wird auf folgende Punkte hingewiesen, indem der Botschafter zitiert wird:

Das Thema Grexit gehört der Vergangenheit an. Weder die Bundeskanzlerin noch der deutsche Finanzminister hatten es je gewollt. Wir standen vor einer Situation, die weder von Nord- noch von Südeuropa gewollt war. Doch die Währungsunion selbst, so wie sie durch den Maastricht-Vertrag geschaffen wurde, weist große Defizite auf. Die gemeinsame Währung war keine falsche Entscheidung.

Auf die Frage hin, inwiefern das griechische politische System in der Lage sei, die Krise zu bewältigen:

„Viele waren in Deutschland der Auffassung, dass die griechischen Regierungen es nicht schaffen würden. (...) Ein weiteres Thema, das mit großem Vorbehalt gesehen wurde, bezog sich auf die vielen Widersprüche der Regierungserklärung von Thessaloniki. Man ist sich in Deutschland bewusst, dass die griechische Bevölkerung einen sehr hohen Preis gezahlt hat. Die Haushaltsziele können nicht allein durch starke Besteuerung erreicht werden.“

Zur Flüchtlingsfrage:

„Wenn die Außengrenzen der EU dem Druck nicht standhalten können, dann wird Schengen auf die eine oder andere Weise seine Geltung verlieren. Man darf Griechenland in dieser Frage nicht allein lassen“.

Weiter in den Artikeln: In der Flüchtlingsfrage gibt es keinen Konflikt zwischen Deutschland und Griechenland. Im Gegenteil, es herrsche Meinungsübereinkunft. Der Botschafter erinnert daran, dass die Kanzlerin von ihrer eigenen Partei wegen der großen Anzahl von Flüchtlingen, von denen die allermeisten über Griechenland nach Deutschland gelangt sind, kritisiert wurde. Der Botschafter habe sogar hervorgehoben: „Die EU und wir alle haben die Augen vor der Tatsache verschlossen, dass Italien, Spanien und Griechenland die Hauptlast der einreisenden Flüchtlinge zu tragen hatten. Wir waren viel zu sehr auf Dublin fixiert. Jahrelang haben wir nichts unternommen und so kam es zum Ausbruch im Sommer letzten Jahres“.

Deutschland ist der Auffassung, dass die Lösung auf drei Ebenen zu suchen ist. Bekämpfung der Schlepperbanden, wobei der Türkei eine besondere Rolle zukommt, die gerechte Verteilung der Flüchtlingslast auf die Mitgliedstaaten und die veränderte Haltung der osteuropäischen Staaten.

2. Einige Artikel (Zeitung *Ethnos*, [www.bankingnews.gr](http://www.bankingnews.gr), [ert.gr](http://ert.gr)) beziehen sich auf die Aussagen von Minister Mouzalas und in erster Linie auf die von ihm vorgeschlagene Schaffung eines Registers für Nichtregierungsorganisationen. Dies solle sehr bald (bis Ende Januar) abgeschlossen sein und habe sich als notwendig erwiesen wegen des unkontrollierten und unkoordinierten Handelns von Dutzenden NGOs in der Flüchtlingskrise. Auch wenn ihr Beitrag wichtig sei, so die Hauptaussage, müssen diese NGOs in einen nationalen Plan eingebettet werden, denn wie überall auf der Welt, müssen auch in Griechenland die konkreten Einsätze von Missionen bewilligt werden. Es ist nicht haltbar, dass die Insel Lesbos nach Stränden aufgeteilt wird. Die griechischen Strände gehören zum griechischen Staat, dies ist eine Frage des Selbstrespekts. Vor allem in den ersten Monaten war die

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## Presseschau (Zusammenfassung)

Situation mit den NGOs außer Kontrolle geraten.

Ferner bezeichnete Minister Mouzalas Deutschland als „Leuchtturm der Aufklärung“ wegen der Initiativen, die es im Zusammenhang mit der Handhabung der Flüchtlingsfrage ergriffen hat, und lobte die Haltung der Kanzlerin und der Bundesrepublik, die dazu geführt habe, dass aus der Festung Europa, ein Europa der Willkommenskultur entstanden ist. Es seien zwar 750.000 Menschen durch Griechenland gegangen, aber man solle anerkennen, dass Deutschland in einem Jahr über eine Million empfangen habe. Und dies unter menschenwürdigen Bedingungen. Wer das nicht anerkenne, der tue Deutschland und der europäischen Geschichte unrecht. Die Dinge hätten einen ganz anderen Lauf genommen, gäbe es Deutschland nicht.

Auch der finanzielle Beitrag Deutschlands wird hervorgehoben. Von den 100 Prozent an praktischer Hilfe erbringt Europa lediglich 30 und der Rest wird von Deutschland geleistet. Eine Wiederholung von Situationen, wie sie sich auf dem Victoria-Platz in Athen, auf der Insel Lesbos und in Igoumeni ereignet haben, so Mouzalas weiter, müsse abgewendet werden. Bezüglich des Grenzzauns in Evros sagte der Minister, dass er in der aktuellen Situation nicht abgerissen werden könne.

Was die Zusammenarbeit beider Länder anbelangt, so unterstrich er, dass Deutschland bereit sei, jegliche praktische Hilfe zu leisten, was wiederum die Verpflichtung auf griechischer Seite mit sich bringt, Kontrollen zu intensivieren und Maßnahmen auf das Strikteste umzusetzen, um die Flüchtlinge, die nach Deutschland weiterreisen, mit den nötigen Papieren zu versehen.

3. Ein weiterer Teil der Artikel (*Kathimerini*, *Huffington Post*, *Inside News.gr*, *Proini*) bezieht sich auf die Statements von Prof. Eckart Stratenschulte. Die Zeitung *Kathimerini* betitelt ihren Artikel: „Auf die Umstrukturierung der griechischen Schulden wettet der Direktor der Europäischen Akademie Berlin“. Es wird hervorgehoben, dass Griechenland ein wichtiger Partner in der Europäischen Union ist, dass Griechenland und Deutschland die Krise gemeinsam meistern werden und dass es mit absoluter Sicherheit eine Umstrukturierung der Staatsschulden geben wird. Es wäre leichter, wenn man sich nicht ständig gegenseitig beleidigt. Die Frage sei nicht, dass die Griechen sich die deutschen Auffassungen zu eigen machten, sondern, dass sie besser verstehen, wie die Deutschen denken. Herr Stratenschulte sei darüber hinaus der Auffassung, dass so zynisch es auch klingen möge, die Flüchtlingskrise Griechenland und Deutschland näher gebracht habe. Er unterstrich, dass Deutschland überhaupt kein Interesse habe, eine Führungsrolle in der EU zu spielen. Seiner Einschätzung nach wird Europa kleiner aber gestärker aus der Krise heraustreten. Dabei sieht er nicht einen Austritt der kleineren Staaten aus der EU. Vor allem Griechenland habe nicht nur eine europäische Vergangenheit sondern auch eine europäische Zukunft.

Die lokale Zeitung *Proini* berichtet umfassend über Themen und Inhalte des Seminars, über die Ziele der Europäischen Akademie Berlin und zitiert die Teilnehmer der Panel. Staatsminister Roth wird zur Situation in Griechenland mit den Worten zitiert, dass Deutschland den Verbleib Griechenlands in der EU und im Schengen-Raum wolle. Zum dritten Hilfspaket sagt er, dass es das Ziel verfolge, Reformen im Bereich Bildung, Öffentliche Verwaltung, Steuern usw. umzusetzen. Weitere Referenten des Seminars werden zitiert, so Kostas Karras, der deutsche Botschafter, Vizeminister Mouzalas, Bezirksbürgermeister Norbert Kopp, Prof. Panos Kazakos, Annette Grüttner und Prof. Stratenschulte mit den wichtigsten Ergebnissen des Seminars. Aus der Rede von Prof. Heribert Hirte wird zitiert, dass der MdB gegen das dritte Hilfspaket für Griechenland im Bundestag gestimmt habe mit der Begründung, dass die Staatsschulden nicht tragfähig seien und dass eine Insolvenz eventuell eine Lösung für das Land sein könnte.

4. Die politische Satire-Zeitung *to Pontiki* betitelt ihren Artikel: „Die Regierung versucht die NGOs, die sich mit der Flüchtlingsfrage befassen, unter Kontrolle zu bekommen, - Mouzalas hält Deutschland für einen „Leuchtturm der Aufklärung“. Im Artikel selbst geht es um Vizeminister Mouzalas ähnlich wie bei den Artikeln unter 2.

## Seminar für Medienvertreter in Athen (Vouliagmeni) 7. und 8. Dezember 2015

[www.cdrsee.org](http://www.cdrsee.org), 09.12.2015

## CDRSEE, European Academy Berlin, present seminar for Greek journalists

12/09/2015

Athens, 7-8 December 2015, -- [The European Academy Berlin \(Europäische Akademie Berlin\)](#) in cooperation with the CDRSEE presented in Athens a seminar for Greek journalists, with German and Greek politicians, researchers and academia discussing the European monetary crisis, the refugee issue as well what Greece expects from Germany and the role of both countries in Europe.

The goal of the seminar, attended mainly by regional media, was to foster a better understanding of bilateral relations and to help create mutual respect. Mr Costa Carras, a founding member of the CDRSEE Board of Directors, gave the welcome speech, and CDRSEE Executive Director Zvezdana Kovac and other staff members were on hand to assist at the event.



Click on the image for a photo gallery

A common conclusion made by both Greek and German presenters was that the refugee issue connects the two countries, and that a common European solution must be found. Mr Michael Roth, a Member of the German Federal Parliament and Germany's Minister of State for Europe, highlighted that it is crucial that a new immigration law be proposed and implemented, and commented that Germany wants Greece to stay in the European Union and maintains the importance of the Schengen Agreement.

Dr Peter Schoof, Germany's Ambassador to Greece, added that the "Grexit issue belongs to the past" and that it is crucial for Greece to be supported as Europe attempts to rescue the Schengen Agreement.

Mr Yannis Mouzalas, Greece's Alternate Minister for Migration Affairs, called on Germany to support Greece, with human resources, infrastructure and "knowhow". He pointed out that approximately 750,000 refugees travelled through Greek borders and highlighted the need for a registry of NGOs that will be part of a national plan.

Mr Norbert Kopp, Mayor of the Steglitz-Zehlendorf borough of Berlin, and Mr Spyros Galinos, Mayor of Lesvos, analysed their local authorities' roles in welcoming the refugees. Mr Kopp highlighted that the German state is interested in integrating the refugees by helping them to learn the language and by supporting them financially. Mr Galinos described the difficult situation on the island of Lesvos, with more than 420,000 refugees coming to the small island, and he reflected on the solidarity of the local people who are helping the refugees. He added that Europe should have a clear and stricter stance towards the smugglers who take advantage of the refugees.

Ms Annette Gruttner, Press Officer for Bundesbank, presented German policies for the future of the monetary union and said that the solution is to strengthen the European currency.

[Prof Eckart Stratenschulte](#), Director of the [European Academy Berlin](#), presented the conclusions of the seminar and warmly thanked the participants for exchanging their opinions and knowledge, in an effort to improve relations and understanding.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

## Γενικό Δελτίο

ΠΡΟΗΓΟΥΜΕΝΟ

ΕΠΟΜΕΝΟ

ΠΙΣΩ ΣΤΗ ΛΙΣΤΑ

ΛΗΨΗ

PRINT

ΤΥΠΟΣ	ΤΙΤΛΟΣ	ΗΜΕΡΟΜΗΝΙΑ	ΠΗΓΗ	ΠΟΛΗ, ΧΩΡΑ	ΛΕΞΕΙΣ	ΓΛΩΣΣΑ
	<b>«Στοιχηματίζω ότι θα γίνει αναδιάρθρωση του ελληνικού χρέους» δηλώνει ο Εκαρντ Στράτενσουλτε, διευθυντής της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας του Βερολίνου.</b>	14/12/2015 11:33	ΑΠΕ-ΜΠΕ	Αθήνα, Ελλάδα	1860	German

Αριθμός Είδησης: 16063956

«Η Ελλάδα είναι σημαντικός εταίρος στην Ε.Ε.. Την κρίση θα τη λύσουμε μαζί. Είμαι απολύτως βέβαιος ότι θα υπάρξει αναδιάρθρωση χρέους. Παρατηρώ στη γερμανική πολιτική σκηνή την ανάλογη βούληση» δηλώνει ο διευθυντής της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας του Βερολίνου Εκαρντ Στράτενσουλτε στη συνέντευξή του στο ΑΠΕ/ΜΠΕ και στον Αντώνη Πολυχρονάκη και προσθέτει ότι αυτό «θα γίνει ευκολότερο αν δεν προσβάλουμε συνεχώς ο ένας τον άλλον».

Ο «στόχος της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας είναι να ενισχυθεί ο διάλογος και η συνεννόηση εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης» λέει, ενώ ειδικά για την Ελλάδα συμπληρώνει: «Το θέμα δεν είναι να υιοθετήσουν οι Έλληνες τις γερμανικές απόψεις, αλλά να καταλάβουν καλύτερα πως σκέφτονται οι Γερμανοί».

Ο καθηγητής Στράτενσουλτε δεν θεωρεί ευρωπαϊκό τον τρόπο που αντιμετωπίστηκε το προσφυγικό και διαπιστώνει ότι «όσο καιρό η κρίση ήταν μακριά μας κλείναμε τα μάτια, τώρα που οι πρόσφυγες έφτασαν στην πόρτα μας, λέμε ότι πρέπει να κάνουμε κάτι». Θεωρεί, όμως, ότι είναι ακριβώς η προσφυγική κρίση που έφερε την Ελλάδα και τη Γερμανία πιο κοντά, «αν και αυτό ακούγεται κυνικό». Βρισκόμαστε «στην ίδια πλευρά» τονίζει. «Χρειαζόμαστε ο ένας τον άλλον. Τόσο απλό και τόσο σύνθετο ταυτόχρονα είναι να κάνουμε μια νέα αρχή».

Κατά τον διευθυντή της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας «η καθιέρωση του ευρώ δεν ήταν λάθος», αλλά ήταν μια πολιτική πράξη, το «αποτέλεσμα της γερμανικής επανένωσης», ενώ «χρονικά θα ήταν καλύτερα να είχε γίνει κάποια άλλη στιγμή». Επισημαίνει δε ότι «ο Χέλμουτ Κολ είχε δει ότι χρειαζόμαστε όχι μόνο μια νομισματική αλλά και μια οικονομική ένωση» αλλά ο Μιτεράν είχε αρνηθεί.

Για την κρίση στην ευρωζώνη λέει ότι «δεν αφορούσε τόσο πολύ την Ελλάδα όσο τις μεγαλύτερες χώρες της ευρωζώνης. Αν μειωνόταν η εμπιστοσύνη των αγορών στην Ελλάδα, θα μειωνόταν και για άλλες χώρες τις ευρωζώνης, την Ισπανία, την Ιταλία και ίσως ακόμα και τη Γαλλία. Και τότε θα γινόταν πραγματικά επικίνδυνη».

Ο καθηγητής Στράτενσουλτε υπογραμμίζει ότι τη Γερμανία δεν την ενδιαφέρει «καθόλου να παίξει ηγεμονικό ρόλο» στην Ε.Ε και εκτιμά ότι η Ευρώπη θα βγει από τη κρίση «μικρότερη αλλά πιο ενισχυμένη». Προσθέτει, όμως, ότι δεν πιστεύει πως οι χώρες της Νότιας Ευρώπης θα βγούν από την Ε.Ε.. Ειδικά για την Ελλάδα τονίζει ότι «όχι μόνο το παρελθόν της είναι ευρωπαϊκό αλλά και το μέλλον της».

## Seminar für Medienvertreter in Athen (Vouliagmeni) 7. und 8. Dezember 2015

[www.anampa.gr](http://www.anampa.gr), 14.12.2015

Teil 2

Η πλήρης συνέντευξη του διευθυντή της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας του Βερολίνου Εκαρντ Στράτενσουλτε στο ΑΠΕ και τον Αντώνη Πολυχρονάκη έχει ως εξής:

-Κύριε καθηγητά, ποιο είναι το αντικείμενο και ο στόχος της Ευρωπαϊκής Ακαδημίας του Βερολίνου της οποίας προϊστάσθε;

Είναι ένα ανεξάρτητο εκπαιδευτικό ίδρυμα, το οποίο εδώ και 50 χρόνια ασχολείται με ποικίλα ευρωπαϊκά θέματα, οργανώνει συνέδρια ή ανάλογες εκδηλώσεις, όπως αυτή της Αθήνας που συνδιοργάνωσε με το «Κέντρο για τη Δημοκρατία και τη Συμφιλίωση στη Νοτιοανατολική Ευρώπη». Τα τελευταία τρία χρόνια οργανώσαμε συναντήσεις σε όλες τις χώρες που περνάνε κρίση και βλέπουμε πως υπάρχει η ανάγκη για αλληλοπληροφόρηση και στην Ελλάδα βέβαια, στη Θεσσαλονίκη και τώρα στην Αθήνα. Θέλουμε να ενισχύσουμε το διάλογο και τη συνεννόηση εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αυτός είναι ο στόχος μας.

-Και με την Ελλάδα ειδικά;

Υπάρχουν διαφορές στην αφετηρία των θεμάτων και ελλείμματα στην κατανόηση των διαφορετικών προσεγγίσεών τους. Εμείς δεν κάνουμε πολιτική, αλλά φιλοδοξούμε να συμβάλουμε στην ενίσχυση της αλληλοκατανόησης. Στόχος μου δεν είναι να υιοθετήσουν οι Έλληνες τις γερμανικές απόψεις αλλά να καταλάβουν καλύτερα πως σκέφτονται οι Γερμανοί. Δεν πρέπει απαραίτητως να τις αποδεχθούν, αλλά να μπορέσουν να τις κατανοήσουν.

-Λέγεται και από τον Γερμανό φιλόσοφο Γιούργκεν Χάμπερμας ότι οι Γερμανία έχει ηγεμονικές βλέψεις. Τι γνώμη έχετε εσείς;

Υπάρχουν δύο διαφορετικές απόψεις. Άλλοι επιθυμούν να αναλάβει η Γερμανία ηγετικό ρόλο, άλλοι είναι αντίθετοι. Η Ευρώπη είναι για μας η προϋπόθεση ώστε να ζούμε ειρηνικά με τους γείτονές μας. Και αυτό έχει να κάνει και με το μέγεθος της Γερμανίας και με την ιστορία της. Την Γερμανία την ενδιαφέρει πολύ να λειτουργεί η Ε.Ε., αλλά καθόλου να παίξει ηγεμονικό ρόλο, διότι αν συνέβαινε αυτό τότε οι 27 γείτονές μας θα ήταν αντίθετοι. Είναι σημαντικό να ηγείται με πρωτοβουλιών, όταν απαιτείται, αλλά να μην δημιουργεί την εντύπωση ότι θέλει να κυριαρχεί. Και αυτό επιτυγχάνεται με την κοινή στρατηγική σε διάφορα θέματα αν όχι όλων, τουλάχιστον ορισμένων, κρατών μελών.

-Μήπως ήταν η εισαγωγή του κοινού νομίσματος εξαρχής ένα λάθος;

Η καθιέρωση του ευρώ δεν ήταν λάθος, αλλά έγινε για πολιτικούς, όχι για οικονομικούς λόγους. Ήταν αποτέλεσμα της γερμανικής επανένωσης. Η συμφωνία υπεγράφη ένα μήνα μετά την πτώση του τείχους. Χρονικά θα ήταν καλύτερα να είχε γίνει κάποια άλλη στιγμή. Ο τότε καγκελάριος Χέλμουτ Κολ είχε δει ότι χρειαζόμαστε όχι μόνο μια νομισματική αλλά και μια οικονομική ένωση ως δεύτερο βήμα. Ο Μιτεράν, όμως, είπε όχι, διότι προϋπέθετε απώλεια κυριαρχίας και οι εταίροι, της Γαλλίας συμπεριλαμβανομένης, δεν ήταν έτοιμοι να τη δεχθούν. Συνήθη, λοιπόν, το σύμφωνο σταθερότητας και ανάπτυξης, με το οποίο τα κράτη μέλη δεσμεύονταν να περιορίσουν τα ελλείμματά τους, αλλά να πάρουν και μέτρα αναπτυξιακά. Κανείς όμως δεν το έκανε ή μάλλον το έκαναν οι λιγότεροι. Για ένα διάστημα περνούσαν όλοι καλά και μετά ήρθε η παγκόσμια κρίση. Δεν καταφέραμε να αναπτύξουμε το οικονομικό σκέλος της ευρωζώνης, με αποτέλεσμα να δημιουργηθεί αστάθεια.

- Πως φτάσαμε στην ελληνική κρίση κύριε καθηγητά;

Η Ελλάδα ήθελε οπωσδήποτε την συμμετοχή στο ευρώ. Θεωρήθηκε τότε καλό να μπει και η Ελλάδα στην ευρωζώνη έστω και με λίγο παραποιημένα στοιχεία. Ήταν μια μικρή οικονομία άλλωστε. Θυμάμαι ότι ο Μάρτιν Σούλιτς μου είπε κάποτε, πριν γίνει πρόεδρος του ευρωκοινοβουλίου, ότι ο Μπαρόζο είχε αναφέρει ότι τα ελληνικά στοιχεία είναι λανθασμένα. Όλοι όμως είπαν τότε δεν είναι δα και τόσο τρομερό, οι Έλληνες είναι ένας αξιολάπητος λαός, θα τους δεχτούμε. Αυτό που υποτιμήθηκε ήταν ο κίνδυνος της μετάδοσης μια ενδεχόμενης κρίσης, ο οποίος έγινε το 2010 εμφανής. Η κρίση δεν αφορούσε τόσο πολύ την Ελλάδα όσο τις μεγαλύτερες χώρες της ευρωζώνης. Αν μειωνόταν η εμπιστοσύνη των αγορών στην Ελλάδα, θα μειωνόταν και για άλλες χώρες τις ευρωζώνης την Ισπανία, την Ιταλία και ίσως ακόμα και τη Γαλλία. Και τότε θα γινόταν πραγματικά επικίνδυνη. Η για να το πω κάπως άκομψα: την Ελλάδα μπορεί να την αντέξει η Ευρώπη, τη Γαλλία όμως όχι. Αυτό ήταν το λάθος που έγινε. Αυτό είχε υποτιμηθεί εντελώς.

-Δεν γελοιοποιήθηκε όμως η Ευρώπη που δεν μπόρεσε να αντιμετωπίσει άμεσα τη ελληνική κρίση και την άφησε να γίνει μάλιστα διεθνές θέμα; Η πολύ πλουσιότερη Καλιφόρνια πτώχευσε αλλά δεν κλονίστηκε η παγκόσμια οικονομία...

Η διαφορά είναι ότι αν πτωχεύσει ένα ομοσπονδιακό κράτος στις ΗΠΑ τότε αναλαμβάνει την ευθύνη η ομοσπονδία, ενώ σε μας συμβαίνει ακριβώς το αντίθετο. Υπάρχει η ρήτρα no bail out, ότι δηλαδή ο καθένας είναι υπεύθυνος για τα χρέη του. Και αυτός ακριβώς ήταν ο λόγος που «πουλήθηκε» το ευρώ στην γερμανική κοινή γνώμη. Από αυτήν τη ρήτρα δεν μπορούσαμε μετά να απομακρυνθούμε. Έτσι δημιουργήθηκε η κρίση.

-Και ξαφνικά εδώ και λίγο καιρό το τεράστιο μέχρι χθές θέμα της Ελλάδας εξαφανίστηκε από τη επικαιρότητα και επικράτησε το θέμα των προσφύγων. Που οφείλεται;

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels

## "Der Gipfel war eine therapeutische Sitzung"

**Der Flüchtlingsgipfel habe nicht die Ergebnisse gebracht, auf die die europäische Öffentlichkeit dringend warte, sagte der Politikwissenschaftler Eckart Stratenschulte im DLF. Die Mitgliedsstaaten müssten erkennen, welche Konsequenzen ein Nichthandeln in der Flüchtlingsfrage habe. Von weiteren Drohungen, zum Beispiel gegenüber Ungarn, hält Stratenschulte aber nichts.**

*Eckart Stratenschulte im Gespräch mit Bettina Klein*

Bundeskanzlerin Angela Merkel (v.r.n.l.) und die lettische Regierungschefin Laimdota Straujuma sowie der britische Premier David Cameron und sein luxemburgischer Kollege Xavier Bettel sprechen während des EU-Gipfels in Brüssel. (picture alliance / dpa / Jakub Dospiva)

*Auf dem EU-Gipfel in Brüssel ging es um die Flüchtlingskrise sowie die Beziehungen zwischen Großbritannien und dem Rest der EU. (picture alliance / dpa / Jakub Dospiva)*

**Bettina Klein:** 2015 dürfte die Zahl der Flüchtlinge nach Schätzung der Vereinten Nationen auf den höchsten Stand aller Zeiten steigen. Erstmals könnte sie die 60-Millionen-Marke überspringen, so das Flüchtlingshilfswerk UNHCR heute. Viele strömen nach Europa, allein eine Million in diesem Jahr schon nach Deutschland. Die Europäische Union will daher die Außengrenzen besser schützen und berät auch heute an diesem Freitag noch einmal auf einem EU-Gipfel in Brüssel darüber.

Mitgehört hat der Politikwissenschaftler Eckart Stratenschulte. Er lehrt an der European Academy in Berlin. Guten Tag, Herr Stratenschulte.

**Eckart Stratenschulte:** Einen wunderschönen guten Tag.

**Klein:** Die Begeisterungen über die Ergebnisse des Gipfels halten sich im Augenblick noch in Grenzen. Wir wollen jetzt auch nicht in übertriebenen Alarmismus verfallen. Müssen wir ungeduldig sein, oder erleben wir im Grunde genommen die Europäische Union im Augenblick, auch was die Flüchtlingsthematik angeht, at its best, nämlich der typisch, vielleicht etwas langwierige Krisenbewältigungsmechanismus, der uns alle irgendwie nicht zufriedenstellt, aber immer noch die bessere Alternative ist, auch vor dem Hintergrund der Geschichte dieses Kontinents?

[www.deutschlandradio.de](http://www.deutschlandradio.de), 18.12.2015

Teil 2

**Stratenschulte:** Der Gipfel war eine therapeutische Sitzung. Ich glaube, so kann man es formulieren. Und das scheint auch die Strategie der Bundeskanzlerin zu sein, den Partnern Zeit zu geben, dass bei ihnen einsickert, was die Konsequenzen des Handelns und vor allem des nicht Handelns sind. Insofern kann man vermutlich nicht mehr erwartet haben von diesem Gipfel. Aber er bringt natürlich nicht den Durchbruch, auf den die europäische Öffentlichkeit dringend wartet.

**Klein:** Therapeutische Sitzung, ein schönes Bild. Wer, glauben Sie, welche Staaten, glauben Sie, haben da ein wenig Therapie und Nachhilfe bei der Einsichtsfähigkeit nötig?

**Stratenschulte:** Die Staaten, die denken, dass ein Aspekt des europäischen Handelns mit dem anderen Aspekt nichts zu tun hat, und das sickert jetzt langsam ein. Das erleben wir auch bei unseren osteuropäischen Nachbarn, die jetzt anfangen zu begreifen - das klingt ein bisschen von oben herab, aber es ist so -, dass zum Beispiel die Reisefreiheit, die Freizügigkeit und Schengen auch etwas zu tun hat mit dem Schutz der Grenzen, aber auch etwas zu tun hat mit der Verteilung der Flüchtlinge. Das braucht ein bisschen Zeit.

**"Es geht nicht nur um Ungarn"**

**Klein:** Spielen Sie da direkt an auf Ungarns Regierungschef Orbán - er wurde gerade auch noch mal angesprochen -, der sich ja gegen etwaige auch nur im übertragenen Sinne Strafmaßnahmen schon zur Wehr setzen wollte?

**Stratenschulte:** Das ist nicht nur Herr Orbán. Herr Orbán ist der Wortführer. Aber hinter seinem breiten Rücken verstecken sich ja auch andere. Das ist auch die neue polnische Regierung, das ist die slowakische Regierung, die Tschechen gucken in die Luft und tun, als hätte es mit ihnen nichts zu tun. Man schickt jetzt den Poltergeist Orbán nach vorne und sagt, lässt den mal ordentlich Krach machen, aber es geht nicht nur um Ungarn. Wenn es nur Ungarn wäre, dann hätten wir das Problem schnell gelöst.

**"Drohungen dienen dazu, deutlich zu machen, dass alles mit allem zusammenhängt"**

**Klein:** Dem Poltergeist Orbán, wie Sie sagen, stehen gegenüber einige Instrumente und Werkzeuge der EU-Führung im Augenblick. Gehen Sie davon aus, dass die noch angewendet werden, sprich dass es am Ende dazu kommen könnte, wenn man zum Beispiel das Versprechen nicht einhält, die 160.000 Menschen aufzuteilen auf einige europäische Staaten, wenn man dieses Versprechen nicht einlöst, dass dann wirklich Mittel und Hilfszahlungen gekürzt werden?

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

**Stratenschulte:** Das sind Drohgebärden, die aber nur als Drohungen ihren Sinn erfüllen, die nicht wirklich realistisch sind. Das betrifft sowohl den Frontex-Einsatz gegen den Widerstand eines Mitgliedsstaates. Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, das in Wirklichkeit anzuwenden. Das betrifft auch die Kürzung der Strukturmittel, denn darum geht es ja. Die könnten ja nur einstimmig beschlossen werden.

Man müsste eigentlich die EU zum Bruch bringen vorher, beziehungsweise die anderen müssten dann auch gegen die Regeln verstoßen und sagen, wir zahlen einfach nicht in die EU-Kasse ein. Das ist als Drohung interessant, aber es ist kein Weg, mit dem die Europäische Union aus dieser Krise herauskommt. Es dient - ich komme zurück zu meinem Bild von der therapeutischen Sitzung - vor allem dazu, deutlich zu machen, dass alles mit allem zusammenhängt in der Europäischen Union.

**Klein:** Und Sie glauben, eine Drohung, die am Ende gar keine Drohung ist, weil sie gar nicht umgesetzt werden kann, funktioniert dennoch?

**Stratenschulte:** Sie hat zumindest die Wirkung, dass auch die Öffentlichkeit - es geht ja nicht nur um die Person Orbán, sondern es geht ja auch um die ungarische Öffentlichkeit, es geht ja um die polnische Öffentlichkeit, die ja gerade diese Regierung gewählt hat, über die man mehr oder weniger glücklich sein kann -, dass diese Öffentlichkeit natürlich davon durchaus erreicht wird.

**Klein:** Schauen wir noch mal auf das gerade angesprochene Wort von den Hoheitsrechten, die eingeschränkt werden müssten, wenn man eine Agentur wie Frontex einsetzt, möglicherweise auch gegen den Willen von Staaten an den europäischen Außengrenzen.

Wir haben diese Frage der Souveränitätsrechte auch hier im Deutschlandfunk intensiv thematisiert. Das interessiert jetzt offenbar gar nicht mehr so viele, oder hören wir noch mal die Worte der Kanzlerin heute Nacht:

**Angela Merkel:** "Ich kann nur sagen, dass heute in den Beratungen nahezu keiner - - Eine Stimme war vielleicht zu dieser Frage der Souveränität. Alle anderen haben das im Grundsatz begrüßt."

**Klein:** Eine Stimme hat sich noch dagegen aufgelehnt, ein Land, sagte die Kanzlerin nach einigem Zögern heute Nacht. Haben wir da von Anfang an zu viel Aufhebens darum gemacht, denn es ist ja auch ein Wesenszug der Europäischen Union, dass Souveränitätsrechte aufgegeben werden, wenn auch teilweise unter Protest?

**Stratenschulte:** Ich versuche immer, mir vorzustellen, ich fahre in die Schweiz und an der Grenze zur Schweiz stehen auf einmal griechische Grenzpolizisten und kontrollieren meinen Pass. Das kann ich mir schwer vorstellen. Und die Bundesregierung protestiert dagegen und kann nichts dagegen machen. Das kann ich mir schwer vorstellen.

Insofern glaube ich, auch aus diesem Grund ist der Widerstand nicht so groß, weil natürlich letztendlich alle wissen, dass ein Einsatz von Frontex gegen den Willen der betroffenen Staaten an deren Landesgrenzen nicht funktionieren wird. Und wenn ich das weiß, dann muss ich auch nicht in einer Nachtsitzung dafür kämpfen, dass das nicht stattfindet, weil es sowieso nicht stattfindet.

**Klein:** Sie gehen davon aus, das kommt gar nicht? Man würde in jedem Fall immer versuchen, eine einvernehmliche Lösung herzustellen?

**Stratenschulte:** Natürlich. Das ist wie in der Kindererziehung, dass man sagt, wenn du nicht willst, dann greife ich zu anderen Maßnahmen. Aber alle wissen wir, diese Maßnahmen soll es nicht geben und wird es schließlich auch nicht geben.

#### "Wir haben ein Europa der unterschiedlichen Ziele"

**Klein:** Ein weiterer Punkt noch kurz: Von Hollande hören wir nun wieder einmal, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten würde er sich vorstellen. Das ist jetzt auch nicht revolutionär. Wir haben das auf bestimmten Ebenen ohnehin, Beispiel gemeinsame Währung. Wo ist denn das Problem und was würde ein Europa der zwei Geschwindigkeiten jetzt in diesem Falle bedeuten?

**Stratenschulte:** Man könnte ja sagen, schön wäre es, wenn wir überhaupt Geschwindigkeit in Europa hätten, und ob es dann ein oder zwei sind, ist nachgeordnet.

Tatsächlich ist ja das Konzept vom Europa der zwei Geschwindigkeiten relativ harmlos, denn es bedeutet ja, dass wir unterschiedlich schnell uns auf dasselbe Ziel zubewegen. Was wir jetzt im Augenblick haben ist ja, dass wir ein Europa der unterschiedlichen Ziele haben, dass nicht mehr alle Partner dasselbe Ziel anstreben und dass ein Partner auch sagt, nämlich Großbritannien, wir wollen die Ziele insgesamt ändern. Das Europa der zwei Geschwindigkeiten ist ja schon Realität. Das Europa der zwei Ziele - nehmen Sie die Währungsunion oder nehmen Sie auch Schengen, wo ja nicht alle mitmachen, die Rechts- und Innenpolitik, wo ja nicht alle mitmachen - ist auch schon Realität. Insofern sagt Herr Hollande da nichts Neues.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

**Klein:** Damit sind wir noch mal bei Großbritannien. Da will man die Streitpunkte jetzt bis Februar gelöst haben. Was, glauben Sie, ist bis dahin noch an Einigung mit Großbritannien herzustellen?

**Stratenschulte:** Die Schwierigkeit bei Großbritannien ist, dass die Briten bisher immer gesagt haben, wir machen bei irgendwelchen Regelungen nicht mit, aber wir haben nichts dagegen, dass ihr diese Regelungen anwendet. Nehmen Sie Schengen oder nehmen Sie Euro.

Jetzt sagen die Briten, wir wollen, dass die Regeln insgesamt für alle geändert werden. Das ist natürlich sehr viel schwieriger und das ist vor allem dann noch schwieriger, wenn man den Vertrag ändern muss. Denn selbst wenn man sich bis Februar einigen würde, den Vertrag zu ändern; bis das geschehen ist und bis eine solche Vertragsänderung ratifiziert ist, gehen zwei bis drei Jahre ins Land. Dann ist Herr Cameron vermutlich schon Geschichte und das Referendum auf jeden Fall vorbei.

Man kann jetzt zu Absichtserklärungen kommen, die letztendlich darauf hinauslaufen werden, dass man überlegt, wie weit man Großbritannien Sonderrechte zugestehen kann, die aber dann nicht den Rechtsbestand der EU insgesamt verändern. Wenn Cameron wirklich darauf drängt, die Gleichbehandlung von europäischen Bürgern in der Europäischen Union aufzuheben, dann wird er damit auf Granit beißen und damit natürlich auch vor der eigenen Klientel als Versager dastehen.

**Klein:** Eckart Stratenschulte bei uns heute Mittag im Deutschlandfunk, Politikwissenschaftler. Er lehrt an der European Academy in Berlin. Ich bedanke mich sehr für das Gespräch.

**Stratenschulte:** Herzlich gerne. Auf Wiederhören!

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

## Lehrstück in europäischer Geschichte, 2015

Die erste Adresse

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

- 1952 geboren in Heidelberg
- 1970 – 1976 Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaft, Germanistik und Pädagogik an der Philipps-Universität Marburg, abgeschlossen mit dem Diplom in Soziologie und dem 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien für die Fächer Deutsch und Sozialkunde
- 1978 Promotion zum Doktor der Philosophie mit einer Arbeit über gesellschaftliche Zwischengruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland
- 1978 – 1989 Tätigkeit am Institut für intereuropäische Studien Berlin, zuerst als Dozent und stellvertretender Leiter, ab 1982 als Leiter
- 1989 – 1993 Referatsleiter Film, Funk, Fernsehen in der Senatskanzlei Berlin
- seit 1993 Direktor der Europäischen Akademie Berlin
- seit 1999 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
- 2005 Bestellung zum Honorarprofessor für das Fach Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin
- seit 2009 Mitglied des Kuratoriums des Deutsch-Moldauischen Forums
- seit 2009 Vorstandsmitglied (Schatzmeister) des Arbeitskreises Europäische Integration

## Lehrstück in europäischer Geschichte

Am Ende kam alles ganz anders als erwartet. Wer sich unter dem angekündigten Vortrag „Der Euro – das Papier, das Europa zusammenhält“ eine langwierige und letztendlich doch wieder nicht erhellende Angelegenheit zur Eurokrise vorgestellt hatte, der wurde auf ganzer Linie enttäuscht.

Der ausgewiesene Europakenner Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte nahm stattdessen die Zuhörer mit auf eine europäische Zeitreise, die kurzweiliger, amüsanter und aufschlussreicher nicht hätte sein können. Nach fast einer Stunde waren alle ein wenig überrascht, dass es schon vorbei war. Einen brillanteren Redner hätte die Volksbank einen Tag nach der Europawahl als Referenten für die Vertreterversammlung nicht finden können.

Ein bisschen wie ein Märchenerzähler zog Stratenschulte die Zuhörer in seinen Bann und erklärte ihnen Schritt für Schritt, wie es in Sachen Euro so weit kommen konnte, wie es gekommen ist. Dafür griff der Referent tief in die Geschichtskiste. Die Europäische Union, so machte er klar, sei alles andere als eine Love-Story. Stattdessen hätten Misstrauen und Hass regiert und der Zusammenschluss der Staaten sei nichts als ein Experiment gewesen, ein Versuch, den Frieden zu sichern. Wenn die EU auch so kompliziert sei, dass der Bürger sie kaum verstehen könne, so habe sie zunächst doch ganz gut funktioniert.

1989 dann allerdings wurde alles anders. Durch den Fall der Mauer und die sich anschließende Wiedervereinigung drohte Deutschland die Nummer 1 in Europa zu werden. Und genau dies wollten die europäischen Nachbarn verhindern. Die Einführung des Euro war damit beschlossene Sache. So habe man mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen können: Die D-Mark als Machtinstrument beschneiden, aber auch ein Bindemittel für die europäischen Nachbarn einführen und die europäische Identität fördern. „Damit die Franzosen keine Angst vor uns haben“, kam der Euro, alles lief zunächst gut, doch schließlich hätten mangelndes Vertrauen die Eurokrise hervorgerufen. Stratenschultes Analyse dazu: „In Europa traut niemand irgendwem.“ Die Bürger den Politikern nicht, die Politiker den Bürgern nicht, und die europäischen Staaten trauen sich untereinander schon gar nicht. Gepaart mit gegenseitigen Anschuldigungen sei das der Nährboden für die Eurokrise, aus der der Europa-Experte nur einen Ausweg sieht: Deutschland müsse seine derzeitige Führungsrolle nutzen, um die Krise zu beenden. Dann allerdings müsse die Führung gleich wieder abgegeben werden. Denn: Deutschland habe sorgsam darauf zu achten, dass keiner vor ihm Angst bekäme.

Und in einem zeigte sich Stratenschulte einig mit Vorstandschef Michael Engelbrecht: „Eine Alternative zur EU und zum Euro gibt es nicht.“



# Schuman i jego Europa



BIBLIOTEKA SCHUMANA

Eckart D. Stratenschulte

## **Od Fritaluksu do Wspólnoty Europejskiej: plan Schumana i jego następstwa dla Europy**

Historię powstania Unii Europejskiej często opowiada się jak bajkę: zgodnie z tą narracją wielcy, sędziwi mężowie okresu powojennego, uskrzydleni ideą zjednoczonej Europy, doprowadzili do powstania szeregu wspólnot (począwszy od Wspólnoty Węgla i Stali w 1952 roku), traktując je jako rodzaj małżeństwa z miłości.

Jednak w rzeczywistości sprawy były trochę bardziej skomplikowane. Rzecz jasna, nie ujmuje to niczego dokonaniom aktorów tego procesu, wręcz przeciwnie.

### **Podzielona Europa**

Sytuacja w Europie po zakończeniu II wojny światowej była wysoce niejednorodna. Pokonane Niemcy znalazły się pod okupacją. Państwo to nadal jednak istniało i w mniemaniu jego zachodnich sąsiadów Francuzów wciąż jeszcze stanowiło zagrożenie. Francja została wprawdzie przyjęta do obozu aliantów, nie miała jednak statusu partnera, który siłą własnej armii doprowadził do zwycięstwa nad wrogiem. Kraj był podzielony pod względem politycznym, trzeba było podjąć trud scalenia republiki Vichy i terenów dotychczas okupowanych, gospodarka znajdowała się w opłakanym stanie. Obawy związane z wieloletnim przeciwnikiem po drugiej stronie Renu wydawały się więc zrozumiałe.

Trzy, a później cztery zwycięskie mocarstwa nie miały wspólnego pomysłu na powojenne Niemcy, odpowiadającego ówczesnej sytuacji politycznej. W 1944 roku postanowiono wprawdzie, że kraj ten będzie zarządzany przez Sojuszniczą Radę Kontroli Niemiec<sup>1</sup>, w rzeczywistości jednak trudno było wytyczyć wspólną linię postępowania, wyobrażenia na temat kształtu powojennej Europy okazały

<sup>1</sup> Protokół dotyczący stref okupacyjnych w Niemczech oraz administracji Berlina, Londyn, 12 września 1944, wprowadzony w życie 7/8 maja 1945, zmieniony umową o uzupełnieniach ww. protokołu 14 listopada 1944 i umową o uzupełnieniach ww. protokołu z 26 lipca 1945.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

się bowiem zbyt rozbieżne. Rada ostatecznie zawiesiła działalność w 1948 roku, a rok później z czterech stref okupacyjnych utworzono dwa państwa – Republikę Federalną Niemiec (23 maja 1949) i Niemiecką Republikę Demokratyczną (7 października 1949). Berlin potraktowano jako przypadek szczególny.

Młoda Republika Federalna Niemiec i jej stary kanclerz<sup>2</sup> stanęli przed ogromnymi wyzwaniem. Niemcy, obarczone poczuciem moralnej katastrofy związanej z odpowiedzialnością za wywołanie wojny w Europie i za popieranie jednego z największych morderców świata, musiały odbudować swoją gospodarkę, przyjąć uchodźców ze wschodnich terenów dawnej Rzeszy i uregulować stosunki z sąsiadami. Wciąż aktualnymi celami były zjednoczenie kraju oraz ograniczenie dominacji aliantów. Ostatni plan udało się zrealizować w 1955 roku na mocy umów z Bonn<sup>3</sup>.

Związek Radziecki nieugięte obstawał przy roszczeniu zatrzymania w sferze swojego systemu politycznego każdego metra kwadratowego zdobytego w wyniku działań wojennych. Każdemu kolejnemu „oswobodzonemu” państwu narzucał system stalinowski i włączał je do bloku wschodniego. Jego instrumentami były Rada Wzajemnej Pomocy Gospodarczej (RWPG) i Układ Warszawski, które wspierała siła Armii Radzieckiej. O tym, że Związek Radziecki w każdej chwili gotów jest użyć tej siły, w 1953 roku przekonali się mieszkańcy NRD, w 1956 Węgrzy, a w 1968 Czechosłowacy.

Bez wątplenia największym zwycięzcą w II wojnie światowej były Stany Zjednoczone.

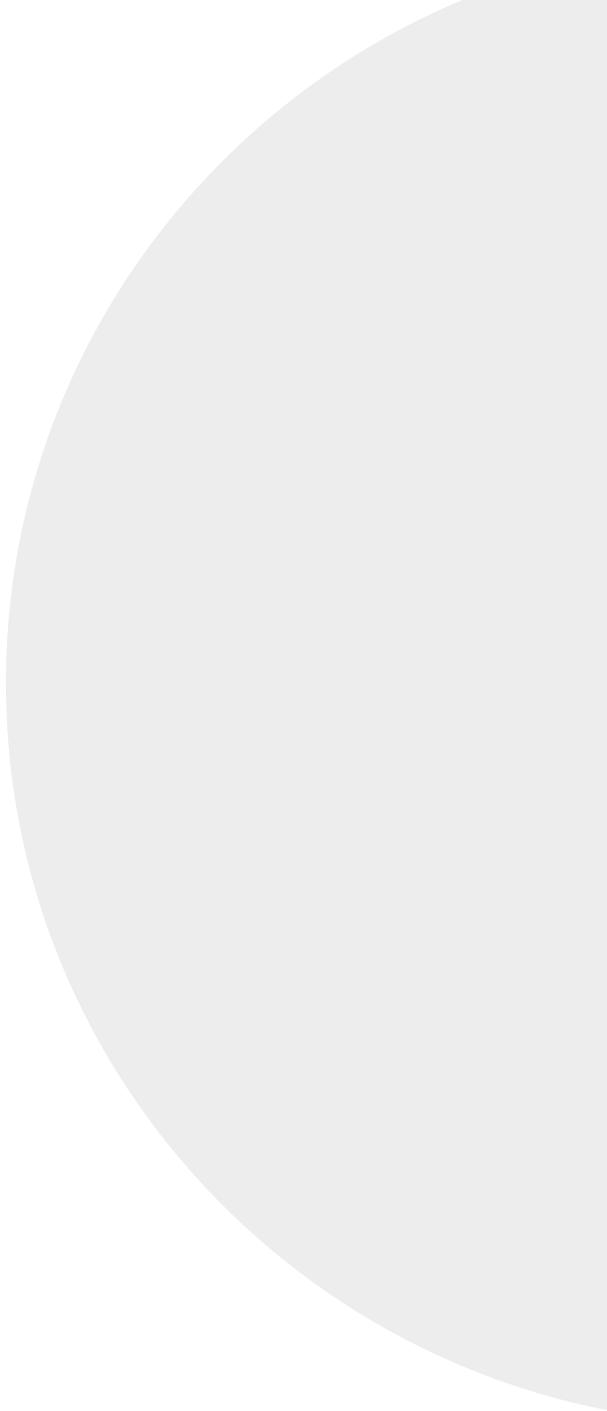
Demokracje zachodnioeuropejskie nie utrzymałyby się bez wsparcia Ameryki. Lecz na długoterminowej polityce europejskiej tego mocarstwa kładły się głębokie cienie, wątpliwości związane z pytaniem, czy tradycyjnie izolacjonistyczna postawa Ameryki nie stanowi potencjalnego zagrożenia i czy nie doprowadzi do jej wycofania się do „fortress America”, czy pewnego dnia, kosztem interesów europejskich i niemieckich, obydwa mocarstwa nie zastosują zasady *partitio leonina*, i wreszcie czy Ameryka nie wykorzysta swojej dominacji<sup>4</sup>.

Na skutek dwóch wojen Europa utraciła decydującą pozycję na arenie polityki światowej. Osłabiona została już w 1918 roku (na korzyść USA), a po

<sup>2</sup> Obejmując urząd, Konrad Adenauer miał 73 lata.

<sup>3</sup> Umowa o stosunkach między Republiką Federalną Niemiec i trzema mocarstwami (26.05.1952, wersja: 23.10.1954), w: documentArchiv.de [hrsg.] <http://www.documentArchiv.de/brd/dtlvertrag.html>, dostęp: 3.12.2014.

<sup>4</sup> Hans-Peter Schwarz, *Adenauer und Europa*, „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte”, 1979, Nr 4, s. 471–523, tutaj: s. 475.



Europäische Akademie Berlin  
Bismarckallee 46/48  
14193 Berlin  
Tel.: +49-(0)30 89 59 51 0  
Fax: +49-(0)30 89 59 51 95  
E-Mail: eab@eab-berlin.eu

[www.eab-berlin.eu](http://www.eab-berlin.eu)

**NACHHALTIGKEIT**  
**VERANTWORTUNG**  
**ZUKUNFT EUROPA**